

AUSLÄNDER FEINDLICHKEIT

UND



Ausländerpolitik

erweiterte 2. Auflage

INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG zur 2. erweiterten Auflage

EINLEITUNG

1.	DIE LAGE DER ARBEITSEMIGRANTEN	1
1.1.	<i>Ihre Identität innerhalb der westdeutschen Industriegesellschaft.</i>	1
1.1.1.	<i>Ausländer – eine Minderheit.</i>	2
1.1.2.	<i>Das Verständnis von Integration</i>	2
1.1.3.	<i>Ausländerfeindlichkeit</i>	3
1.2.	<i>Ihre Identität als Teil des Heimatlandes.</i>	3
1.2.1.	<i>Die Lage in der Türkei.</i>	5
1.2.2.	<i>Perspektive für die weitere Entwicklung</i>	5
2.	ZUM STAND DER AUSLÄNDERARBEIT	6
2.1.	<i>Die Ausländerpolitik</i>	6
2.2.	<i>Professionelle Betreuung</i>	6
2.3.	<i>Die Initiativgruppen</i>	7
3.	DIE AUSLÄNDERORGANISATIONEN	8
3.1.	<i>Die Teestubenvereine</i>	8
3.2.	<i>Islamsekten und Faschisten.</i>	8
Exkurs	<i>Über religiöse und nationale Gefühle.</i>	9
3.3.	<i>Die fortschrittlichen Organisationen</i>	10
3.3.1.	<i>Selbstkritik</i>	10
3.3.2.	<i>Die Extremismusfrage.</i>	11
3.3.3.	<i>Ansprechpartner sind die fortschrittlichen Organisationen</i>	11
4.	TÜRKEI – SOLIDARITÄT	11
5.	SCHLUSSFOLGERUNGEN	12
6.	KAMPF GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT.	13
6.1.	<i>Vom 'Gastarbeiter' zum Sündenbock</i>	13
6.2.	<i>'Rotationsprinzip' und Konjunktur.</i>	14
6.3.	<i>Soziokulturelle Hintergründe der Ausländerfeindlichkeit</i>	15
6.4.	<i>Soziokulturelle Krisenentwicklung</i>	17
6.5.	<i>Politische Parteien und Ausländerfeindlichkeit</i>	19
6.6.	<i>Die deutsche und die ausländische Linke.</i>	21
6.7.	<i>Schlußfolgerungen und Perspektiven.</i>	21
7.	WEITERE THESEN ZUM KAMPF GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT.	23
7.1.	<i>Die Situation der Arbeitsemigranten und ihre Entwicklung.</i>	23
7.2.	<i>Die Situation der Linken aus der Türkei in der BRD</i>	24
8.	WAS KOMMT DA ALLES AUF UNS ZU?	26
8.1.	<i>Nach den Bundestagswahlen – Eine Mehrheit gegen die Ausländer?</i>	26
8.2.	<i>Keine Lobby für die Rechte der Ausländer?</i>	27
9.	INITIATIVEN UND BÜNDNISSE GEGEN AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT	28

Einleitung zur 2. Auflage

In den 10 Monaten, die seit dem ersten Erscheinen dieser Broschüre vergangen sind, hat die Ausländerfeindlichkeit in erschreckendem Maße zugenommen.

Mit der neuen Regierung ist die Ausländerpolitik gar zum Träger der Ausländerfeindlichkeit geworden. Bundeskanzler Helmut Kohl und sein Innenminister Zimmermann geben immer wieder deutlich zu verstehen, daß sie nicht gewillt sind, den hier lebenden Ausländern ein Leben "in Frieden und Freiheit" zu ermöglichen.

In dem kurz vor der Wahl am 6. März vorgelegten Kommissionsbericht "Ausländerpolitik" münden diese Absichten in konkrete Vorschläge zur Ausländerbegrenzung und -vertreibung.

Diese Vorschläge werden (wahrscheinlich) noch im Juni 1983 als Gesetzesvorschläge ins Parlament kommen, man spricht von einem ganz neuen Ausländergesetz, das geschaffen werden soll.

Angesichts dieser Situation bilden sich vermehrt Komitees und Initiativen, um gemeinsam den Kampf gegen die Entrechtung der Ausländer zu führen. Wir begrüßen diese Aktivitäten, bedauern aber, daß es bisher nicht gelungen ist, diese Aktivitäten zu koordinieren.

Mit der Herausgabe dieser erweiterten Auflage unserer Broschüre wollen wir einmal dokumentieren, wie sehr sich die Situation zugespitzt hat, und wie dringend der gemeinsame Kampf von Ausländern und Deutschen geworden ist. Zum anderen wollen wir einen weiteren Beitrag zur Diskussion über die Art des Kampfes gegen Ausländerfeindlichkeit und für die Rechte aller hier lebenden Menschen leisten.

Wir meinen es ist an der Zeit, langfristige Strategien zu entwickeln, um der fortschreitenden Entdemokratisierung dieser Gesellschaft entgegenzutreten, die - Ausländer wie Deutsche - uns alle betrifft.

Auch wir haben noch kein vollständiges Konzept und sind daher dankbar für weitere Anregungen und vor allem Kritik!

**Devrimci İşçi
im Juni 1983**

EINLEITUNG

Die westdeutsche Gesellschaft erlebt in allen Bereichen einen Aufstieg der Ausländerfeindlichkeit. Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes, vor Überfremdung und extremen Strömungen werden geschickt eingesetzt, um einen Schuldigen an der Misere des 'deutschen Wirtschaftswunders' zu finden.

Schaut man sich die letzten Jahre an, so ist festzustellen, daß diese Entwicklung verschiedene Stadien durchgemacht hat. Waren es 1979/80 die Auseinandersetzungen unter den politischen Gruppierungen aus der TR (als Links- und Rechtsextremismus bezeichnet), die ein härteres Durchgreifen bei Ausländern begründen sollten, so folgte 1980/81 die Asylantenhetze mit Aushöhlung des Grundrechtes auf politisches Asyl, Einführung des Visumzwanges, von Internierungslagern und dergleichen. Dies alles waren aber nur Vorboten einer generellen Ausländerfeindlichkeit, eines Fremdenhasses, der sich 1981/82 in Form von einschränkenden Maßnahmen zum Zuzug von Familienangehörigen, Überfällen auf Wohnheime, Unterschriftenaktionen, Telefonterror u.ä. zeigt.

Wie schon in den ersten Stadien dieser Entwicklung gibt es keine organisierte Gegenbewegung von deutschen und ausländischen Demokraten. Es fehlen nicht nur die Strukturen für einen solchen Kampf, auch über die Inhalte ist man sich völlig im unklaren. Dabei kann eine Opposition gegen Ausländerfeindlichkeit durchaus auf ein breites Potential zurückgreifen. Die Ausländer haben sich in einer Unmenge von national und ideologisch unterschiedlich ausgerichteten Gruppen organisiert und von deutscher Seite wurden im Verlaufe der Ausländerbeschäftigung eine ganze Reihe von Komitees, Vereinen und Helferkreisen zur Unterstützung der Ausländer initiiert.

Während die Ausländergruppen sich aber meist mit den Problemen im Heimatland auseinandergesetzt haben, waren die Initiativgruppen hauptsächlich auf praktische Aspekte der Arbeit in der BRD konzentriert. Dies erschwert eine Annäherung der beiden Seiten ungeheuer. Der Dialog hat gerade erst eingesetzt und es bleibt abzuwarten, ob es den unterschiedlichen Tendenzen gelingt, ein gemeinsames Programm und Organisationsformen gegen alle ausländerfeindlichen Bestrebungen zu entwickeln.

Mit dieser Broschüre verfolgen wir nicht die Absicht, die Ergebnisse der Diskussion vorwegzunehmen. Auch innerhalb der Organisation 'Devrimci İsci' hat der Diskussionsprozeß zum Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit erst eingesetzt. Dabei haben sich einige Grundpositionen herausgeschält, die wir zur Belebung der Diskussion einbringen wollen. Wir sind uns dabei der Tatsache bewußt, daß auch wir - als Teil der Befreiungsbewegung in der TR - bisher die Probleme unserer Landsleute im Ausland sträflich vernachlässigt haben. Nicht zuletzt deswegen soll diese Abhandlung kein fertiges Konzept liefern, sondern zum Nachdenken bei all denen anregen, die für die berechtigten Interessen der Ausgebeuteten und Unterdrückten in der Welt eintreten. Für Kritik und Anregung sind wir deshalb besonders dankbar.

Die Lage der Arbeitsemigranten

Zur Situation der Gastarbeiter ist bisher sehr viel gesagt und geschrieben worden. Zu diesem Thema werden eine ganze Reihe von Fachseminaren abgehalten und in einzelnen Hochschulbereichen sind Examensarbeiten zu dem Komplex 'Integration der Gastarbeiter' besonders beliebt.

Zu all den vorhandenen Analysen soll hier keine neue hinzukommen. Wir werden natürlich nicht umhin können, die Lage der Arbeitsemigranten wenigstens in groben Umrissen zu skizzieren. Das bedeutet jedoch nicht, daß wir uns mit all den bisher veröffentlichten Thesen und Argumenten zu diesem Thema auseinandersetzen werden. Kritisch sei hier nur angemerkt, daß die meisten Publikationen sich auf einem humanistischen Ansatz bewegen, d.h. der Grundtenor der Schilderungen ist ein Mitleid mit den 'armen Gastarbeitern', die doch die Hilfe der Deutschen so sehr brauchen. Natürlich ist auch sehr viel wichtiges daran, wenn man von Entwurzelung, Kulturschock und der Diskriminierung der Ausländer spricht.

Unser Beitrag soll sich jedoch in erster Linie mit den notwendigen Grundlagen einer systemkritischen Ausländerarbeit beschäftigen, so daß hier insbesondere die objektive Lage der Arbeitsemigranten von Interesse ist. Die grundsätzliche Aussage ist dabei so banal, daß sie von den meisten! Experten übersehen wird. Die Arbeitsemigranten sind sowohl Teil ihres Heimat- als auch ihres Gastlandes.

1.1. Ihre Identität innerhalb der westdeutschen Gesellschaft

Die Gastarbeiter kommen mit den unterschiedlichsten beruflichen Vorerfahrungen in eine Industriegesellschaft, wo nicht nur der Grad der Automation, sondern auch die Formen von sozialen Beziehungen sehr unterschiedlich sind. Das Eingewöhnen wird nicht nur die veränderte Umgebung, fremde Sprache und unverständlichen Formalitäten behindert. Die Ausländer stoßen im bundesrepublikanischen Alltag auf eine Unmenge von Vorurteilen, mit denen sie als gleichberechtigte Nachbarn abgelehnt werden. Hierfür sind allerdings nicht nur menschliche Unzulänglichkeiten verantwortlich, sondern es gibt in den gesellschaftlichen Bereichen ganz handfeste Beschränkungen, die das Dasein der ausländischen Arbeiter als Menschen 2. Klasse festschreibt. Grundlage der Rechtsprechung ist nach wie vor das reaktionäre Ausländergesetz. Die Feststellung, daß die Bundesrepublik kein Einwanderungsland ist, bildet den Grundgedanken dieses Gesetzes, d.h. der Gesetzgeber ging von den Wünsche aus, im Prinzip keine Ausländer in die Bundesrepublik hineinzulassen. So sind denn auch die angeblichen 'Mitbürger' von einer ganzen Reihe Grundrechten und -freiheiten ausgeschlossen.

Sei es das Versammlungsrecht oder das Recht auf die freie Wahl eines Arbeitsplatzes, das Ausländergesetz

sorgt dafür, daß Ausländer ständig zweite Wahl bleiben. Die Möglichkeit der Ausweisung wird in der Praxis zu einer Doppelbestrafung. Nicht nur, daß man Sozialhilfeempfänger nach drei Monaten vor die Tür setzen kann, auch strafrechtlich belangte Ausländer können manchmal schon nach dem ersten Verstoß (im Ermessen der Ausländerbehörde) ausgewiesen werden, nachdem sie vom Gericht zuvor mit einer entsprechenden Geld- oder Haftstrafe belegt worden sind. Eine Unzahl von Verwaltungsvorschriften macht den Aufenthalt in der BRD zu einer ständigen Unsicherheit.

Es gibt noch weitere Beispiele für Ungleichbehandlung der Ausländer durch den Gesetzgeber. Steuerpraxis und Kindergeldregelung sind nur zwei Beispiele dafür. Auch in der Schule wird die Benachteiligung der Ausländer manifest. Kinder, die ohne eine Kenntnis der schulüblichen mittelständischen deutschen Sprache ihrer Schulpflicht nachkommen müssen, werden häufig aus den Regelklassen hinaus in Sonderklassen abgeschoben (ob sie nun Sonderschule oder Vorbereitungsklasse heißen). Sie werden nach einem gesonderten Stundenplan unterrichtet, wobei weder die muttersprachlichen noch die deutschen Lehrer auf eine solche Aufgabe vorbereitet wurden. Mit halbherzigen Programmen zum Erlernen der deutschen Sprache, Alphabetisierung in der Muttersprache und manchmal noch zusätzlich einem staatlicherseits wohlwollend betrachteten Pensum in den Korankursen zum Erlernen der arabischen Sprache sind die Kinder rettungslos überfordert und werden nicht selten zu Analphabeten in zwei Sprachen.

Wer meint, daß es für Ausländer im Freizeitbericht einfacher sei, einen vernünftigen Kontakt aufzubauen, irrt sich. Selbst wenn es hier und da zu Berührungen kommen sollte (z.B. bei einem Fußballspiel) so ist die Absonderung auch hier das beherrschende Element. Nicht nur im Privatbereich wird der Kontakt gemieden, auch in der Öffentlichkeit (in Kneipen und Diskotheken z.B.) werden die Türen für Ausländer verschlossen gehalten. Selbst in Vereinen ist schon durch das Vereinsgesetz eine Sonderbehandlung der Ausländer festgelegt worden. Gemischte Vereine sind daher äußerst selten. In der Regel suchen die diskriminierten Ausländer als Gegenreaktion auch wieder nach Formen, wie sie stärker unter sich, mit ihren gewohnten Umgangsformen sein können. Lediglich im Produktions- und Konsumationsprozeß scheinen die Ausländer über ein gewisses Maß an Gleichberechtigung zu verfügen. Sie bekommen laut Gesetz das gleiche Geld für die gleiche Arbeit (werden sogar bevorzugt zu Überstunden herangezogen), haben innerhalb der betrieblichen und gewerkschaftlichen Organisation die gleichen Rechte der Wählbarkeit und zahlen die gleichen Steuern. In der Praxis kommt es allerdings zu genau gegenteiligen Erscheinungen von ungleicher Bezahlung, Behinderungen bei Betriebsratswahlen und ungleicher Behandlung in der Steuerpraxis.

Bis auf das Faktum, daß Ausländer in bestimmten Lokalen nicht bedient werden, scheinen sie als Konsumenten aber mit den Deutschen gleich, wenn nicht sogar bevorzugt, behandelt zu werden. Denn für die besonderen Bedürfnisse der Ausländer haben sich ganze Wirtschafts-

zweige herausgebildet, die von Lebensmitteln bis zu Wohnungseinrichtungen alles anzubieten haben. Selbst Banken haben sich auf dieses Publikum besonders gut eingestellt, indem sie noch vor den amtlichen Stellen, die in ständigem Kontakt mit den Ausländern sind, Dolmetscher eingestellt haben.

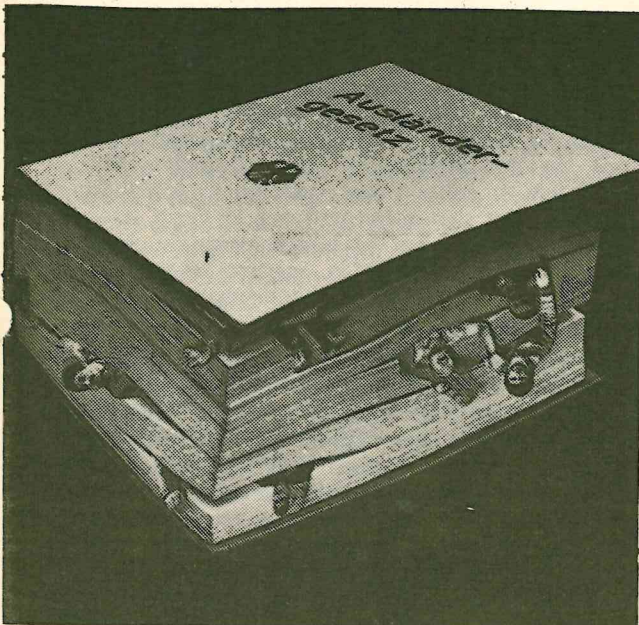
1.1.1. Ausländer eine Minderheit

Diese Feststellung hat für die gesellschaftliche Stellung der Ausländer eine besondere Bedeutung. Zum einen heißt es, daß die Ausländer aufgrund ihrer Beschäftigung ein fester Bestandteil der bundesrepublikanischen Wirklichkeit geworden sind. Ihre Herkunft und Besonderheiten machen sie aber zu einer gesellschaftlichen Minderheit, der diesbezüglich auch besondere Rechte (Minderheitenrechte) eingeräumt werden müssen.

Zunächst sollte hier knapp auf die wesentlichen Faktoren des gesellschaftlichen Daseins der Ausländer hingewiesen werden. Nicht nur im Produktionsprozeß und bei offiziellen Kontakten, sondern auch in allen anderen Lebensbereichen ist eine umfassende Benachteiligung festzustellen. Dies macht die ausländischen Arbeiter zu einer Art Randgruppe, die an den dynamischen Prozessen in der Gesellschaft kaum Anteil hat. Am deutlichsten wird diese Aussonderung an der Wohnsituation. Selbst wenn dieser Prozeß noch nicht so weit vorgeschritten ist, wie in den USA, so zeigt er doch auch in der BRD sehr deutlich, daß zwei vollkommen unterschiedliche Welten sich in ein und derselben Ortschaft herausbilden können. Die Ghettos der Großstädte sprechen hier eine beredete Sprache.

Für die Menschen aus der Türkei spielt der Glaube eine bedeutende Rolle.

Gerade in der fremden und teilweise feindlichen Umwelt suchen die Moslems Zuflucht bei ihrer Religion, die plötzlich eine weit größere Bedeutung bekommt als im Heimatland. Dies wird von reaktionären Kreisen sehr geschickt ausgenutzt.



Durch ihre aggressive Propaganda verstärkt sich die Ablehnung des als westlich charakterisierten Gedankenguts und der Umwelt, in der die Menschen leben.

Eine besondere Bedeutung kommt auch den nationalen Gefühlen bei den Ausländern zu. Bei den Türken hat das in überdurchschnittlich hohem Maße zu Gründungen von Vereinen geführt. In diesen Vereinen werden die nationalen Gepflogenheiten hochgehalten. Viele von ihnen haben keine definitive politische Ausrichtung, sondern betreiben Teestuben, wo sie in heimatlicher Atmosphäre

auch noch einen guten Umsatz machen. Auch wenn ein Landsmann eine Gaststätte übernimmt, entwickelt sie sich meistens nicht zu einem Spezialitätenrestaurant wie bei Italienern und Griechen), sondern hier werden türkische Teestuben kopiert, wo die Männer sich mit Karten- und anderen Glücksspielen die Zeit vertreiben. Neben dem Alkohol und eventuellen Anreizen des Spieles ist aber für alle wichtig, daß sie unter Landsleuten sind, mit denen sie ein ähnliches Schicksal verbindet. Eine Öffnung von dieser Seite zu einer stärkeren Eingliederung in die deutsche Gesellschaft findet praktisch nicht statt. Dabei sollte aber berücksichtigt werden, daß dies kein einseitiges ablehnendes Verhalten der Ausländer ist, sondern in erster Linie durch die Ablehnung in der deutschen Öffentlichkeit hervorgerufen wird. Gegenseitige Vorurteile spielen in diesem "Teufelskreis" eine große Rolle.

Der Traum vom "Wirtschaftswunderland" BRD machte die Ausländer glauben, daß sie bald mit entsprechenden Ersparnissen wieder ins Heimatland zurückkehren könnten. Sie fanden sich mit ihrer Lage als Menschen 2. Klasse ab, akzeptierten die schlechtest bezahlten Arbeiten und schmutzigsten Behausungen und vermieden jede Konfrontation, weil sie befürchteten, daß ein Einsatz für ihre Rechte weitere Repressalien mit sich bringen könnte. Wen wundert es da, wenn selbst kontaktfreudige Ausländer sich praktisch nur unter Landsleuten wohlfühlen. Zur Stärkung des Selbstwertgefühls werden dann eben traditionelle Werte hochgehalten. Diese Andersartigkeit führt zu einer weiteren Ablehnung durch die fremde Umwelt und so schließt sich der Teufelskreis.

Die Ausländer sind also zwar ein Teil der deutschen Gesellschaft, nicht aber in sie eingeschlossen, d.h. sie werden bis auf absehbare Zeit die Probleme von Minderheiten mit sich tragen. Minderheiten zeichnen sich eben dadurch aus, daß sie neben den allgemeinen Rechten und Pflichten, die sie mit der restlichen Bevölkerung teilen auch eine Reihe von Minderheitenrechten (Sprache, Kultur etc.) beanspruchen können. Selbstverständlich ist es in der BRD z.B., so daß die dänische Minderheit in Schleswig-Holstein das Recht auf einen eigenen Abgeordneten im Landtag hat. Unter Minderheitenrecht ist aber auch die muttersprachliche Ausbildung, Recht auf eigene Feiertage etc. zu verstehen. Rechte der Minderheit sind somit Sonderrechte, die jenseits des sonst demokratisch üblichen Mehrheitsprinzips gewährt werden.

1.1.2. Verständnis von Integration

Zur Überwindung all der beschriebenen Probleme wurde in der Bundesrepublik ein Zauberwort gefunden: INTEGRATION. Alle Konzepte, die dazu entworfen wurden, haben aber zunächst einmal die Schwierigkeit, "Integration" definieren zu müssen.

Das generelle Verständnis ist es, daß man die außerhalb der Gesellschaft stehenden Ausländer auf irgendeine Art mit den Deutschen mischen muß. In der vorsichtigsten Form nennt sich das Eingliederung, wobei die schrittweise Annäherung der Ausländer an die deutsche Gesellschaft betont werden soll. Auch dies ist eine Form der Anpassung, die einseitig von den Ausländern in Richtung auf Sitten und Gebräuche der Einheimischen abläuft. Das Wort Verschmelzung wird selten benutzt, denn es hat einen ähnlichen Beigeschmack wie Assimilation, d.h. die komplette Übernahme von deutschen Verhaltensweisen durch die Ausländer. Der negative Effekt bei diesen Begriffen beruht auf der Tatsache, daß man sicher sein kann, daß der Ausländer seine Identität aufgeben muß. Deswegen kritisieren viele Ausländervertreter diese Bemühungen auch als Versuch, die Ausländer zu "germanisieren".

Es gibt also sehr viele verschiedene Namen für das Projekt 'Integration', das trotz aller Planung und strecken-

weise üppiger Finanzierung bislang nicht zum Erfolg geführt hat. Etwas haben aber all diese Anstrengungen gemeinsam. Sie versuchen einen Teil der Gesellschaft, der bislang außerhalb der Allgemeinheit stand, (wieder) an die Gesamtheit heranzuführen. Anders ausgedrückt, werden Anstrengungen unternommen, um Elemente die außerhalb des gesellschaftlichen Verwertungsprozesses stehen, wieder in diese Verwertung (produktive Nutzung) einzugliedern. Damit wird die 'Integration' als solche ein Problem der Gesellschaft, des Systems, eine Frage der Interessen der Herrschenden. Für eine gesellschaftliche Anpassung und eine Verwertung der brachliegenden Kräfte sind denn auch die herrschenden Kräfte selber verantwortlich (und diese Verantwortung sollte man ihnen nicht abnehmen).

Unter dem Begriff 'Integration' wird im wesentlichen die systemkonforme Integration verstanden (Hereinwachsen in die Gesellschaft). Ein sehr gutes Beispiel hierfür sind die sogenannten MBSE (vormals BSE) Kurse. Das gesellschaftliche Bedürfnis für diese Kurse entstand, als eine Reihe von Familien ihre Angehörigen herholte, nachdem der Anwerbestopp erlassen wurde. Nun waren plötzlich eine Menge jugendlicher zwischen 14-17 Jahren in der Bundesrepublik, die weder auf der Haupt- oder Sonderschule, noch durch deutsche Spielkameraden

die grundlegenden Sprachkenntnisse erworben hatten. Sie waren also praktisch zu nichts zu gebrauchen, denn bis zum 18. Lebensjahr muß in der Bundesrepublik jeder Jugendliche mindestens als Anlernling noch eine berufliche Ausbildung durchmachen.

Diese Jugendlichen sollten also integriert werden. Da dies über ein normales Berufschulprogramm nicht zu bewältigen war, wurden diese Kurse (Zur beruflichen und sozialen Eingliederung=BSE) eingerichtet. Während es also im Namen schon so schön hieß, daß den Jugendlichen der Einstieg in den westdeutschen Alltag erleichtert werden sollte, zeigte die Praxis, daß einmal ein sozialer Konfliktherd beseitigt war (die Jugendlichen waren 'von der Straße') und zusätzlich in einzelnen Fällen auch die Verwertbarkeit dieser Jugendlichen für die Industrie erreicht wurde.

Die Tatsache der gesellschaftlichen Interessen wird auch an der Namensänderung deutlich zunächst waren es Maßnahmen zur sozialen und beruflichen Eingliederung (MSBE) und danach traf das Berufliche vor das Soziale (MSBE). Inzwischen ist aber auch die berufliche Qualifikation zu einem wahren Hohn geworden. Denn das Recht auf einen Arbeitsplatz nach Besuch eines solchen Kurses ist aufgrund der Arbeitsmarktlage nicht einzulösen. Und in Ländern wie Westberlin will man 18-jährige Jugendliche ohne Arbeit nun einfach ausweisen.

AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT



Inzwischen ist in der westdeutschen Wirtschaft eine Situation eingetreten, in der zusätzliche Arbeitskräfte weder als "Lohndrücker" noch als variable "Industrielle Reservearmee" benötigt werden. Im Gegenteil ist Arbeitslosigkeit und sinkendes Wirtschaftswachstum zu einem ernsthaften Problem des "Sozialstaates" geworden, der nun eine Verringerung der Zahl der ausländischen Arbeiter fordert. Wie immer verhalten sich die Politiker damit reaktiv auf die Interessen der Wirtschaft, anstatt eine entsprechende Ausländerpolitik von vornherein zu planen.

Öffentliche Lokale blieben den sogenannten 'Kanacken' verschlossen, Wohnungen wurden nicht vermietet und die Kampagne "Ausländer Stopp" ist auch schon älter. Ablehnung der Ausländer und Fremdenhaß ist nichts Neues. Von Anbeginn der Ausländerbeschäftigung an gab es rassistische Vorurteile.

als die Beschlüsse der Länder und Empfehlungen des Bundes zur Beschränkung des Ausländerzuzugs.

Es ist aber unverkennbar, daß die ausländerfeindlichen Tendenzen nach den staatlichen Maßnahmen zugenommen haben. Die Kausalität verläuft dabei von Wirtschaftskrise über politische Maßnahmen zu den Hetzkampagnen der inzwischen stark angewachsenen "Bürgerinitiativen". Sie können dabei auf eine latent immer schon vorhandene Angst vor Überfremdung und Konkurrenz um Arbeitsplätze zurückgreifen.

Einfache Rechnungen, wie 'Abschiebung von 2 Millionen Ausländern bedeutet 2 Millionen neue Arbeitsplätze' werden dabei nicht nur in neofaschistischen Kreisen angestellt, sondern sind in allen gesellschaftlich relevanten Bevölkerungsgruppen wiederzufinden. SPD und DGB bilden dabei keine Ausnahmen. Ausländerfeindlichkeit zeigt sich eben nicht nur in Form von gewaltsamen Überfällen auf Asylantenheime und gemeinsame Prügel von Gruppenbanden, sondern spiegelt sich auch in der Unterscheidung nach "integrationswilligen" und "integrationsunwilligen" Ausländern wieder.

Der einzelne Ausländer steht diesen Angriffen hilflos gegenüber. Er verfügt weder auf der politischen Ebene noch in den Massenmedien über eine entsprechende Lobby, um sich argumentativ zur Wehr zu setzen. Die heimat Sprachlichen Medien (Zeitung, Radio) erwecken durch eine Sensationsberichterstattung zwar den Eindruck, die Sache der Landsleute zu vertreten, liefern für die alltäglichen Auseinandersetzungen aber auch keine Argumentationshilfen. Im Gegenteil wird auf der einen Seite ein anscheinend klar umrissenes Feindbild geschaffen (Neonazis als Aggressoren, einzelne Politiker als Buhmänner), auf der anderen Seite aber ebenso diskriminierende Äußerungen als ausländerfreundlich einstuft) z.B. den Vorschlag nach Rückkehrhilfen von der Ausländerbeauftragten Funcke). Emotionale Stimmungsmache auf der einen Seite ist gepaart mit Beschönigung der Situation auf der anderen Seite.

Eine fundierte Analyse der Ausländerfeindlichkeit kann aber nicht auf der Erscheinungsebene stehenbleiben sondern muß sowohl gesellschaftliche Entwicklungen als auch soziokulturelle und -psychologische Elemente (Vorurteilsforschung) mit einbeziehen. Generell bleibt aber

festzuhalten, daß Ausländerfeindlichkeit keine gesonderte Erscheinung ist, sondern im Zusammenhang mit dem Kampf um die Rechte aller Arbeiter und der sogenannte "sozial schwachen Schichten" bekämpft werden muß.

1.2. IHRE IDENTITÄT ALS TEIL DES HEIMATLANDES

Mit der Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik muß der Ausländer sich auf neue Lebensbedingungen einstellen. Aber obwohl er sich nun an eine Menge neuer Formen gewöhnen muß - oder teilweise gerade deswegen - bleibt er ein Teil seines Heimatlandes, in dem er seine Freunde, seine Verwandten und manchmal sogar seine eigene Familie zurückgelassen hat. Briefkontakt wird zu einem der wichtigsten Lebenselixiere. Wenn um 17.40 Uhr der türkische Teil der Gastarbeitersendungen des WDR beginnt, hocken mindestens 3/4 der türkisch-sprechenden Gastarbeiter vor dem Radio. Während in der Heimat noch ein hoher Anteil an Analphabetentum herrscht und viele der 'Aussiedler' auch kaum eine Zeitung im Heimatlande gelesen haben, sind an vielen Bahnhöfen schon morgens gegen 9.00 Uhr die türkischen Zeitungen ausverkauft.

Sie berichten zwar auch ein wenig von den Geschehnissen in der neuen Umwelt, aber immer aus einer rein nationalistischen Perspektive. Und das Wichtigere sind die Nachrichten aus dem Heimatland, die hier begierig gelesen werden. Erst das Problem der Rücksendung haben bei der Presse und den Gastarbeitern selber ein Interesse für die bundesrepublikanische Wirklichkeit geschaffen.

Sicher ist die mangelnde Gewöhnung an und die Ablehnung durch die neue Umgebung ein wesentlicher Grund für die starke Bindung ans Heimatland. Die Heimatorientierung betrifft aber 'Angepaßte' wie 'Unangepaßte' in gleichem Maße. Die Sozialisation dieser Menschen hat in der Türkei stattgefunden, dort leben ihre Angehörigen und ein Teil ihres Ichs ist dort zurückgeblieben. Die meisten der in der Bundesrepublik lebenden und arbeitenden Türken würden lieber heute als morgen in die Heimat zurückkehren, wenn die Verhältnisse es erlaubten. Fast die Hälfte aller Ausländer sagt zwar heute, daß sie an eine Rückkehr nicht mehr denken. Dies ist aber lediglich eine Konsequenz aus der Einsicht, daß es für sie unvergleichlich schwerer ist, eine Existenz im Heimatland langfristig (mit dem Ersparten) aufzubauen.

Der Traum, durch eine Beschäftigung im Ausland zu einem gesellschaftlichen Aufstieg in der Heimat zu kommen, hat sich als Illusion erwiesen. Eine Existenz als Kleinunternehmer oder aber qualifizierter Arbeiter ist unter den gegebenen wirtschaftlichen Bedingungen im Herkunftsland unmöglich. Auf dem Hintergrund der materiellen Unsicherheit und einer steten Präsenz von sozialen Konflikten fallen die Arbeiter aus der Türkei in zunehmenden Maße eine Entscheidung für den Verbleib im Migrationsland.

Doch der Wunsch nach Rückkehr bleibt ständig bestehen und existiert auch in der 2. und 3. Generation weiter.

Es gibt türkische Jugendliche, die untereinander deutsch sprechen, aber in ihren Wertvorstellungen stark 'türkisch' geprägt sind. (Sie lassen sich z.B. verheiraten).

Schon die Tatsache, daß türkische Jugendliche eben mit türkischen Jugendlichen sprechen, deutet auf ihren Sozialisierungsschwerpunkt hin. Gruppen von diesen Jugendlichen verbringen ihre Zeit zwar meistens in deutschen Zentren (neben deutschen Jugendlichen), aber ihr Verhalten ist stets von dem der anderen Besucher klar abgesetzt. Sie versuchen teilweise auch das Verhalten der deutschen Umwelt zu kopieren und stürzen sich dabei mit dem Elternhaus in zahlreiche Konflikte. Da ihnen eine solche Nachahmung aber nur notdürftig gelingt und sie weiterhin von den anderen Jugendlichen abgelehnt

werden, kehren sie in der Regel spätestens bei der Heirat wieder in den schützenden Familienverband zurück.

Sicherlich ist die Identifizierung mit der einen oder anderen Volksgruppe je nach individueller Prägung unterschiedlich. Der eine oder andere Mensch türkischer oder kurdischer Abstammung wird sich eher mit den hiesigen Verhältnissen identifizieren und seine Landsleute deswegen als rückständig, dumm oder dergleichen bezeichnen. Demgegenüber gibt es aber auch das andere Extrem, daß ein fanatischer Moslem seine Kinder nicht in den Kindergarten schickt, weil sie hier nach christlichen und westlichen Prinzipien erzogen werden. Die große Mehrheit unter den Menschen aus der Türkei aber vertritt weder eine totale Ablehnungs- noch eine Anpassungshaltung an die westdeutsche Umgebung. Sie setzen sich durchaus mit ihrer Arbeits- und Lebenswelt auseinander, sind häufig aber noch stärker mit den Ereignissen in ihrem Heimatland verbunden.

Hierfür ist aber sicher auch ein anderer Grund mit entscheidend. Die gesellschaftlichen Konflikte im Heimatland fordern viel stärker zu einer Stellungnahme heraus, als z.B. in der BRD. Bürgerkriegsähnliche Zustände, eine brutale Militärjunta, faschistische Unterdrückung und der Widerstand dagegen, dies alles sind Dinge, die man in dieser Intensität nicht in der Bundesrepublik erleben kann. Mit anderen, allgemeineren Worten ausgedrückt, sind die Klassenauseinandersetzungen in der Türkei wesentlich schärfer als in der Bundesrepublik und fordern deshalb auch zu einer eindeutigen Stellungnahme heraus. Die Ereignisse in der Türkei sind Provokation für eine Identifikation und eine Erleichterung derselben zugleich. Da die Klassengegensätze klar zutage treten, wird auch eine Orientierung erleichtert.

Man könnte auch sagen, daß die Menschen in und aus der Türkei in weit größerem Maße politisiert sind als die Deutschen. Denn in jeder Teestube, in jedem Haus werden die politischen Ereignisse sehr intensiv diskutiert. Für viele Gastarbeiter ist diese Diskussion derartig bestimmend, daß sie kaum noch Gelegenheit finden, sich mit den Ereignissen in ihrem Gastland auseinanderzusetzen. Gleichzeitig zeigen sich hier aber auch die Grenzen einer angeblichen Politisierung. Die Überzeugungen gründen nicht auf allgemeinen Einsichten, die sich auch auf andere Verhältnisse übertragen lassen, sondern haben im wesentlichen emotionalen Charakter der Zustimmung oder Ablehnung von gewisser Positionen. Die rasante Entwicklung vor dem Militärputsch vom 12.09.80 war hier entscheidend. Das Land war praktisch in zwei Lager gespalten. Reaktionäre und Faschistische auf der einen und Fortschrittliche und Antifaschistische auf der anderen Seite. Der Verbot jeglicher politischer Betätigung durch das Militär scheint eine Apolitisierung der Gesellschaft mit sich gebracht zu haben. Es ist nicht zu übersehen, daß zunächst ein großer Teil der Bevölkerung und speziell auch der Arbeiter im Ausland die Junta begrüßt haben und froh zu sein schienen daß der "Bruderzwist" in der Heimat ein Ende hatte. Inzwischen warten aber alle Schichten auf konkrete Entscheidungen der momentan Herrschenden. Dabei ist unverkennbar, daß schon jetzt das Mißtrauen gegen die repressive Herrschaft des Militärs ständig ansteigt.

Aber auch hier ist die Bewußtseinsentwicklung noch nicht so weit, daß die Erwartungshaltung der Bevölkerung mit einer allgemeinen Systemkritik verbunden ist. Selbst bei Landsleuten, denen man ein politisches Bewußtsein zusprechen kann, läßt sich beobachten, daß sie dann aber über einfachste Prinzipien der westdeutschen Gesellschaft nicht informiert sind. Gewerkschafts- oder politische Arbeit im Ausland wollen nur die Wenigsten leisten.

Für praktisch alle Arbeitsemigranten (besonders die aus der Türkei) aber gilt, daß sie stets mit einem Bein im Heimat- und mit einem Bein im Gastland leben. Während



sie als Arbeiter im Gastland auf der untersten Stufe stehen, als Menschen 2. Klasse behandelt werden und vor der Gemeinschaft isoliert sind, fühlen sie sich auf Heimaturlaub mit Krawatte und Anzug hinter dem Steuer eines auf Raten gekauften Ford oder Opel den meisten ihrer Nachbarn überlegen, so als hätten sie den Aufstieg in die Oberschicht schon vollzogen. Hier sollten aber nicht vorschnelle Schlüsse auf ein zerstörtes Klassenbewußtsein gezogen werden. Wir wollten uns an dieser Stelle zunächst mit der Situation im Heimatland befassen.

1.2.1. Die Lage in der Türkei

An diese Stelle wollen wir keine umfassende Analyse der Bedingungen im Ursprungsland geben. Dies ist ein Thema für sich. Wichtig sind aber die Fakten, die zur Arbeitsmigration führen, eine schnelle Rückkehr verhindern, und die das Bewußtsein der Gastarbeiter und ihr politisches Engagement bestimmen.

Die Türkei ist ein rückständig gehaltenes Land, in das aufgrund seiner Abhängigkeit vom Westen kapitalistische Produktionsweisen importiert wurden. Neben einigen Überresten von feudalistischer Struktur herrscht in der Türkei ein verformter Kapitalismus vor (gemeint ist hiermit, daß sich diese Strukturen nicht in Eigendynamik entwickelt haben). Die Produktion ist auf Konsumgüter ausgerichtet, wobei häufig nur die Einzelteile in der Türkei zusammengesetzt werden (Montageindustrie). Hilfe aus dem Ausland wird nach dem Prinzip der eigenen Interessen (Absatzmarkt, billige Arbeitskräfte, Rohstoffe) vergeben und kann daher auch langfristig nicht zu

einer Gesundung der türkischen Wirtschaft führen. Importzwang, Außenhandelsdefizit und Verschuldung sind die äußeren Wurzeln einer Krise, die sich im Inneren durch den Teufelskreis Geldabwertung, Inflation und Stagnation manifestiert. Auf wirtschaftlichem Gebiet läßt sich das mit von einer 30%igen Arbeitslosigkeit, nur zur Hälfte genutzten Kapazitäten und überdurchschnittlich hohen Zahlen bei den Konkursen ausdrücken. Wir sprechen von einer gesamt-nationalen Krise, weil sich dieser Zustand auch in den anderen gesellschaftlichen Bereichen zeigt. Es gibt keine stabilen politischen Verhältnisse. Auch in der Kunst und bei der Wissenschaft werden häufig nur fremde Ideen in der Türkei 'montiert'.

Diese Krise ist sowohl für den Exodus der Arbeitskräfte als auch für ihren Verbleib im Ausland verantwortlich. Durch Arbeit im Ausland haben sie sich eine Existenz gesichert, die sie sich im Heimatland täglich neu erkämpfen müßten. Sie sind damit sozialen Konflikten in der Heimat aus dem Weg gegangen und können sich zudem bei einem Besuch 'daheim' als Wohlhabende fühlen, da sie bei einem günstigen Wechselkurs 'kapitalkräftig' dastehen. Trotzdem ist es ihnen nicht möglich, eine Existenz als Kleinunternehmer (Lebensmittelladen o.ä.) aufzubauen. Einige, die es während der Krise 1966/67 versuchten, meldeten sich spätestens nach 3 Jahren erneut für eine Arbeitsaufnahme im Ausland. Und auch die meisten der späteren Rückkehrer haben sich nur für eine bestimmte Dauer über Wasser halten können. Deswegen kehren in der Regel nur noch Gastarbeiter im Rentenalter zurück, deren Kinder weiterhin in der Bundesrepublik arbeiten und neben einer möglichen Rente sie unterstützen können.

1.2.2. Perspektive für die weitere Entwicklung

Wir haben gesehen, daß für die Arbeiter aus der Türkei zwei Elemente ihres Daseins bestimmend sind. Der Überwiegende Teil ihres Lebens spielt sich im Gast(Aus)land ab, wo sie als Teil der Arbeiterschaft auf der untersten Stufe der Rangleiter stehen und in ein gesellschaftliches Ghetto abgedrängt wurden. Bislang haben sie in der überwiegenden Mehrheit noch kein entsprechendes Selbstbewußtsein entwickeln können, mit dem sie sich für ihre Rechte als Minderheit einsetzen würden.

Auch die Konzentration auf die gesellschaftlichen Verhältnisse im Heimatland ist zum Teil Reaktion auf den Ausschluß aus dem öffentlichen Leben in der BRD. Die Hauptursache aber liegt in der viel rasanteren Entwicklung der Klassenkämpfe im Ursprungsland.

Auch für die Zukunft gilt, daß die Klassenkämpfe in der Türkei wesentlich deutlicher zutage treten werden als in der BRD. Hier wiederum führt eine Verschärfung der Wirtschaftskrise dazu, daß man mit einer Hetzkampagne gegen die ausländischen Minderheiten von den wahren Schuldigen an der Misere ablenken will. Von beiden Krisen sind die Arbeiter aus der Türkei in besonderem Maße betroffen.

Die Frage der systemverändernden Politik in beiden Gebieten ist späteren Abschnitten dieses Artikels überlassen. An diesem Punkt ist zunächst die Feststellung wichtig, daß es für die ausländischen Arbeiter zwei hauptsächliche Identifikationsebenen gibt. Sie haben ganz konkrete Probleme in der Welt, in der sie leben und arbeiten, verdrängen diese aber häufig um den Preis, sich irrealen Vorstellungen über eine spätere Existenz im Heimatland zu machen. Auf jeden Fall sind sie von den Entwicklungen in beiden Bereichen aber in gleichem Ausmaß betroffen.

2. ZUM STAND DER AUSLÄNDERARBEIT

Unter dem trügerischen Wort von 'Hilfe zur Selbsthilfe' veranstalten eine ganze Reihe von Einrichtungen (von der Bundesregierung, bis zu den Wohlfahrtsverbänden) Programme zur Integration der ausländischen Arbeiter. An ihnen sind viele humanistisch und karitativ eingestellte Deutsche beteiligt, die mit selbstlosem Einsatz ihren ausländischen Mitbürgern das Leben im Gastland erleichtern wollen.

Dieser selbstlose Einsatz kann jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß diese Programme in der Regel über eine Parallele zur staatlichen Hilfe für die unterentwickelten Länder nicht hinauskommen. Die rückständigen Ausländer bekommen Entwicklungshilfe in deutscher Sprache und Zivilisation. Sie sind eine willkommene Gelegenheit, um entweder als Helfer seinen Großmut oder aber als Akademiker seine intellektuelle Überlegenheit zu demonstrieren. Die problembeladenen Ausländer sind nichts anderes als Versuchstiere für die Laborversuche, die man als Projekte bezeichnet. Natürlich gibt es auch emanzipatorische Initiativen unter Beteiligung der Betroffenen und nicht über ihren Kopf hinweg.

Auf diesem Gebiet wurden bisher schon eine Menge Bücher geschrieben. Aber, obwohl sie alle von den Ausländern handeln, sind nur wenige von ihnen in der Sprache der Betroffenen geschrieben worden. Und das, obwohl in diesen Büchern davon die Rede ist, wie man die Ausländer doch in die Gesellschaft einbeziehen kann und mit ihnen zusammen leben kann. Mit dem gleichen Ziel werden auch eine Unmenge von Seminaren abgehalten. Nicht selten werden hierzu teure Luxushotels in Kurorten ausgesucht. Hier wird über die 'Gastarbeiterproblematik' diskutiert. Nur die Zielgruppe, die Ausländer, verbringen ihre Freizeit weiterhin in verrauchten Gaststätten bei Bier oder Tee.

Ein ganzer Berufsweig hat sich an diesem Punkt gebildet, die 'Integrationisten'. So wie nach den Gastarbeitern eine ganze Reihe von Schmarotzern Einzug in den westdeutschen Alltag hielten (von Dolmetschern über Wirte bis hin zu An- und Verkaufsgeschäften), so haben sie auch noch diese Sorte von 'Sonderverdienern' hervorgebracht, ohne selber irgendeinen Vorteil davon zu haben.

Sicherlich gibt es außerhalb dieser provokanten Verallgemeinerung auch positive Ansätze in der Ausländerarbeit. Das sind nicht nur Initiativgruppen in vielen Orten der BRD sondern auch eine Menge an Konzepten der Partei- und Gewerkschaftsbasis. Wie aber an dem Beispiel des kommunalen Wahlrechts zu sehen sind, bleiben die Anregungen der Basis auf dem langen Weg durch Bezirks-, Landes- und Bundestage meistens in den bürokratischen Strukturen hängen, so daß von hier nur in Ausnahmefällen die offizielle Ausländerpolitik berührt wird.

2.1. Die Ausländerpolitik

Die offizielle Ausländerpolitik hat stets die Funktion gehabt, den wirtschaftlichen Bedarf zu steuern. In der Anfangsphase half der Staat durch Kontaktbüros in den Anwerbeländern den Unternehmern bei der Beschaffung

von Arbeitskräften. Außer einer Vermittlungsgebühr und menschenunwürdigen Sammelunterkünften wurde von den Unternehmern keine Leistung zur Eingliederung der sogenannten Gastarbeiter verlangt.

Diese Aufgabe übernahm der Staat in der zweiten Phase als man merkte, daß die Ausländerbeschäftigung keine vorübergehende Erscheinung war. Neben dem sozialen Zündstoff, den diese neue Randgruppe bot, sollte aber auch eine Qualifikation der Arbeiter erreicht werden, da die Industrie nun Facharbeiter brauchte.

Im dritten - und vorläufig letzten - Stadium hat es der Staat übernommen, die Zahl der Ausländer zu begrenzen. Als humane Lösung werden dabei die Rückwandererprämien vorgeschlagen, die Zahlung von 6-Monaten Kinder- und Arbeitslosengeld nach Rückkehr sowie sofortige Auszahlung der Beiträge zur Rentenversicherung. Es besteht aber kein Zweifel, daß der Staat Ausländer (auch ohne "Abfindung") in die Heimat schicken wird, wenn es die Konjunktur erfordert. Die Maßnahmen einiger Länder und Empfehlungen des Bundes, die den Nachzug von Angehörigen beschneiden sollen, haben jetzt schon den Charakter von Zerstörung der Familien- einheit und stellen damit einen Verstoß gegen das Grundgesetz dar.

Auch das Ausländergesetz mit unzähligen Einschränkungen der Grundrechte (Versammlungsrecht, freie Wahl des Arbeitsplatzes etc.) verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz der Verfassung. Das aber stört bei der Steuerung des wirtschaftlichen Bedarfs recht wenig. Die Schikanen beim Erwerb von Arbeits- und Aufenthaltserlaubnis sind durch den Gesetzgeber ebenso abgesehen wie der §19 des Arbeitsförderungsgesetzes der eine Hierarchie der Arbeiter nach a) Deutschen b) EG-Angehörigen c) Sonstige vorsieht und der letzten Gruppe kaum eine Aussicht auf Arbeit läßt.

Obwohl die Verantwortlichen immer noch von Integration reden, zielen alle Maßnahmen darauf ab, die Ausländer zur Ausreise zu bewegen. Deswegen kommen Bewegungen wie "Ausländer Stopp" gerade recht und werden durch Verlautbarungen gestützt, die auf die große Anzahl der Ausländer, die Menge an Arbeitslosen unter ihnen, Kriminalität u.ä. verweisen. Eine wesentliche Quelle der Ausländerfeindlichkeit ist also die offizielle Ausländerpolitik selbst.

Das karitative Mäntelchen der 70er Jahre ist auch längst fallen gelassen worden. Haushaltsmittel für Betreuungsmaßnahmen sind enorm zusammengestrichen worden und Dolmetscher bei den Kommunen haben in erster Linie die Aufgabe, die repressive Politik den Ausländern klar zu machen. Das kommunale Wahlrecht ist komplett aus der Diskussion gefallen, da inzwischen der Aufenthalt von Ausländern sehr unsicher geworden ist. Diskutiert wird höchstens noch eine Auslese unter den Ausländern, d.h. bestimmten Gruppen möchte man die deutsche Staatsbürgerschaft zuerkennen, anderen Aufenthaltsberechtigung, unbefristet und schließlich befristete Aufenthaltserlaubnisse geben. Wie schon bei dem Phänomen der Asylbewerber werden auch durch dieses Projekt die Ausländer in verschiedene Gruppe gespalten. Selbst die Privilegiertesten unter ihnen mit deutschem Paß wären aber in den Augen der Deutschen nach wie vor 'Kanacken' so daß auch eine solche Auslese keine Integration bewirken würde.

Für eine Emanzipation der Ausländer kann auf das kommunale Wahlrecht als ersten Schritt nicht verzichtet werden. Erst wenn die Politiker auch auf die Stimmen der Ausländer angewiesen sind, werden sie sich auch etwas ernsthafter um die Probleme kümmern.

2.2. Professionelle Betreuung

Die Regierungskreise setzten bislang ihre Programme nicht selber in die Praxis um (obwohl man sich mit dem

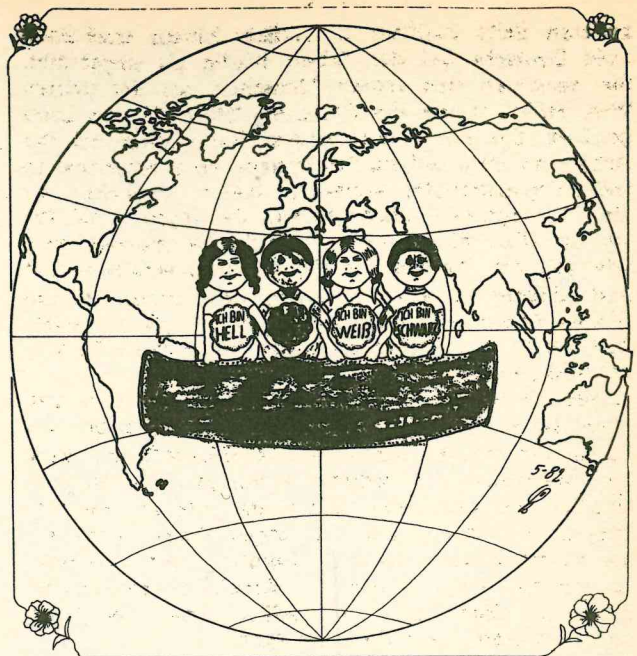
Ausländerbeauftragten eine zusätzliche Stelle für ausran-
gierte Politiker geschaffen hat). Hierfür sind zunächst
einmal die 'freien' Wohlfahrtsverbände zuständig. Neben
den je nach Nation unterschiedlichen Betreuerorganisa-
tionen fallen in den Bereich der professionellen Be-
treuung noch Sozialarbeiter und Dolmetscher im Staats-
dienst, sowie einige Projekte oder Initiativen, die sich
inzwischen institutionalisiert haben (MBSE, ...).
Im Vordergrund bei diesen Maßnahmen steht eine
Dienstleistung für den Kunden Gastarbeiter, dem
entweder Bildung, Wissen oder Vermittlerdienste
(Dolmetschen) angeboten werden. Die Angebote
haben je nach örtlichen Gegebenheiten einen enor-
men Umfang erreicht. Doch von einem Großteil der
Programme und Kurse sind die Betroffenen nur we-
nig oder gar nicht informiert. Selbstverständlich er-
scheint es schon, daß die Ausländer an der inhalt-
lichen Ausgestaltung nicht beteiligt sind (wenn man
einmal davon absieht, daß ihre ' Betreuer ' meistens
' gebildete ' Landsleute sind). Die angebotenen Kur-
se haben das Niveau und die Struktur von Volkshoch-
schulangeboten und laufen damit an den Bedürfnissen
der Ausländer vorbei. Denn die VHS organisiert Abend-
programme für ein Bildungsbürgertum, das unter den
Ausländern praktisch nicht existiert.

Nur Projekte, die handgreifliche Vorteile zum Resultat
haben (Diplom zur Arbeitssuche oder Geld für die Um-
schulung) dürfen daher mit Zuspruch von der Seite der
Arbeitsemigranten rechnen.

Bei den Türken haben sich innerhalb der Arbeitervohl-
fahrt die Betreuungsstellen "Türkdanis" zu einer selb-
ständigen Institution entwickelt. Hier dominiert die Ein-
zelhilfe von irgendwie gearteten prinzipiellen Lösun-
gen. Konzepte, die als politische Lösung gepriesen werden,
sind meistens auch nicht mehr, als systemimmanente
Reproduktion von Abhängigkeiten. Den Betreuern soll
hier nicht der gute Vorsatz abgesprochen werden. Aber
durch eine Unmenge von Einzelaufgaben sind sie norma-
lweise derartig ausgelastet, daß eine umfassende Orien-
tierung und ein generelles Konzept von ihnen kaum er-
folgen kann. Mit einem Sprichwort könnte man meinen,
daß sie den Wald vor lauter Bäumen nicht mehr sehen.
Sie sind außerdem auch weitestgehend an die Weisungen
ihres Dienstherrn gebunden und aus diesem Lager ist
ein systemverändernder Satz für Arbeit auch nicht zu er-
warten. In diesem Zusammenhang wollen wir auf die an-
geblich ausländerfreundliche und demokratische Ein-
richtung von kommunalen Ausländerparlamenten kurz
eingehen. In der Regel werden die Ausländervertreter
durch deutsche Institutionen ernannt. Selbst dort aber,
wo die Ausländer ihre Vertreter selbst wählen, haben
diese Ausländerbeiräte nur eine beratende Funktion für
die eigentlichen Parlamentarier bei der Stadtverwaltung.
Diese Debattierklubs vermitteln den Ausländern nur Il-
lusionen über demokratische Rechte und sind abzuleh-
nen, solange ihnen keine Entscheidungskompetenz zu-
kommt.

2.3. Die Initiativgruppen

Schließlich existieren in der Bundesrepublik noch eine
ganze Reihe von Initiativgruppen, die mehr oder weniger
unabhängig von den Institutionen arbeiten. Von ihnen
dürfte man in erster Linie einen systemverändernden An-
satz erwarten, da sie nicht an Regierungsprogramme und
-gelder gebunden sind und daher größere Flexibilität be-
sitzen. Viele der hier engagierten Deutschen sind dem
Spektrum einer zersplitterten westdeutschen Linken zu-
zurechnen (hier stammen auch viele professionelle Be-
treuer her), so daß man allein von daher schon an eine
gesellschaftsverändernde Intention glauben möchte.
Doch das täuscht. Es gibt auf der einen Seite eine Reihe
von politischen Organisationen (bis hin zu Parteien), die
im Rahmen ihres Internationalismus irgendwie auch die



Gastarbeiterproblematik als theoretische Frage behan-
delt haben. Auf der anderen Seite gibt es eben die Initia-
tivgruppen, die organisationsmäßig ungebunden ihre Ar-
beit betreiben. Hier steht fast ausschließlich die Praxis
im Vordergrund. Ein Programm zur Erlangung der poli-
tischen Herrschaft durch die Arbeiterklasse, in dem die
Minderheitenprobleme der ausländischen Arbeiter ein in-
tegrierter Bestandteil sind, gibt es nicht. Die Überlegun-
gen in diese Richtung blieben bei der Feststellung
"Gemeinsam sind wir stark" stehen. Es wurden weder
die speziellen Forderungen noch die zu ihrer Durchset-
zung notwendigen besonderen Kampf- und Organisa-
tionsformen entwickelt.

Natürlich ist dies nicht nur ein Fehler der Initiativ-
gruppen oder der politischen Organisation in der Bun-
desrepublik. Die Organisationen der Ausländer, mit
denen wir uns weiter unten befassen werden, tragen
auch ihren Anteil an der Schuld. Aber allein bei den
bundesdeutschen Organisationen lassen sich schon
eine ganze Reihe von Gründen für diesen Mangel auf-
führen. Zum einen krankt auch die westdeutsche Lin-
ke an einer enormen Zersplitterung. Dies hat die For-
mierung einer starken Opposition verhindert. Außer-
dem verlaufen die Klassenauseinandersetzungen in
der Bundesrepublik in einer ziemlich evolutionären
Form, was sich natürlich in den Programmen nieder-
schlägt.

Der wesentliche Fehler auf der deutschen Seite liegt
aber darin, daß man immer in den Formen von Stell-
vertreterpolitik gedacht hat. Weder auf den großzü-
gig finanzierten Seminaren noch in den politischen
Organisationen befinden sich Vertreter der Ausländer,
die wirklich in den Ausländerorganisationen verwur-
zelt sind. Hier trifft man bestenfalls auf ein, zwei, Re-
nommierausländer, die in ihrer "eingedeutschten"
Form mehr ihre eigenen Interessen als die der Arbeits-
emigranten vertreten.

Natürlich steht der Wunsch nach gemeinsamer Kom-
munikation und einer gemeinsamen Organisation
vor ganz handfesten Problemen, die von den sprach-
lichen Schwierigkeiten bis zu den Unterschieden in
Grundeinstellungen gehen. Engagement bei den Deut-
schen ist verbunden mit rationaler Grundeinsicht, einem
wohlüberlegten Konzept und Pünktlichkeit, d.h. die
ganze Sache ist wohlstrukturiert. Bei den Menschen
aus der Türkei steht emotionale Betroffenheit, Kampf-
entschlossenheit und gemeinsames Handeln, d.h. Be-
geisterung im Vordergrund (das soll natürlich nicht
heißen, daß nicht beide Seiten auch etwas von der

anderen Seite besitzen). Darüber hinaus erscheinen viele Deutsche bei der Arbeit häufig als eingebildet. Sie gewähren den armen Menschen aus der dritten Welt 'Hilfe', so wie die Regierung 'Hilfe' für das Land gewährt. Die oben beschriebene Rationalität bei der Arbeit, die sie innerhalb des Systems einer entwickelten Industriegesellschaft erworben haben, versuchen sie als Überlegenheit auszuspielen. Deswegen schlüpfen sie nur allzu leicht in die Rolle des Vormundes. Nur, wie soll ein Kampf um die Gleichberechtigung der ausländischen Arbeiter aussehen, wenn schon der untersten Ebene dieser Organisationsform die Ungleichheit durch das Verhalten einer bestimmten Gruppe gefördert wird ?

Dieses Verhalten auf deutscher Seite hat eine entsprechende Reaktion auf Seiten der Ausländer zur Folge. Sie machen sich über ihre Einstellungen lustig und versuchen sich selber als 'kämpferisch' 'einsatzfreudig' und besonders 'mutig' darzustellen. Bei den Deutschen werden dann die langen Haare, frustrierende Beziehungsdiskussionen, Alkohol zum Vorwand genommen, um sich von der Arbeit zurückzuziehen. Moralisch fühlen sich die Ausländer nun den "saft- und kraftlosen" Deutschen überlegen.

Bei näherer Betrachtung wird klar, daß diese Vorurteile nur entstehen konnten, weil beide Gruppen in ihrer Abgeschlossenheit die andere nicht an sich heranließen und gleichzeitig auch keine unvoreingenommenen Informationen von der Gegenseite besaßen. Sicherlich werden sich die Unterschiede nicht so einfach gewischen lassen. Wenn man aber erst einmal akzeptiert, daß sie zusammen arbeiten müssen und gleichberechtigt sein müssen, dann ist der erste Schritt zu einer umfassenderen Ausländerarbeit getan.

Natürlich ist es nicht einerlei, mit welchem Ausländer man spricht. Das Kriterium selber Gastarbeiter zu sein, reicht eben nicht. Der Anfang in der Arbeit kann nur mit den aktiven, demokratischen Kreisen unter den Ausländern gemacht werden. Diese Ausländerorganisationen waren bisher fast nur unter ihren Landsleuten aktiv. Sie können daher wertvolle Erfahrungen mit in die weitere Arbeit einbringen.

Viele Initiativgruppen haben sich im Laufe der Zeit auf ein, zwei ihnen genehme Ausländer eingestellt und bestreiten ihr Programm über deren Kontakte. Dies fördert die Isolation von der Basis und den auf breiter Unterstützung fußenden Ausländerorganisationen noch mehr. Als fast reiner 'Deutschenklub' richtet sich schließlich das Hauptaugenmerk auf die Erreichung von mehr Unterstützung und schon bald läuft man Gefahr, zu einer staatlichen oder professionellen Betreuungsinstitution zu werden, in dessen Rahmen dann nur noch schöngeistige Wochenendseminare abgehalten werden. Und selbst wenn trotz Berufsverbot eine verbale Systemkritik beibehalten wird, ist die praktische Arbeit längst in den Verwertungsmechanismus des Kapitals integriert worden. Wieviele der Initiativgruppen machen freiwillig und unbezahlt Arbeiten, für die an anderer Stelle eine Unmenge an Geld ausgegeben wird?

3. DIE AUSLÄNDERORGANISATIONEN

Besonders unter den Menschen aus der Türkei ist ein überdurchschnittlich hoher Grad an Vereinsarbeit zu beobachten. Dies rührt einmal von der Ablehnung durch die westdeutsche Öffentlichkeit her, hat aber auch andere Gründe, wie das Verbot der politischen Betätigung, Wunsch nach Geselligkeit, etc. Die Vereine haben jedoch inhaltlich durchaus verschiedene Ausrichtungen.

3.1. Die Teestubenvereine

So haben wir die große Reihe von Zusammenschlüssen bezeichnet, die versuchen ihre Landsleute innerhalb

eines überschaubaren Kreises in eine Klein- oder Mittelgroßstadt zusammen zu bringen. Hier ist noch am ehesten ein Vergleich zum deutschen Vereinswesen zu finden. Gemeinsames "Hobby" ist hier das Trinken von Tee, das Hören heimatlicher Musik und der Austausch über alle sinnvollen und unsinnigen Kleinigkeiten des Alltags. Diese Vereine haben meistens in den kleineren Ortschaften ihre Blüte, wo es kaum möglich ist, eine konkrete politische Linie durchzusetzen oder aber einen konkurrierenden Verein zu gründen. Selbst wenn auch bei den meisten dieser Vereine sozialdemokratische Tendenzen unverkennbar sind, so kann man in der Regel doch davon sprechen, daß es sich hier um apolitische Vereine handelt. Ein Lokalbetrieb (Teestube) mit Kartenspielen oder sonstigen Aktivitäten, um die Zeit totzuschlagen ist meistens die Hauptaktivität. Hier haben dann auch Karrieristen die Möglichkeit, sich durch einen Vorsitz in dem Verein in den Vordergrund zu spielen. Einfluß unter den Landsleuten ist dann die beste Startbedingung für einen Laden oder Dolmetscherbüro...

3.2 Islamsekten und Faschisten

Durch die Abkapselung in der Bundesrepublik wird für die Arbeiter aus der Türkei die Religion zu einem der wesentlichen Identifikationspunkte. Hier finden sie eine Orientierung in einer sonst nur schwer verständlichen Umwelt. Das Bedürfnis nach religiöser Betätigung wird von extrem reaktionär ausgerichteten Sektenvertretern geschickt ausgenutzt. Diese Sekten, die in der Heimat ohne Bedeutung (und offiziell verboten) sind, haben im Ausland einen gewaltigen Einfluß unter den Landsleuten erreichen können. Neben der Sekte der Nurdus haben sich hier vor allem die Süleymanisten hervorgetan, die mit ihrem Zentrum in Köln (das Islamische Kulturzentrum = IKZ) knapp 200 Zweigstellen in der Bundesrepublik betreiben. Es wäre ihnen vor 2 Jahren auch fast gelungen, sich als Körperschaft des öffentlichen Rechtes anerkennen zu lassen. Dann hätten sie von allen Moslems aus der Türkei Steuern einkassieren können und wären automatisch zu deren Sprecher avanciert.

Süleymanisten sind aber weit davon entfernt, sich nur auf die Vermittlung des Glaubens in Korankursen zu beschränken. In Großveranstaltungen mit ihrem Oberprediger Harun Resit Tüyoğlu fallen gleich nach dem Wort Glaube immer wieder die Begriffe von Flagge, Vaterland und Einsatz bis zum letzten Blutstropfen.

Da ist es kein Wunder, daß der Vertreter der MHP in Europa, Enver Altaylı, an seinen Führer (Basbug) Türkesscrieb, daß ein Großteil der MHP - Basis im Islamischen Kulturzentrum zu finden sei.

Diese Faschisten, die im Ausland auch unter dem Begriff 'Graue Wölfe' für ihre Aggressivität bekannt sind, haben auch nach dem Putsch vom 12. September 1980 ihre Aktivitäten nicht eingestellt. Im Gegenteil, da einige Mitglieder zum Schein der Objektivität in den Gefängnissen der Türkei sitzen, betreiben sie nun ihre Propaganda aus dem Ausland. Die Publikation 'Yeni Hedef' (*Neues Ziel*) wird von Serdar Celebi herausgegeben. Er darf sich hier als Vorsitzender der Türk-Föderation über die Anhängerschaft von 130 Vereinen und - nach eigenen Angaben - 50.000 Sympathisanten freuen.

Die Faschisten hatten zwar mit dem Putsch vom 12.09.80 ihre Aufgabe erfüllt, da durch ihren Terror das Militär zum Eingreifen 'proviziert' worden war, langfristig gesehen wird man aber doch nicht gleich auf ihre Unterstützung verzichten wollen. Bei anstehendem Widerstand gegen die Militärherrschaft dürfte es durchaus wieder einen Einsatz der faschistischen Mordkommandos geben, die durch ihre Überfälle dann ein noch schärferes Vorgehen der Junta rechtfertigen

würden (oder aber nach einmal formalem Übergang zu ziviler Regierungsform eine neue Militärdiktatur einleiten würde).

Zur Zeit beklagen sie sich über ihre ungerechte Behandlung durch die neue Führung. Insbesondere die Inhaftierung ihres Führers Türkes ist für sie unverstänlich, da er gerade hinter dem scharfen Eingreifen des Militärs gestanden hat, bzw. seine Partei ständig eine Machtübernahme durch das Militär gefordert hatte. Eine mögliche Bestrafung der zivilen Faschisten um Türkes, die die Aufgabe hatten, eine faschistische Massenbewegung aufzubauen, hängt aber nur von taktischen Überlegungen ab. Im zentralen Prozeß gegen die MHP sind schon über die Hälfte der Angeklagten freigelassen worden, unter ihnen auch ursprünglich unter Todesstrafe angeklagte Personen. Sie bekommen Gelegenheit, ausführlich ihre Positionen darzulegen und konnten auch schon zum Gegenangriff vorgehen. So haben die Anwälte ein Ermittlungsverfahren gegen die sozialdemokratische CHP einleiten lassen. Trotzdem dürften einige der Massenmörder bestraft werden (einige wurden auch schon aufgehängt), da dem antifaschistischen Bewußtsein Rechnung getragen werden muß. Und für den Terror vor dem 12.8.80 wird der faschistischen MHP doch ein erhebliches Maß an Schuld zugeschrieben.

In der Bundesrepublik aber haben die Faschisten noch eine andere Aufgabe. Sie organisieren hier den Unmut ihrer Landsleute in eine extrem nationalistische Richtung. Das reine Türkenblut muß erhalten und der Boden, auf dem Türken zu finden sind, muß in Besitz genommen werden. Zusammen mit den religiösen Fanatikern wird von den türkischen Faschisten alles Westliche als Germanisierung abgelehnt. Anscheinend stehen die Faschisten aus der Türkei damit in einem unüberbrückbaren Gegensatz zu den bundesdeutschen Neofaschisten, die sich in letzter Zeit ja immer wieder an die Parole 'Türken raus' geklammert haben. Sie werden aber bei ihren Kampagnen gerade von den faschistierten Türken unterstützt, die ebenfalls Reinhaltung des Blutes und Überlegenheit der eigenen Rasse propagieren. Logische Folge ist also Trennung der Rassen, so daß jeder dann unbehindert seine Ideen anpreisen kann.

EXKURS: ÜBER RELIGIÖSE UND NATIONALE GEFÜHLE

An dieser Stelle lohnt es sich, einmal etwas tiefer auf dieses Phänomen einzugehen. Wie kann es geschehen, daß in einer Industriegesellschaft Tausende von Menschen sich von rechtsextremen Sektierern oder aber Faschisten einfangen lassen? Wieso haben die Sekten im Heimatland kaum Einfluß?

Diese Fragen sind teilweise schon in den Ausführungen oben beantwortet worden. Es ist aber wichtig, auf folgenden Unterschied hinzuweisen. In der Türkei bestand und besteht die aktuelle Aufgabe darin, eine effektive Bekämpfung des Faschismus zu organisieren. Dies ist vor dem Putsch vor allem DEV-YOL durch seine Widerstandskomitees gelungen, die den Schutz des Lebens für alle Bürger durch eigene Kräfte sichern sollten. Hier war das größte Problem, die ständigen Überfälle der zivilen faschistischen Mordkommandos abzuwehren. Eine Beantwortung dieser Fragen hatte dann auch die enorme Unterstützung durch breite Bevölkerungsschichten zur Folge (inzwischen hat sich der Charakter des Faschismus offen gezeigt und muß in seiner uniformierten Ausprägung auch anders bekämpft werden).

Es ist aber nicht möglich, die Erkenntnisse aus der politischen Auseinandersetzung einfach auf die Bedürfnisse der Arbeiter hier zu übertragen. Allein mit den Parolen aus der Türkei lassen sich die Menschen

hier nicht organisieren. Eines der größten Probleme ist hier die Ghettoisierung und das dadurch hervorgerufene Bedürfnis nach nationaler und religiöser Geborgenheit. Die 'linken' Organisationen aus der Türkei haben aber praktisch alle eine Art 'Atheismus' vertreten und sich kaum um diese Probleme gekümmert.

Dabei haben fast alle nationalen Feiertage, die die Faschisten zu ihrer Propaganda genutzt haben, ihren Ursprung in den Jahren 1920 - 1923, als die Türkei den Befreiungskrieg erlebte. Allen Feiertagen haftet somit gewissermaßen ein antiimperialistischer Inhalt an. Gerade aus diesem Grunde kommt es auch den fortschrittlichen Organisationen zu, diese Feste zu feiern und die Bevölkerung über den wahren Charakter dieser Feiertage aufzuklären.

In Bezug auf die Religion fällt den fortschrittlichen Organisationen eine ähnliche Aufgabe zu, wobei sie allerdings eher eine defensive Rolle spielen. Es müßte aber vorrangiges Ziel sein, die Arbeiter mit mohammedanischem Glauben aus den Händen der süleymanistischen Scharlatane zu befreien. Deshalb müssen alternative Gebetsorte eingerichtet werden, in denen ein strenger Laizismus (Trennung von Politik und Religion) verfolgt wird. Es muß verhindert werden, daß politische Organisationen der extremen Rechten der Religion bedienen, um ihre Landsleute für ihre Interessen zu organisieren.

Es gibt in der Tat eine hohe Zahl von Arbeitern aus der Türkei, die die Gebetsstätten der Süleymanisten besuchen, weil sie anderswo keine Möglichkeit zu beten haben. Die Kirchen haben sich zwar ansatzweise schon der Probleme angenommen und tun auch einiges, um den Einfluß der erzreaktionären Kreise unter den Türken einzudämmen. Aber ohne die aktive Mitarbeit von Organisationen aus der Türkei werden auch sie nicht zum Erfolg kommen. Wir, als fortschrittliche Organisation aus der Türkei, kennen nicht nur unsere Landsleute genau, sondern wissen auch, wie man sie organisiert, bzw. eine reaktionäre Vereinnahmung verhindert. Darüber hinaus besitzen wir die nötige Stärke, um eine solches Vorhaben zu verwirklichen. Was uns fehlt, sind die finanziellen und räumlichen Mittel. Sobald diese für die alternativen Beträume zur Verfügung stünden, dürfte es auch möglich sein, den Einfluß der Sekten und Faschisten zu stoppen.



So wie es auch gelingt, den Glauben in seiner reinen Form durch die Betstunden zu praktizieren, so ist es auch möglich, die ideologisch verformten Korankurse in wissenschaftlich fundierten Religionsunterricht umzuwandeln. Das gelingt aber nicht, wenn man die vorhandenen Priester einfach ihre Arabischstunden weiterhin abhalten läßt und meint, man habe damit den Moslems zu ihrem Recht verholfen. Religionsunterricht muß integrierter Bestandteil des Unterrichts werden, so wie es für die christlichen Bekenntnisse schon der Fall ist. Damit würde eine weitergehende Forderung der Eltern nach Unterweisung in der Religion durch Korankurse fortfallen.

3.3 Die fortschrittlichen Organisationen

Wenn wir von der Zersplitterung der westdeutschen Linken gesprochen haben, so gilt das in zumindest gleichem Maße für die Organisationen aus der Türkei. Praktisch alle Organisationen aus der Türkei haben durch Sympathisanten im Ausland sich auch ihre Vertretung in der Bundesrepublik geschaffen, aber bei den meisten ist es schwer, sie hier überhaupt noch als politische Gruppierung zu akzeptieren, da sie nichts anderes betreiben, als eine absolute Kopie ihrer Arbeit im Heimatland, die sich im wesentlichen in regionaler Arbeit (sei es in Tunceli oder Kars) abspielte. Schon äußerlich läßt sich feststellen, daß in solchen Vereinen praktisch nur die Bewohner einer bestimmten Region vertreten sind.

In der politischen Arbeit läßt sich denn auch beobachten, daß feudalistische Prinzipien der Großfamilie das Hauptbindeglied für die 'politische' Organisierung ist. Auch hier bildet die Ghettoisierung den Hintergrund für eine solche Zusammenarbeit. Hierdurch ist aber ein Durchbruch zu der politischen Atmosphäre des Gastlandes und eine politische Bedeutung im Ausland nicht möglich. Selbst wenn die einzelnen Organisationen in der Türkei glauben konnten, daß sie allein mit ihrer Anhängerschaft bestimmte Aktionen erfolgreich durchführen konnten, so müssen sie in der Bundesrepublik einsehen, daß sie ohne die anderen Organisationen nichts bewirken können, außer ihrer eigenen Isolation. Trotz aller - teilweise unverzeihlicher - Fehler bestimmter Organisationen rechnen wir alle fortschrittlichen Gruppen zu den demokratischen Ausländervertretern, mit denen der Dialog zu führen ist.

3.3.1. Selbstkritik

Die Kritik an den Ausländerorganisationen aus der Türkei haben wir teilweise schon oben geführt. Grundsätzlicher Fehler bei fast allen diesen Organisationen ist die Ausrichtung ihrer praktischen Arbeit auf die Probleme der Türkei. Während die Deutschen in den Initiativgruppen ihre Arbeit praktisch nur von der Seite der Gastarbeiterproblematik angingen, arbeiteten die Ausländerorganisationen mit der Betroffenheit ihrer Landsleute durch die Ereignisse im Heimatland. Sie erblickten hier das einzige mobilisierende Element.

Gleichzeitig wurden religiöse oder nationale Gefühle und Bedürfnisse von ihnen als rückständig abgelehnt, so daß diese Seite allein durch die extreme Rechte organisiert wurde. Von unserer Seite wird auch ihre Bündnispolitik auf das Schärfste kritisiert. Dabei ist es nicht einmal so wichtig, daß sie keine langfristigen Bündnisse mit anderen Organisationen aus der Türkei und sich ihre Partner nicht nach der Art ihrer Arbeit (Einsatz für Minderheitenrechte) aussuchten, sondern rein nach ihrer international gesehen 'sozialistischen' Einschätzung sich ihre Bruderpartei suchten. Fortan unternahmen 'Mutter- und Schwesterschiff' zwar gemeinsame Manöver, aber in der Praxis ist es irgendwo zu einer organischen Verbindung von Systemveränderung in der BRD und Unter-

stützung des Widerstandes in der Türkei gekommen. Vollkommen übersehen wurde die Tatsache, daß allein schon die Stärke der einzelnen Organisationen es verbietet, einen Einzelkampf zu führen. So unterschiedlich sind die Forderungen der einzelnen Organisationen nun auch wieder nicht, als daß man deswegen nicht an einen Tisch kommen könnte (kommunales Wahlrecht, Kindergeld etc.) Trotzdem machen fast alle Organisationen ihre Einschätzung zum Faschismus und die Kampfmethoden dagegen zur Grundlage jeder Aktionseinheit. Man will also grundsätzliche Bündnisse (und nicht Aktionseinheiten) eingehen und arbeitet nur mit denjenigen zusammen, die einem in der Türkei auch angenehm sind. So kommt es, daß in Bezug auf die Türkei-Solidarität jede Organisation ihre eigenen Komitees aufgebaut hat und es inzwischen eine Flut von Komitees mit den unterschiedlichsten Namen gibt (Freiheit für Demokraten, die Völker, die Türkei, Solidarität mit...). Selbst bei einem so übermächtigen Gegner wie der Junta hat man den Eindruck, daß es immer noch darauf ankommt, den eigenen Namen in den Vordergrund zu spielen, in eine umfassende Konkurrenz zu allen anderen Organisationen zu treten. Dabei sind die Mutterorganisationen in der Türkei längst schon einen Schritt weiter, da ihnen der Henker im Nacken sitzt. Anscheinend dauert es aber seine Zeit, bis die Ableger im Ausland dies auch in ihre Vorstellungen mit aufnehmen.

An dieser Stelle müssen wir auf zwei sektierische Strömungen hinweisen, bei denen es auch in der Zukunft Schwierigkeiten bereiten dürfte, in tragfähige Aktions-einheiten einzutreten.

Eine Kritik an DIDF (Föderation der demokratischen Arbeitervereine) und FIDEF (Föderation der Arbeitervereine in der Bundesrepublik) bedeutet jedoch nicht, daß wir sie abstempeln.

DIDF (früher auch ATIF = Föderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa) haben bei allen Aktionen praktisch nur die Existenz der eigenen Organisation im Auge gehabt und deswegen die Zusammenarbeit mehrerer Organisationen ständig behindert.

FIDEF versucht den Eindruck zu erwecken, daß es außer ihnen keine andere bedeutende Organisation aus der Türkei gebe, die sich kompetent zu den Fragen der Landsleute und der Türkei äußern könnte. Als Bekämpfer des Staatsmonopolkapitalismus spielen sie sich selber als Monopolisten des Sozialismus auf. Hierbei benutzen sie Demokratie als einen Spielball, den sie jeden Moment beiseite legen können. Sie scheuen auch nicht vor offenen Lügen zurück, wenn es darum geht, andere Organisationen (insbesondere vor der deutschen Öffentlichkeit) schlecht zu machen. So lobten sie den Hungerstreik gegen die Folter in der Türkei im Winter 80/81 als sei es ihre eigene Aktion gewesen, konnten es auf der anderen Seite aber nicht lassen, innerhalb des Unterstützerkreises auf deutscher Seite von 'dunklen Kräften' hinter dem Streik zu sprechen. Anderenorts haben sie sich schon aus Aktionseinheiten zurückgezogen, nur weil ihnen keine Vorrangstellung unter den Organisationen aus der Türkei zuteil wurde, bzw. sie haben fortschrittliche Kollegen auch schon direkt bei der politischen Polizei als Terroristen denunziert.

Bei dieser Organisation muß man jedoch anmerken, daß sie es verstanden hat, publikumswirksam die Probleme der 'Gastarbeiter' und ihrer Kinder auf die Tagesordnung zu bringen. Die FIDEF-Spezialisten sitzen in den Gewerkschaften oder als Betreuer bei den Wohlfahrtsverbänden. Hier favorisieren sie selbstverständlich systemfreundliche Konzepte, da ihre ganze Politik auf die Eroberung des Staatsapparates durch eben diese Bürokraten ausgerichtet ist (und mit dieser Art von Anpassung geht's am einfachsten). Insbesondere diese Organisation ist mit ihrer sektierischen Politik dafür verantwortlich, daß die Organisationen aus der Türkei kaum zu gemeinsamen Aktionen

gekommen sind. (Bei einer Kindergelddemonstration der ausländischen Arbeiter 1980 machte FIDEF nicht mit, weil sie nicht vorne laufen konnte). Mit ihrer Arbeit haben sie außerdem ein wichtiges Potential von Demokraten vom aktiven Kampf entfernt.

3.3.2 Die Extremismusfrage

Die Ausländerfeindlichkeit in der Bundesrepublik wird neben Ängsten im wesentlichen durch eine hochstilisierte Angst vor extremistischen Aktivitäten auf deutschem Boden genährt. Hier kommt den Faschisten eine wichtige Aufgabe zu. Zunächst wollen wir aber erst einmal die Lage der demokratischen Ausländerorganisationen näher betrachten. Wenn wir einmal die Richtigkeit, die Fehler bei der politischen Ausrichtung und ihrer praktischen Politik außer acht lassen, so läßt sich für alle Organisationen sagen, daß sie sich bemühen, die Probleme der Menschen aus der Türkei aufzugreifen und in dieser Richtung Aktivitäten zu entfalten. Gerade aus diesem Grund wurde diese Organisationen zum Ziel der Regierungspolitik, die sehr geschickt gemacht wird. Die Rede ist hier dann von "fanatisierten Türken, die messerstehend und schießend aufeinander losgehen". Angriffe der Faschisten bis hin zu offenen Morden, werden als Familienfehden ausgegeben, es sei eine Blutrache, heißt es. Auf der anderen Seite wird das Bild der politischen Auseinandersetzung ständig wieder aufgefrischt und Parallelen zu den Auseinandersetzungen im Heimatland gezogen.

Kurz nach dem Putsch war bei der Türkei-Föderation, als Drahtzieher dieser Überfälle - ein kurzer Moment der Unsicherheit und damit verbunden ein Einhalt der Gewalttaten von "Türken gegen Türken" zu verspüren, aber nun schlagen sie wieder zu, denn ihre Aufgabe in der Bundesrepublik ist noch nicht erledigt. Sie können hier inzwischen sogar auf die Unterstützung einer als liberal eingestuften türkischen Presse rechnen, die jegliche Kritik an der Junta als Feindschaft gegen die Türkei diffamiert. Eine wahre Hetzkampagne ist angerollt, die das Verbot der demokratischen Organisationen zum Ziel hat. Aus diesem Grund benutzt man diese "politischen Auseinandersetzungen" die "Links-Rechts Streitigkeiten," um die Gruppen kriminalisieren. Wenn möglich werden sie sogar noch in einen Zusammenhang mit internationalen terroristischen Vereinigungen gestellt.

Diese Kampagne hat klare Konsequenzen:

- zunächst werden die Organisationen ins Abseits gedrängt
- dann kann man die Organisationen verbieten und den Arbeitern aus der Türkei so eine Interessenvertretung untersagen,
- schließlich wird hierdurch die Ausländerfeindlichkeit erneut geschürt, die in Krisensituationen auch zur Ablenkung vom eigentlichen Gegner dienen kann.

Diese Prozeß ist im Einzelkampf nicht aufzuhalten. Die Folge wäre die Isolation der engagierten Kräfte, eine politische Disziplinierung der Masse und eine weitere Verschärfung der Ghettoisierung, d.h. in der Folge eine Radikalisierung nach rechts.

3.3.3. Ansprechpartner sind die fortschrittlichen Organisationen

Es kommt also nicht von ungefähr, daß die demokratischen Organisationen der Türken und Kurden als extremistisch und kriminell hingestellt werden.

In ihnen befinden sich die kämpferischen Elemente, die auf eine Durchsetzung ihrer Interessen auch im Gastland drängen. Wer sich also um die Belange der ausländischen Arbeiter kümmern will, findet hier die Ansprechpartner,

die in der Lage sind, die Forderungen der Arbeitsemigranten nach Gleichberechtigung und Minderheitenrechte zu artikulieren. Selbst wenn viele dieser Organisationen noch ein gutes Stück von detaillierter Einschätzung zum "Migrantenproblem" entfernt sind, geht es doch nicht an, Programme ohne ihre Mitwirkung zu entwerfen.

Die Unkenntnis der Deutschen bezieht sich nicht nur auf die Verhältnisse in der Türkei, sondern auch auf die Menschen und Organisationen von dort. Als minimalste Voraussetzung für sinnvolle Ausländerarbeit muß den fortschrittlichen Organisationen eine Gelegenheit zur Selbstdarstellung gegeben werden. Dieser Lernprozeß ist selbstverständlich nicht einseitig, denn auf der anderen Seite werden die Ausländerorganisationen sich im Gegenzug mit gesellschaftsverändernden Ansätzen in der BRD auseinandersetzen müssen.

Allerdings muß für alle in der Ausländerarbeit Engagierte klar sein, daß die Organisierung der Betroffenen nur durch ihre eigenen fortschrittlichen Gruppierungen geleistet werden kann. Hierzu reichen akademische Erkenntnisse über die Andersartigkeit der Ausländer eben nicht aus. Auf der anderen Seite werden es die Ausländer nicht schaffen, bei den Deutschen Zustimmung zum gemeinsamen Konzept und der Notwendigkeit der gemeinsamen Organisierung zu finden. Diesen Teil der Arbeit müssen die deutschen Freunde selber leisten.

An dieser Stelle müssen wir noch auf einen grundsätzlichen Fehler bei der Arbeit aufmerksam machen, der von vielen übersehen wird. Der Klientel "Gastarbeiter" wird häufig nur als Medium benutzt, um eigene Ansichten bestätigen zu lassen (selbstloser Einsatz oder Systemkritik). Seine Äußerungen werden immer nur auf dem eigenen Erfahrungshintergrund interpretiert. Innerhalb der alternativen Szene der Bundesrepublik scheint hier wirklich eine Lücke zu sein. Es gibt alternative Ernährung, alternatives Wohnen, einen alternativen Anbau usw. Aber zu den offiziellen Konzepten von Gastarbeiterintegration wurden bisher keine Alternativen entwickelt, in denen sich die Ausländer gleichberechtigt artikulieren können. Neuere Entwicklungen, wie die Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit werden unsere Meinung an dieser Stelle vielleicht korrigieren.

4. TÜRKEI-SOLIDARITÄT

Neben den Initiativgruppen in der Ausländerarbeit und den Ausländerorganisationen gibt es auch eine Reihe Komitees, in denen sich die Zusammenarbeit von Deutschen, Kurden und Türken schon weiter entwickelt hat, als in den anderen Bereichen. In diesen Komitees wurde zunächst gegen die faschistische Gefahr durch die "Grauen Wölfe" gearbeitet, aber auch schon eine aktive Solidarität mit den unterdrückten Menschen in der Türkei geübt. Nach dem Militärputsch hat sich dieser Aspekt eher noch verstärkt. Damit ist dann ein Teil der Ausländerarbeit an und für sich angesprochen. Wir hatten schon oben betont, daß sowohl die Arbeit in Richtung auf die Stellung der Ausländer in der Bundesrepublik aber auch zu den Verhältnissen in der Türkei geführt werden muß.

Die Anstrengungen praktisch aller Gruppierungen haben nach der militärischen Machtübernahme in der Türkei zugenommen. Es scheint notwendig zu sein, daß nun aus dem Ausland sehr viel der Arbeit geleistet werden muß, die zuvor von Kurden ausgeführt wurden, die jetzt entweder im Gefängnis oder aber in ihrer Arbeit derartig behindert sind, daß sie über keine Wirkung mehr verfügen. Wir sagen, daß in diesen Komitees schon so etwas wie die Zusammenarbeit von Deutschen und Ausländern verwirklicht worden ist. Aber leider hat es bislang noch nicht so etwas wie eine Verbindung der verschiedenen ausgerichteten Komitees gegeben. Jede Gruppierung hat sich bisher ihre eigenen Leute für eine solche Arbeit zu-



sammengeholt, und häufig greifen sie dabei auf die alte Politik der Brüderpartei zurück. Hier liegt eine wesentliche Schwierigkeit der Solidaritätsarbeit.

Eine Ausnahme bildet BIRKOM (Einheitskomitee der Antifaschisten im Ausland), dem sich bisher 5 politische Gruppierungen angeschlossen haben. Hier werden alle Solidaritätsaktionen koordiniert und gleichzeitig daran gearbeitet, daß auch eine politische Annäherung stattfindet.

Es gibt aber noch andere Gründe, die bisher eine Erstärkung der Solidaritätsbewegung für die Türkei verhindert haben. Für andere Länder der dritten Welt (von Vietnam bis El Salvador) sind in der Bundesrepublik immer sehr starke Solidaritätsbewegungen zustande gekommen. Nur in puncto Türkei will die Front trotz Militärdiktatur irgendwie nicht mächtiger werden. Ein Grund hierfür sind die direkteren Interessen, die in Europa über NATO und EG mit der Türkei verbunden sind. Durch Kredite und Waffenlieferungen ist die BRD viel enger mit der Türkei verbunden als z.B. mit El Salvador. Keine Frage, daß aus diesem Grunde einer Opposition in der Bundesrepublik auch wesentlich mehr Widerstand entgegengesetzt wird, als einer ideellen Unterstützung für die Befreiung von Lateinamerika.

Der zweite Grund ist die Anwesenheit von fast 2 Millionen Menschen aus diesem Lande in der Bundesrepublik. Unter ihnen sind eben auch Vertreter einer Befreiungsbewegung mit all ihren Widersprüchen präsent. Dies macht eine Identifizierung der westdeutschen Linken mit dem Widerstand in der Türkei ebenfalls schwerer, denn hier gibt es kein abstraktes Programm, sondern ganz konkrete Vorstellungen und ihre Anhänger, mit denen eine Zusammenarbeit geleistet werden muß. Dies ist gleichzeitig die große Chance für eine bislang unbekanntere machtvolle Solidarität mit den Unterdrückten und Ausgebeuteten in der Türkei. Denn wenn es erst einmal zu einer echten gemeinsamen Sache von westdeutscher und türkischer/kurdischer Linken kommt, dann könnte eine Bewegung entstehen, die nicht nur für die Herren in Ankara, sondern auch für die Herren in Bonn zu einem enormen Problem werden dürfte.

Dazu ist es aber notwendig, daß nicht nur eine Seite der Arbeit geleistet wird, sondern sowohl für die Stellung der Ausländer (und alle Arbeiter) in der BRD gekämpft wird, als auch eine aktive Unterstützung des Widerstandes in der Türkei geleistet wird. Denn bei den Freunden aus der Türkei handelt es sich in erster Linie um die

Vertreter einer Befreiungsbewegung in ihrem Heimatland und nicht einfach Mitglieder eines Gastarbeiterklubs, die sich die Interessenvertretung einer bestimmten Berufsgruppe zur Aufgabe gemacht haben. Die Vielschichtigkeit der Arbeit und Unmenge von Positionen mag eine Erschwernis bei der Arbeit sein. Im Endeffekt dürften sich dabei aber überdauernde Erfolge in der BRD und der TR einstellen.

5. SCHLUBFOLGERUNGEN

Die Türkei in der Bundesrepublik bilden eine Brücke zwischen den Verhältnissen in ihrem Heimatland und hier. Die Auseinandersetzung mit ihrem Schicksal führt zu den konkreten Folgerungen für eine Ausländer-(Türkei-Solidaritäts)arbeit.

1. Arbeit mit Ausländern (Türken/Kurden) hat stets zwei Seiten. Wer sich hier mit Ausländern beschäftigt, muß die Verhältnisse im Heimatland sehr gut kennen und bereit sein, sich auf die Seite der Unterdrückten und Ausgebeuteten zu stellen. Die hier lebenden Ausländer können ihr politisches Engagement nicht nur auf ihr Heimatland beschränken. Sie werden ihren politischen Anspruch auf Systemveränderung nur einlösen können, wenn sie sich auch für die Interessen der Gastarbeiter einsetzen.

2. Deutsche und Ausländer müssen hierzu in einen Dialog eintreten. Ansprechpartner sind dabei die demokratischen Organisationen auf Seite der Ausländer.

Innerhalb dieses Lernprozesses ist es notwendig, die speziellen Forderungen der Minderheit 'Gastarbeiter' mit einem allgemeinen Programm zum Sturz der kapitalistischen Herrschaft zu verbinden.

3. Langfristig gesehen müssen Deutsche und Ausländer nicht nur gemeinsame Kampf- sondern auch Organisationsformen entwickeln. Im Augenblick ist es schon deshalb wichtig, damit die Isolierung und das Verbot der fortschrittlichen Organisationen verhindert wird.

4. Als vorläufig konkrete Aufgaben für derartige Zusammenschlüsse (Vereine, Komitees) kommen folgendermaßen in Betracht:

- Kampf der Ausländerfeindlichkeit. Als besonderes Problem hier müssen ausländische und deutsche Demokraten einem Verbot der demokratischen Ausländerorganisationen entgegenreten.

- Den Ausländern muß ein gleichberechtigtes Dasein mit Minderheitenrechten (z.B. Sondersendezeiten auch für Kurden, Portugiesen und Araber) gewährt werden.

- Es gilt den antifaschistischen Kampf der Türken und Kurden zu unterstützen. Hierzu ist die türkisch/kurdische Öffentlichkeit, aber auch die deutsch-sprechende Öffentlichkeit in der Bundesrepublik anzusprechen. Derzeit gilt es, besonders umfangreiche Informationen in deutscher Sprache zu gewährleisten.

- Innerhalb der Arbeit müssen Minimalprogramme entwickelt werden, wobei die Zweigleisigkeit der Arbeit zu betonen ist. Der unterschiedliche Stand der Klassenauseinandersetzungen ist dabei zu berücksichtigen.

- Forderung nach kommunalem Wahlrecht und gleichem Kindergeld sind ein erster Schritt für die Forderung nach Gleichberechtigung.

KAMPF GEGEN AUSLÄNDER- FEINDLICHKEIT

● Gegen die Vernichtung der Rechte der Ausländer, gegen die Aufhebung des Asylrechts, für ein gemeinsames Handeln der deutschen und ausländischen Arbeiter

● Ursachen, Hintergründe und die Bekämpfungsmöglichkeiten der Ausländerfeindlichkeit

VOM 'GASTARBEITER' ZUM SÜNDEBROCK

Über den wirtschaftlichen Neubeginn nach dem Zweiten Weltkrieg, das sogenannte Wirtschaftswunder, heißt es oft, dieser Neubeginn habe gewissermaßen aus dem Nichts stattgefunden. Tatsächlich waren zahlreiche deutsche Städte erheblich zerstört, aber insbesondere bei den Fabrikanlagen war die Zerstörung geringer, als im Normalfall angenommen wird. Vor allem aber fand trotz des Krieges der Neuanfang mit der Möglichkeit statt, auf ein großes Reservoir qualifizierter Arbeitskräfte zurückzugreifen. Was fehlte, war zunächst Kapital, das jedoch rasch aus den USA zufließte, als die USA im Rahmen ihres Marshallplanes beschlossen hatten, Westdeutschland zum Bollwerk gegen den Kommunismus aufzubauen. Weiterhin fehlte es an billigen Arbeitskräften, die die Drecksarbeit beim Wiederaufbau übernehmen sollten, denn die billigen Arbeitskräfte von früher waren in den Schützengräben verblutet. Auch für dieses Problem fand sich eine Lösung:

Zunächst aus Italien, später auch aus anderen Ländern, wurden sogenannte Gastarbeiter angeworben, die an den schlechtest bezahlten, härtesten und schmutzigsten Arbeitsplätzen eingesetzt wurden. Dies geschah in einer Zeit, als die Arbeitslosigkeit in der BRD in Millionenhöhe bestand (1954 gab es im Jahresdurchschnitt Arbeitslose!). Dieser Widerspruch erklärt sich aus dem Interesse des westdeutschen Kapi-

tals, möglichst billige Arbeitskräfte einzusetzen und dem Interesse der deutschen Arbeiter, ihre Arbeitskraft nicht unter Qualifikation zu verkaufen, sodaß trotz hoher Arbeitslosigkeit die Industrie im Ausland Arbeiter für die schlechten Arbeitsplätze anwarb. Damit ergab sich schon damals die Situation, daß die deutschen Arbeiter von der Existenz der ausländischen Arbeiter profitierten, daß das Bild vom Gastarbeiter als Lückenbüßer für minderwertige Arbeiten entstand. Nur folgerichtig rief es auf deutscher Seite dann auch keine Proteste hervor, daß die ausländischen Arbeiter von Anfang an in die dreckigsten Behelfsunterkünfte gepfercht wurden, daß sie als Ware Arbeitskraft, nicht aber als Menschen behandelt wurden. Wenn wir heute von einer erschreckenden Zunahme der Ausländerfeindlichkeit sprechen, so darf dies nicht zu der Ansicht verleiten, damals sei die Politik gegenüber den Ausländern nicht ausländerfeindlich gewesen. Im Gegenteil: Die damalige Politik von Staat und Unternehmen war nur auf die Einfuhr von Arbeitskraft, die möglichst billig sein mußte, ausgerichtet. Diese menschenverachtende Politik existierte schon damals und hat heute 'nur' eine neue Qualität erreicht. Vor allem aber schwieg schon damals die überwiegende Mehrzahl der Bevölkerung zu dieser Politik, denn die deutsche Bevölkerung profitierte davon. Das Wirtschaftswunder konnte beginnen, doch belastet mit der Hypothek einer Gewöhnung der deutschen Bevölkerung an die Gastarbeiter als billige, manövrierfähige Masse am untersten Ende der sozialen Skala.

Von Seiten der ausländischen Arbeiter in der BRD wurde die entwürdigende und diskriminierende Behandlung als Menschen zweiter Klasse weitgehend protestlos hingenommen. Dies hängt eng zusammen mit der Perspektive, die die allermeisten ausländischen Arbeiter bezüglich ihres Aufenthaltes in dem fremden Land hatten: Es ging ihnen nicht darum, in ein fremdes Land auszuwandern, um dort eine neue Heimat zu finden, sondern darum, das verlockende Angebot vergleichsweise hoher Löhne zeitweilig und unter Duldung der Diskriminierung auszunutzen, um soviel Geld anzusparen, daß damit im Heimatland eine gesicherte Existenz als Handwerker, Kleinhändler und dergleichen aufgebaut werden konnte. Die Hoffnung auf Rückkehr ins Heimatland nach wenigen Jahren machte ihnen die unwürdige Behandlung in der BRD, wie auch die Trennung von der Familie erträglich. Gleichzeitig liefen diese Vorstellungen parallel mit den Überlegungen der Unternehmer und des Staates, die Arbeiter zwar angeworben hatten, aber daran interessiert waren, die ausländischen Arbeiter, sobald sie nicht mehr benötigt wurden, reibungslos wieder in ihre Herkunftsländer abzuschieben. Die offizielle Beschreibung für diesen Tatbestand war der Begriff des 'Rotationsprinzips', das heißt, das Eingewöhnen der ausländischen Arbeiter in die westdeutsche Gesellschaft sollte verhindert werden, indem die ausländischen Arbeiter immer nur für wenige Jahre ins Land geholt werden sollten, um dann durch Neugeworbene abgelöst zu werden.

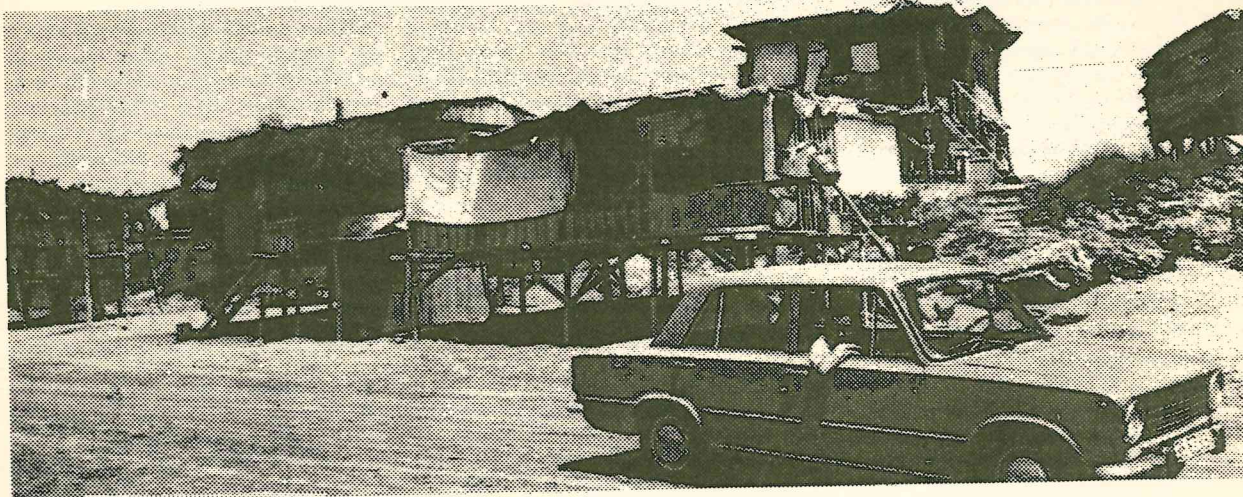
'ROTATIONSPRINZIP' UND KONJUNKTUR

Schon nach wenigen Jahren zeigte sich, daß das Rotationsprinzip im Sinne der staatlichen Politik nicht funktionierte. Zum einen waren es die Kapitalisten selbst, die kurzfristige Rentabilitätsüberlegungen dazu führten, dieses Prinzip aufzugeben. Es war für sie unökonomisch, einen an 'seinem' Arbeitsplatz eingelernten ausländischen Arbeiter in sein Herkunftsland zurückzuschicken, um daraufhin erneut einen ausländischen Arbeiter einlernen zu müssen. Zum anderen erwies sich bei den meisten ausländischen Arbeitern die Hoffnung auf baldige Rückkehr als Rückkehrillusion. Wohl war der Wunsch zurückzukehren bei den allermeisten nach wie vor vorhanden (und

halb deren Grenzen vertraglich das Prinzip der Freizügigkeit bei der Wahl eines Arbeitsplatzes festgelegt ist. Das heißt, es war ohne Vertragsbruch nicht möglich, die italienischen Arbeiter nach Italien zurückzuschicken. Um das Rotationsprinzip dennoch aufrechtzuerhalten, ging der Staat deshalb dazu über, außerhalb der EWG, in weiter entfernten Ländern, die Anwerbung vorzunehmen. Damit wurde die vertragliche Bindung innerhalb der EWG umgangen und gleichzeitig Menschen aus Ländern, die einem anderen Kulturkreis angehören, angeworben, in der Hoffnung, sie würden sich in der BRD nur wenig eingewöhnen können und dadurch rückkehrwilliger sein. Diese Neuangeworbenen, vor allem aus der Türkei, wurden folgerichtig auch weitgehend

gibt, beziehungsweise, warum von offizieller Seite immer häufiger nicht von dem 'Ausländerproblem' sondern von dem 'Türkenproblem' gesprochen wird.

Die verschiedenen Anwerbewellen fielen zeitlich zusammen mit den Zeiten ausgesprochener Hochkonjunktur in der BRD. Jeweils in einer wirtschaftlichen Aufschwungphase war es im Interesse des Kapitals, ausreichend billige Arbeitskräfte zur Verfügung zu haben, die auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht zu finden waren. Ging es dann mit der Wirtschaft, wie in den Jahren 1968 und 1973 wieder bergab, suchte der Staat nach Möglichkeiten, die angeworbenen Arbeiter wieder loszuwerden. Aus der Rezession Ende der sechziger Jahre zog der Staat die



Armut in der Türkei

ist es auch heute noch), aber die Aussichten, im Heimatland eine selbständige Existenz aufzubauen, erwiesen sich als wenig begründet.

Der zum Teil erhebliche Anstieg der Arbeitslosenzahlen in den Herkunftsländern in den letzten 20 Jahren zeigt deutlich, wie schwierig es geworden ist, in diesen Ländern überhaupt Arbeit zu finden. Deshalb richtete sich eine wachsende Anzahl der ausländischen Arbeiter auf einen längeren Aufenthalt in der BRD ein. Und folgerichtig waren immer weniger ausländische Arbeiter bereit, auf die für ein normales Arbeitsleben selbstverständlichen Umstände zu verzichten: Statt sich weiterhin in Behelfsunterkünften zusammenpferchen zu lassen, begannen sie, eine Wohnung zu suchen; die oft jahrelange Trennung von der Familie ließ sich dadurch aufheben, daß die Familie in die BRD nachzog. Die ausländischen Arbeiter begannen, sich in der BRD ein menschliches Leben einzurichten, zumindest soweit, wie dies in einer ausländerfeindlichen Umgebung möglich ist.

Durch diese Entwicklung sah der Staat sein Prinzip von der Rotation gefährdet. Hinzu kam, daß das erste und damals wichtigste Anwerbeland, Italien, Mitglied der EWG war, inner-

vom gesellschaftlichen Leben in der BRD ausgeschlossen. Noch stärker als früher Angeworbene wurden sie in fabriknahen Schlafghettos eingesperrt. Noch stärker als früher reduzierte das Kapital Menschen auf ihre Funktion als billige Arbeitskraft.

Gleichzeitig ergab sich durch die verschiedenen Anwerbewellen eine Situation der Hierarchisierung unter den Arbeitern. Vereinfacht gesagt, ermöglichte es die Ausländerwerbung gleich nach dem Krieg zahlreichen Deutschen, bessere Arbeitsplätze zu erlangen, während die Italiener die Drecksarbeit machten. Mit dem wirtschaftlichen Aufschwung gelang einem guten Teil der deutschen Arbeiter ein weiterer sozialer Aufstieg, von dem auch die Erstangeworbenen profitierten. Die in diesem Prozeß freierwerdenden schlechten Arbeitsplätze wurden wiederum von Neuangeworbenen übernommen, sodaß heute nicht nur festzustellen ist, daß ausländische Arbeiter allgemein schlechtere Arbeitsplätze haben als Deutsche, sondern auch, daß unter den ausländischen Arbeitern wiederum die türkischen, als die letztgeworbenen, die schlechtesten Arbeitsplätze haben. Dies ist ein wichtiger Grund, warum es auch unter den Ausländern in der BRD unterschiedliche Beurteilungen der Ausländerfeindlichkeit

Konsequenz, im nächsten Aufschwung die Anwerbung auf Länder - vor allem die Türkei - zu beschränken, bei denen die Angeworbenen von der Bewilligung einer Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis abhängig waren. Damit hatte der Staat ein Instrumentarium an der Hand, um im Bedarfsfall ausländische Arbeiter zur Rückkehr zu zwingen. In der Rezession 1973 griff der Staat zusätzlich zur Verfügung eines Anwerbestopps, um den weiteren Zuzug von ausländischen Arbeitern zu unterbinden. Diese Maßnahme erbrachte das vom Staat gewünschte Ergebnis: Zwischen 1973 und 1978 ging die Zahl der ausländischen Arbeiter um rund 680 000 zurück. Damit schien es, als habe der Staat ein Instrumentarium gefunden, um die Verschiebung von Arbeitskraft je nach ökonomischen Erfordernissen reibungslos zu bewerkstelligen. Reibungslos heißt in dieser Logik aber vor allem, daß die Betroffenen sich nicht wehren gegen die unmenschliche Behandlung als ökonomischer Lückenbüßer.

Als Ende der siebziger Jahre die westdeutsche Wirtschaft erneut und tiefer als je zuvor in die Krise rutschte, als die Arbeitslosigkeit eine Höhe erreichte, wie sie bislang nur direkt nach dem Krieg zu verzeichnen war, sollte das Rückverschieben der ausländischen Arbeiter erneut durchgeführt werden. Doch dabei sah sich der Staat

vor Probleme gestellt: wie zuvor schon die italienischen, spanischen, griechischen usw. Arbeiter, waren inzwischen auch die türkischen Arbeiter, um die es bei der Rückverschiebung hauptsächlich gehen sollte, gründlich der Illusion beraubt worden, eine Rückkehr in die Türkei sei eine gangbare Alternative zur Beschäftigung in der BRD.

Allein das Ansteigen der offiziell festgestellten Arbeitslosenquote in der Türkei von 13 Prozent im Jahr 1977 auf 17,5 Prozent im Jahr 1981 zeigt, daß eine Rückkehr nur in wenigen Ausnahmefällen in Frage kommt (nebenbei gehen realistische Schätzungen von einer mindestens doppelt so hohen realen Arbeitslosenzahl in der Türkei aus!). Das heißt, vor allem in den siebziger Jahren mußten sich angesichts der wirtschaftlichen Lage in der Türkei, als auch angesichts rückläufiger Reallöhne in der BRD, die das Ansammeln von Ersparnissen immer schwieriger machten - immer mehr türkische Arbeiter an den Gedanken gewöhnen, für längere Zeit, statt wie ursprünglich geplant für wenige Jahre, in der BRD zu bleiben. Und wie auch schon bei anderen ausländischen Arbeitern vor ihnen ging diese Überlegung einher mit dem Wunsch, in dieser Zeit selbstverständliche menschliche Bedürfnisse wie das Zusammenleben mit der eigenen Familie in einer wohnlichen Wohnung befriedigen zu können. Dies kommt auch in den offiziellen Statistiken zum Ausdruck: im Jahre 1970 waren in der BRD 353 898 türkische Arbeitnehmer beschäftigt. 1980 waren es 588 012; dies ist im Vergleich zum Jahr 1970 ein Zuwachs um 66 Prozent. Hingegen zählte die türkische Wohnbevölkerung (also Arbeitnehmer und Nichtbeschäftigte, das sind in den meisten Fällen Familienangehörige) 1970 nach offiziellen Statistiken 469 160 Menschen, während ihre Zahl bis 1980 auf 1 462 442 Menschen anstieg; dies entspricht einem Zuwachs von 212 Prozent. Die Gesamtzahl aller ausländischen Beschäftigten in der BRD ist seit dem Anwerbestopp von 1973 sogar im Mittel rückläufig (1973: 2 595 000; 1981: 1 917 239; Rückgang: -26 Prozent). Das heißt, die ausländische, (vor allem die türkische) Wohnbevölkerung ist seit dem Anwerbestopp gestiegen, die Zahl der ausländischen Beschäftigten ist insgesamt rückläufig.

In diesem Zusammenhang ist es wichtig, daß damit eine Situation eingetreten ist, die in gewisser Hinsicht jener beim Beginn der Anwerbungen nach dem Krieg entspricht: Damals wie heute war eine hohe Arbeitslosigkeit vorhanden. Dennoch würden damals ausländische Arbeiter angeworben, um die Schmutzarbeit zu erledigen, und die Deutschen profitierten davon. Hatte damals die Industrie das Interesse, ausländische Arbeiter anzuwerben, so ist heute die Industrie keineswegs bereit, von heute auf morgen auf alle ausländischen Arbeiter zu ver-

zichten, denn trotz hoher Arbeitslosigkeit ist bislang unter den deutschen Arbeitern die Bereitschaft gering, die schlechten Arbeitsplätze ausländischer Arbeiter zu übernehmen, und der Staat hat durch die Aushöhlung der Zumutbarkeitsklausel bei der Arbeitsvermittlung erst begonnen, den Einsatz deutscher Arbeitsloser in schlechter bezahlten Arbeitsplätzen zwangsweise zu erwirken. Gerade in dieser Hinsicht unterscheidet sich jedoch die Situation nach dem Krieg von heute: Damals sah der Staat in der Ausländerbeschäftigung kein Problem, denn er konnte sicher sein, daß mit dem weiteren Wachstum der Wirtschaft die Arbeitslosigkeit der deut-

selbst das Bewußtsein haben, die Ausländer seien an allem Schuld. Die hierfür erforderliche Ideologie wird im folgenden untersucht.

Soziokulturelle Hintergründe der Ausländerfeindlichkeit

Die oben geschilderte Tatsache, daß die ausländische Wohnbevölkerung in den letzten Jahren zugenommen hat, während die Zahl der ausländischen Beschäftigten rückläufig ist, ist ein erster Hinweis darauf, daß das von den Politikern entdeckte Ausländerproblem keineswegs nur eine Frage der Arbeitsplätze ist. Wohl ist die Behauptung, 'Die Ausländer nehmen uns die Arbeitsplätze weg' eines der gängig-

Beschäftigungen ausl. Arbeitnehmer nach Herkunftsländern

Herkunftsland	1960	1970	1980
Italien	144 176	381 140	308 365
Griechland	20 782	242 184	129 705
Spanien	16 459	171 671	84 879
Türkei		353 898	588 012
Portugal		44 795	57 988
Jugoslawien		423 228	348 874
insgesamt	329 356	1 948 951	2 015 593

) nicht erfaßt

Quelle Bundesanstalt für Arbeit

schen Arbeiter fast völlig verschwinden würde; heute ist offenkundig, daß die Arbeitslosigkeit zur Dauererscheinung der achtziger Jahre werden wird. Staatliche Politik, die nicht unfähig erscheinen will, dieses Problem zu lösen, wird um jeden Preis versuchen, dieser Situation Herr zu werden. Konkret heißt dies jedoch, daß der Staat, der sich als unfähig erwiesen hat, durch ökonomische Maßnahmen (Konjunkturspritzen, Globalsteuerung, Arbeitsbeschaffungsprogramme...), die Arbeitslosigkeit zu mildern, immer stärker auf eine politische Lösung, des Problems zusteuern wird, nämlich auf die Vertreibung der Ausländer einerseits und die Besetzung der damit freierwerdenden Arbeitsplätze durch deutsche Arbeiter andererseits, auch wenn diese eine höhere Qualifikation besitzen, als für den jeweiligen Arbeitsplatz erforderlich ist. Die ausländischen Arbeiter werden zur staatlichen Manövriermasse, weil der Staat ökonomisch nicht mehr in der Lage ist, auch nur annähernd Vollbeschäftigung zu garantieren. Die Ausländer sind der Sündenbock, auf den der Staat die Unfähigkeit dieses Systems, Arbeit für alle zu garantieren, abwälzt.

Dieses kapitalistische Krisenmanagement -dessen ganze Härte erst noch bevorsteht- muß auch der Bevölkerung verkauft werden. Das heißt, die Sündenbockrolle, die den Ausländern staatlicherseits zugeordnet ist, muß der Bevölkerung plausibel verkündet werden; die Mehrzahl der Bevölkerung und damit auch der Wähler muß

sten Argumente der Ausländerfeindlichkeit, aber immer häufiger tauchen auch andere Argumente auf, etwa die Behauptung 'die meisten Türken sind nicht integrationsfähig und integrationswillig', oder es wird behauptet, die ausländischen Kinder würden das Bildungsniveau in den Schulen senken, und die ausländischen Jugendlichen wären überdurchschnittlich kriminell. Die Frage des Arbeitsplatzes, dessen Verlust reale Bedrohung ist, ist also nur eine der Quellen von Ängsten in der Bevölkerung, zu deren Bewichtigung nach einem Sündenbock gesucht wird. Dabei ist es wichtig zu sehen, daß die staatliche Politik und Propaganda aller großen Parteien zum Schüren dieser Ängste beiträgt und das Feindbild Ausländer aktiv mit aufbaut. Auf diesen Aspekt werden wir im weiteren noch ausführlich eingehen. Andererseits ist es eine proletkultische Verzerrung der Wirklichkeit, den Werktätigen und der deutschen Bevölkerung insgesamt jegliche Mitverantwortlichkeit an der wachsenden Ausländerfeindlichkeit abzuspochen. Die deutsche Bevölkerung hat von der massiven Anwerbung von Ausländern mitprofitiert, hat sich mehrheitlich damit abgefunden, daß die Drecksarbeit in diesem Lande von Ausländern gemacht wird, und dieses Schweigen zur unmenschlichen Behandlung ausländischer Menschen bringt eine moralische Korruption mit sich, auf deren Boden heute die Ausländerfeindlichkeit gedeiht. Wer den Standpunkt akzeptiert hat, die Ausländer seien eine nützliche

Manövriermasse, die man aus ökonomischen Gründen ins Land holt, der wird die Ausweisung von Ausländern ebenfalls unter dem ökonomischen Aspekt der Manövriermasse sehen. Damit ist das Fundament gelegt, um den ausländischen Teil der Bevölkerung der BRD zum Sündenbock zu stempeln, einem Sündenbock, dessen unmenschliche Behandlung durch die ökonomische Betrachtungsweise legitimiert wird.

Unter diesem Gesichtspunkt ist es interessant, das Argument, die Ausländer nähmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg, näher zu betrachten. Die Befürworter dieses Arguments sind ein Musterbeispiel für die moralische Korruption. Ausländische Menschen werden nach rein ökonomischen Gesichtspunkten einmal für nützlich, ein andermal - in Krisenzeiten - für überflüssigen Ballast erklärt. Daß hinter jeder ausländischen Arbeitskraft ein menschliches Schicksal steht, wird dabei nicht mehr berücksichtigt. Gegen dieses Argument wird - vor allem von gewerkschaftlicher Seite - angeführt, es sei überhaupt nicht wahr, daß die Ausländer den Deutschen die Arbeitsplätze wegnehmen. Dabei wird argumentiert, die meisten Ausländer seien nämlich in den Bereichen beschäftigt, in denen heute kein

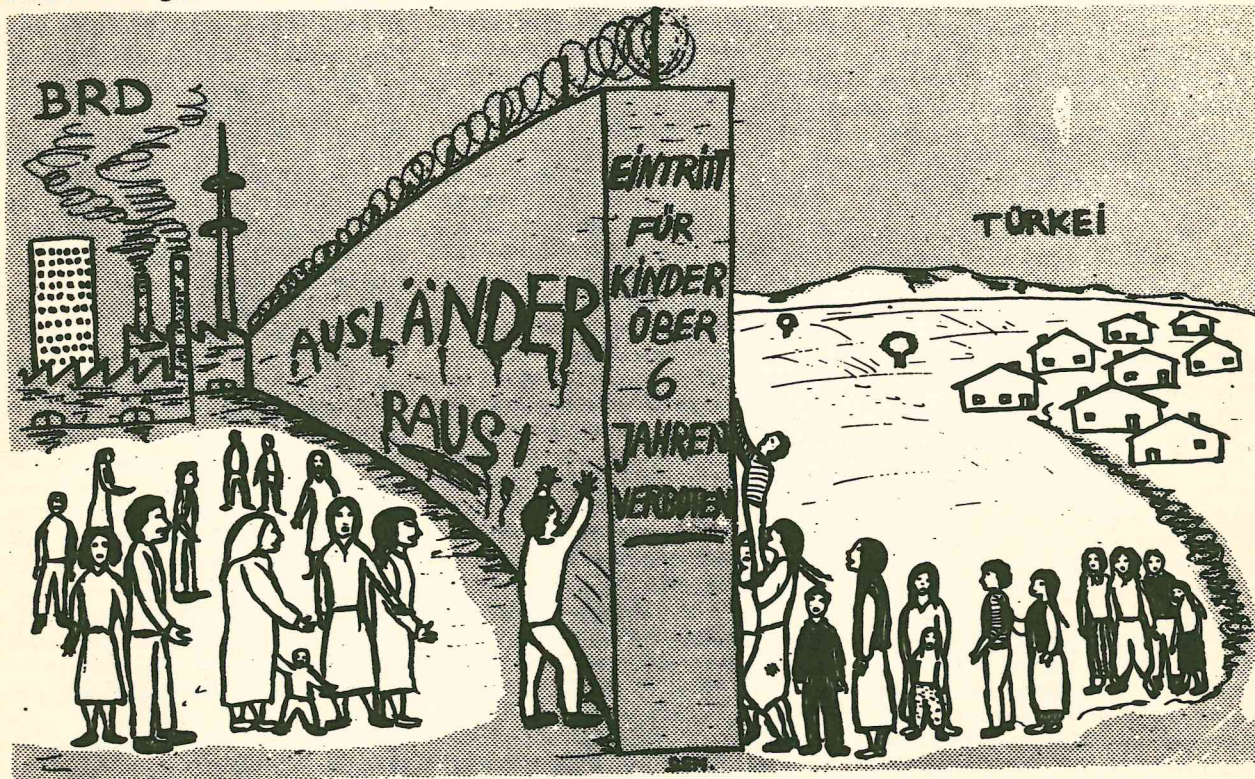
noch ist dieses Argument nicht stichhaltig, hier wird gegen eine Argumentation, die ausländische Menschen auf die Ökonomie von der Ware Arbeitskraft reduziert, auf die gleiche Weise geantwortet, und damit letztlich durch die Hintertür dieses Reduzieren auf die Ökonomie akzeptiert. Denn dieses 'Gegenargument' geht stillschweigend von zwei Voraussetzungen aus:

1. Da die Deutschen bestimmte Arbeiten nicht übernehmen wollen, haben die Ausländer hier eine Existenzberechtigung.
2. Auch in Zukunft werden deutsche Arbeiter nicht bereit sein, bestimmte Arbeitsplätze anzunehmen.

Erst diese stillschweigenden Voraussetzungen machen es möglich, zu behaupten, das Argument 'Ausländer nehmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg' sei falsch. Doch beide Voraussetzungen stimmen mit der Realität nicht überein, beziehungsweise reduzieren die Realität auf die Ökonomie. Die Existenzberechtigung der Ausländer daraus abzuleiten, daß Deutsche bestimmte Arbeitsplätze meiden, entspricht genau der moralischen Korruption, die die Nachkriegsentwicklung im Bewußtsein der Mehrheit der Bevölkerung geschaffen

die mit dem Schild 'nehme jede Arbeit an' durch die Straßen gingen, hätten sicherlich noch wenige Jahre davor nicht jeden Arbeitsplatz angenommen. Und die Aufweichung der Zumutbarkeitsrichtlinien für Arbeitslose durch den Staat zeigt schon heute das staatliche Bestreben, die Arbeitslosigkeit auch durch staatlich verordnete Dequalifizierung zu vermindern. Für die Zukunft wird deshalb die Bereitschaft wachsen oder erzwungen werden, auch jene Arbeit anzunehmen, die heute den Ausländern überlassen wird. Doch auch schon heute läßt die Argumentation, daß ohne die Ausländer die Wirtschaft nicht laufe, aufgrund ihrer ökonomischen Argumentationsweise wichtige Fragen außer Acht: Wenn die Ausländer geduldet werden, weil sie ökonomisch nützlich sind, was ist dann mit jenen ausländischen Arbeitern, die arbeitslos geworden sind, oder mit jenen ausländischen Jugendlichen, die überhaupt keine Arbeit finden können? Wir werden im Schlußteil dieses Aufsatzes darstellen, wie nach unserer Meinung eine richtige Argumentationsweise gegen ausländerfeindliche Argumente aussehen muß.

Aus dem Gesagten ergibt sich: Wo nur mit der Elle der Ökonomie gemessen



Deutscher bereit sei zu arbeiten. Würden die Ausländer diese Arbeit nicht mehr machen, würde die Wirtschaft zusammenbrechen. Die dazu angeführten Statistiken sind durchaus richtig: So arbeiten in bundesdeutschen Gießereien 33 963 ausländische Arbeiter, das sind 27,7 Prozent der dort Beschäftigten, und im Gaststättengewerbe beträgt der Ausländeranteil 23,1 Prozent. Gerade in unattraktiven Gewerben ist der Ausländeranteil überproportional groß. Den-

hat. Argumente, die diese Korruption - wenn auch sicherlich oft ungewollt - unterstützen, schaden dem Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit. Weiterhin ist keineswegs anzunehmen, daß eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen und sozialen Lage der Bevölkerung keine Bereitschaft hervorrufen würde, auch bisher gemiedene Arbeit anzunehmen.

Jene oft im Bild festgehaltenen Arbeiter in der großen Weltwirtschaftskrise,

wird, ist die Behauptung, die Ausländer nähmen den Deutschen die Arbeitsplätze weg, genauso richtig und zugleich unmenschlich, wie etwa die Idee, die Schwaben würden den Hessen die Arbeitsplätze wegnehmen. Das heißt, angesichts steigender Arbeitslosigkeit wird auch in breiten Teilen der Bevölkerung nicht nach den Ursachen der Arbeitslosigkeit gefragt, sondern ein persönliches Arrangement mit dem Problem der Arbeitslosigkeit nach dem 'Sankt-Florians-Prin-

zip' gesucht: "Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd' andere an!" Die moralische Korruption, die mit dem Akzeptieren der ausländischen Arbeiter als ökonomische Manövrierarmee begonnen hatte, findet heute in dieser Denkweise ihren Ausdruck. Damit wird aber um des eigenen kurzfristigen Vorteils die Entlassung (zunächst der ausländischen Arbeiter) nach rein ökonomischen Gesichtspunkten akzeptiert. Dem Staat und den Kapitalisten wird billigend zugestanden, das ökonomisch Profitable zu tun, ohne zu sehen, daß damit den Herrschenden das Recht zugesprochen wird, grundsätzlich so zu verfahren. Wer sich heute nicht wehrt, wenn Ausländer als Manövrierarmee behandelt werden, dem fehlen morgen die Argumente und die Kraft, um gegen die eigene Entlassung zu kämpfen.

Soziokulturelle Krisenentwicklung

Auf die gleichen Probleme treffen wir auch bei den anderen typischen Argumenten der Ausländerfeindlichkeit.

Sei es die Behauptung, daß ausländische Kinder das Schulniveau zerstören würden, oder allgemein die Behauptung, die Ausländer seien Schuld am Kulturzerfall. Alle diese Behauptungen erwachsen zunächst ebenso, wie im Fall der Arbeitslosigkeit aus real begründeten Ängsten und Sorgen. Doch auch hier wird nicht nach den Ursachen geforscht, sondern ein Schuldiger gesucht. Diese Parallele kommt nicht von ungefähr. So, wie die wirtschaftliche und politische Entwicklung des Kapitalismus heute in einer Krise steckt, und eben deswegen die Frage der Arbeitslosigkeit zu einem zentralen Problem geworden ist, so erlebt der Kapitalismus unserer Tage auch auf sozialem und kulturellem Gebiet eine krisenhafte Entwicklung. Daß diese Einschätzung nicht aus 'marxistischer Schwarzmalerei' erwächst, ist für die wirtschaftliche Entwicklung inzwischen offenkundig. Für die soziale und kulturelle Entwicklung erlauben wir uns zum Beleg einen sicher nicht des Marxismus verdächtigen Autor zu zitieren, den baden-württembergischen Landespolizeipräsidenten Alfred Stümper:

"... Wir leben in ... einer Epoche eines tiefgreifenden Umbruchs. Jahrhundertalte Entwicklungen gehen zuende. Sie lassen wesentliche Vakuen im weltanschaulichen, ethischen, gesellschaftlichen und menschlichen Bereich entstehen, die es auszufüllen gibt. Dabei kann man noch gar nicht abschätzen, welche Wertvorstellungen aus überkommener Zeit überdauern und welche auslaufen. Zeiten eines solchen Umbruchs mit tiefgreifenden ethischen, geistigen, gesellschaftlichen und menschlichen Veränderungen und dabei entstehenden Leerräumen bringen Unsicherheiten, Anfälligkeiten und auch hohe Labilitäten gegenüber kri-

minellem Handeln auf den verschiedensten Gebieten mit sich. Dies wirkt sich insbesondere, gewissermaßen multiplizierend, im Bereich der Jugend aus:

Die jungen Generationen sind und waren schon immer kritisch, innovativ, 'aufmüpfig' und auch rebellisch; und sie mußten das im Grunde sein, um überhaupt etwas vorwärts bewegen zu können.

Wenn das vorwärtsdrängende und verändernde Element der Jugend auf eine im Grunde geschlossene Erwachsenenwelt mit einer im wesentlichen gefestigten Wertordnung traf, waren 'Sturm und Drang' eingefangen und wurden umgemünzt in eine relativ konstante, problemlose Weiterentwicklung auf den verschiedensten Gebieten. Wenn jedoch, wie in unserer Zeit des totalen Umbruchs, die Erwachsenenwelt selbst in sich fragwürdig geworden und weithin ohne festen Halt ist, muß dies zwangsläufig nicht nur die Gesamtsituation stark verunsichern, sondern dadurch wiederum besonders die Jugend treffen. Sie findet keine festen Balken und Pfosten vor, an denen sie sich reiben muß, an denen sie sich aber auch notfalls festhalten kann. Sie stößt vielmehr ins Leere, sie schwebt weitgehend im freien Raum, sie wirkt ohne Maßstäbe. Drogengefährdung und Jugendsekten, motivlose Taten und Bindungslosigkeiten, Suche nach neuen Einbindungen (Clique, alternativer Lebensstil) und Distanz zum Überkommenen, Abkehr vom Elternhaus und u.U. sogar der Haß gegen den eigenen Staat, massiv provozierendes Auftreten und von trostloser Perspektivlosigkeit getragene Angst - all das sind die Folgen jener Situation." (Die Polizei: Heft 1, Januar 1982)

Wir gestehen dem Landespolizeipräsidenten neidlos zu: Wo es um gekonnte Darstellung von Phänomenen des heutigen Kapitalismus geht, hätten wir dies nicht besser schreiben können (weshalb wir ihn auch in aller Ausführlichkeit zitiert haben). Daß wir mit den autoritär-polizeistatlichen Lösungsvorschlägen des Autors nicht einverstanden sind, versteht sich von selbst. Doch es bleibt die Frage, was sich hinter den geschilderten Phänomenen verbirgt.

Wir sprachen von der moralischen Korruption im Zuge der Ausländerbeschäftigung. Diese Korruption ist Ausdruck des Reduzierens von menschlichem Leben auf die Ökonomie, auf den ökonomischen Vorteil. Der moderne Kapitalismus der hochindustrialisierten Länder wie der BRD hat jedoch nicht nur in der Frage des Arbeitsplatzes und der Konkurrenz um den Arbeitsplatz dieses Reduzieren auf die Ökonomie hervorgebracht, sondern in den letzten Jahrzehnten diese Haltung immer weiter auf alle Bereiche menschlichen Lebens ausdehnen können. Selbst Bereich wie die Sexualität und die Religiosität der Menschen, die früher außerhalb direkter ökonomischer, profitiverwertbarer

Vorstellungen erschienen, wurden zur Quelle marktwirtschaftlicher Verwertung. Die Ökonomie hat Einzug gehalten selbst in die bislang behütetsten Bereich menschlicher Privatsphäre und Moralität. Normen, Werte und moralische Vorstellungen zerfielen zugunsten der einzigen noch geltenden Norm der Profitmaximierung, des ökonomischen Vorteils. Wo die Ökonomie allumfassend das Zepter schwingt, müssen die Menschen die Sinnfindung ihres Lebens entweder in den Streben nach ökonomischen Wohlstand, in einer Konsumideologie suchen, oder einige versuchen den Ausbruch aus der Allmacht der Ökonomie. Jene übergroße Mehrheit, die der Konsumideologie anhängt, verliert damit nicht nur bezüglich der Frage der Arbeitsplätze die Fähigkeit, nach anderen als ökonomischen Grundsätzen zu handeln, wird moralisch korruptiert. Doch zugleich kennt der Kampf jeder gegen jeden um den ökonomischen Vorteil nicht nur Sieger sondern auch Verlierer. Die Angst, auf der Seite der Verlierer zu stehen, heizt die Konkurrenz an, der Druck der Konkurrenz führt zu tausenden neuen Ängsten. Der ökonomisch-politische Apparat, im Rahmen dessen über Erfolg oder Niederlage entschieden wird, erscheint den Verängstigten undurchschaubar und monströsig. Neben die Angst tritt ein Gefühl von Ohnmacht, in diesem System durch eigenes Handeln und Tun etwas bewirken zu können. Wenn in Zeiten krisenhafter Entwicklung die Angst und das Gefühl der Ohnmacht übermächtig werden, öffnet sich als Ventil die Benennung und Verfolgung von scheinbar Schuldigen. Und zugleich hat die moralische Korruption den Weg dafür geebnet, die Verfolgung von Sündenböcken legitim erscheinen zu lassen.

Dieser Mechanismus ist keineswegs neu: Sei es der Antisemitismus in der Weimarer Zeit mit dem schrecklichen Ergebnis des Holocausts, sei es die Unterdrückung der Schwarzen in den USA, gerade die hochentwickelten kapitalistischen Metropolen zeichnen sich dadurch aus, daß es die Herrschenden noch immer verstanden haben, auch einen Großteil der eigenen Bevölkerung ein Stück weit von der besonderen Ausbeutung anderer Länder oder von Minderheiten im eigenen Land profitieren zu lassen und damit jene moralische Korruption zu erzielen, die um des eigenen Vorteils willen Unrecht nicht mehr zu erkennen vermag. Rosa Luxemburg schrieb Anfang des Jahrhunderts:

"Es ist eine der Einrichtungen der modernen Zivilisation, daß die Volksmassen, wenn sie der Schuh aus diesem oder jenem Grund drückt, von Zeit zu Zeit Angehörige eines anderen Volkes oder anderer Rasse, Religion, Hautfarbe zum Sündenbock machen, an dem sie ihre schlechte Laune auslassen, um darauf erfrischt zum gesitteten Tagwerk zurückzukehren. Es

versteht sich, daß sich zur Rolle des Sündenbocks nur schwache, historisch mißhandelte oder sozial zurückgesetzte Nationalitäten eignen, an denen sich, weil sie eben schwach oder von der Geschichte schon einmal mißhandelt worden sind, auch jede weitere Mißhandlung straflos vornehmen läßt. In den Vereinigten Staaten von Amerika sind es die Neger. In Westeuropa fällt diese Rolle manchmal den Italienern zu." Werke, Bd.4, S. 324)

Daß diese Rolle in der BRD heute den Ausländern und dabei insbesondere den Türken zufällt, liegt an den besonderen Umständen, die eine Minderheit erfüllen muß, um in die Rolle des Sündenbocks gedrängt werden zu können. Rosa Luxemburg spricht von schwachen, historisch mißhandelten oder sozial zurückgesetzten Nationalitäten. Genauer scheint es jedoch um zwei wesentliche Merkmale zu gehen:

1. Die relative Ausgegrenztheit einer Menschengruppe, das heißt, diese Menschen müssen für die sündenbocksuchende Mehrheit als gesonderte Gruppe empfunden werden und kenntlich sein.
2. Die relative Passivität einer Menschengruppe, das heißt, aus welchen historischen Umständen auch immer, leisten diese Menschen weniger Widerstand als andere, wodurch gerade sie zur Zielscheibe der sündenbocksuchenden Mehrheit werden.

Anhand der aktuellen Ausländer- und vor allem Türkenfeindlichkeit stellt sich dies folgendermaßen dar: Als die türkischen Arbeiter angeworben wurden, und später, als ihre Familien nachzogen, fanden sie zunächst, daß sie als Arbeitskräfte willkommen sind, aber als Menschen verachtet. Wo sie sich eine Wohnung suchten und oft erst nach vielen Mühen fanden, mußten sie die Erfahrung machen, daß Deutsche auszogen, weil sie nicht mit Türken unter einem Dach leben wollten. Wo ihnen vom Staat oder vom Unternehmer Wohnungen zugewiesen wurden, waren dies oft Wohnungen, in denen Deutsche nicht mehr leben wollten, weil sanitäre Einrichtungen und dergleichen fehlten. Die andere Kultur der türkischen Menschen, die andere Sozialisation, oft geprägt von der sozialen Struktur des türkischen Dorfes, wurde von der Mehrheit der deutschen Bevölkerung einseitig als rückständig oder gar unzivilisiert abgelehnt. Dabei werden oft auch von deutschen Linken Erscheinungen wie die besondere Unterdrückung der türkischen Frauen herausgegriffen, ohne aus eigenem Kennen und Erleben die Zusammenhänge zu sehen, während zum Beispiel die gegenseitige nachbarschaftliche Hilfsbereitschaft kaum Beachtung findet. Das heißt, von deutscher Seite aus wurden die ausländischen Mitbürger nicht menschlich behandelt und in

eine Ghettosituation abgeschoben.

Gleichzeitig schuf diese Behandlung unter den türkischen Mitbürgern den Wunsch, wenigstens noch ein Stück weit die nationale und kulturelle Identität aufrechtzuerhalten, und es begann umgekehrt ein Prozeß, des sich Abkapselns aus der Gesellschaft, in der Ausländer nur als Arbeitskräfte erwünscht sind. Es entstanden türkische Vereine und Teestuben, in denen sich ein Stück jener Geborgenheit finden ließ, die durch den Auszug in das fremde feindselige Land verloren ging. Der Ausschluß aus der deutschen Gesellschaft schuf aber erst den Boden dafür, daß falsche nationalistische Gefühle und zum Teil faschistische Ideen unter den Ausländern sich ausbreiteten. Die Vorstellung, alle Deutschen seien schlecht ergab sich für viele aus den niederschmetternden Erfahrungen des Alltags in Deutschland. So steht heute dem deutschen ausländerfeindlichen Nationalismus ein Nationalismus von Seiten der Ausländer gegenüber. Doch wenn auch der Grundsatz gilt, daß Nationalismus eine falsche und schädliche Vorstellung ist, so ist andererseits zu unterscheiden zwischen dem Nationalismus der Unterdrücker und dem als Antwort darauf entstehenden Nationalismus der Unterdrückten. Der Nationalismus der Unterdrückten ist falsch und schädlich und muß deshalb im gemeinsamen Kampf überwunden werden; der Nationalismus der Unterdrücker ist ein Verbrechen.

Die Frage des Ausschlusses der ausländischen Mitbürger aus der Gesellschaft und der Abkapselung als einer Antwort darauf macht aber auch deutlich, welche historischen Wurzeln es für die relative Ausgrenzung vor allem der türkischen Menschen aus der westdeutschen Gesellschaft gibt, warum gerade diese Minderheit aufgrund ihrer relativen Ausgegrenztheit zum Sündenbock gestempelt wird. Der zweite wichtige Punkt ist die relative Passivität der türkischen Menschen in der BRD. Dies hat nichts mit Mentalität und anderen Phrasen zu tun. Im Gegenteil, Arbeitskämpfe wie der bei Videocolor in Ulm zeigen, daß dort, wo Deutsche und Ausländer gemeinsam für eine Sache kämpfen, die Ausländer in vorderster Front stehen und oft noch aktiver sind, als ihre deutschen Kollegen. Der wirkliche Hintergrund, warum wir von einer relativen Passivität sprechen, ist ein anderer: Wie schon dargelegt kamen die meisten der angeworbenen ausländischen Arbeiter in der Absicht, nach wenigen Jahren zurückzukehren. Der Wunsch zurückzukehren ist nach wie vor vorhanden, doch hat sich dies für die meisten als Illusion erwiesen. Bildlich ausgedrückt stehen damit zahlreiche Ausländer vor einer Situation, wo sie mit den Beinen in der BRD stehen, mit dem Kopf aber in ihrer Heimat sind. Als sich abzeichnete, daß der Aufenthalt in der BRD von längerer Dauer sein würde, und deshalb die Ausländer

auch ihre Familien nachziehen ließen, hat sich an dieser Situation dennoch wenig geändert, denn der Wunsch zurückzukehren ist weiter vorhanden. Daraus erwächst das weitaus größere Interesse für die politischen und gesellschaftlichen Vorgänge im Heimatland als in der BRD. Doch daß sich dies über Jahre hinweg erhalten hat, liegt an der Haltung der deutschen Bevölkerung und des deutschen Staates gegenüber den Ausländern.

Die Erfahrung der relativen Ausgrenzung ist mit dem ständigen Erleben verbunden, daß die Ausländer aus dem menschlichen, politischen und gesellschaftlichen Leben der BRD ausgeschlossen sind. Sich zur Wehr setzen zu müssen gegen eine deutsche Bevölkerung, die als feindseliger monolithischer Block erscheint, ist die denkbar schlechteste Voraussetzung für die Entfaltung von Aktivitäten gegen Unterdrückung und für mehr Rechte, ist die denkbar schlechteste Voraussetzung für das Eintreten für die eigenen Interessen in der BRD. Es wird deshalb gerade die Aufgabe der aufgeschlossenen Teile der deutschen Bevölkerung sein, zu beweisen (und nicht nur darüber zu reden), daß von deutscher Seite die Bereitschaft besteht, auf die Ausländer zuzugehen, gemeinsam gegen Unterdrückung zu kämpfen und damit das Bild vom monolithischen Block durch die Tat aufzuheben.

Die beiden Punkte der relativen Ausgegrenztheit und der relativen Passivität sind aufgrund der Entwicklung nach dem Zweiten Weltkrieg vor allem für die Ausländer und insbesondere für die Türken in der BRD zutreffend. Es ist deshalb kein Zufall, daß gerade die Ausländerfeindlichkeit das Ergebnis der Sündenbocksuche ist. Das Nachrichtenmagazin 'Time' schrieb in diesem Zusammenhang: "Nach den jüngsten Meinungsumfragen des angesehenen Allensbacher Institutes Waren die Westdeutschen noch nie in einer einzelnen Frage so gemeint. Auf die Frage, ob es zu viele Ausländer oder nicht im Lande gebe, sagten volle 82 % der Befragten, es wären zu viele." (Time, 30.8.1982; eigene Übersetzung) Bezeichnend ist dabei, daß nach verschiedenen Umfragen und Berichten sich diese Mehrheitsmeinung keineswegs auf die Anhänger der etablierten Parteien beschränkt. Auch in den Reihen der Grünen, in den Reihen verschiedener Protestbewegungen gegen AKWs, Aufrüstung etc. finden sich Menschen, die ihren fortschrittlichen Anspruch gründlich vergessen, wenn es um die Rechte von Ausländern geht. Das heißt, auch dort ist die Gefahr vorhanden, daß eine weitere Zuspitzung der wirtschaftlichen, politischen und sozialen Krise an den Ausländern abreagiert wird. Die Kritik an diesem Staat und die von den Politikern beklagte Staatsverdrossenheit findet dann ihr Ende, wenn es den

Politikern gelingt, auch die Kritiker dieses Staates an der allgemeinen Ausländerhetze zu beteiligen. Deshalb ist es unbedingt notwendig, einerseits in Protestbewegungen und alternativen Gruppen vorhandene Ausländerfeindlichkeit zu überwinden, andererseits zu erkennen, daß die entscheidende Auseinandersetzung in diesem Staat nicht in der Frage von AKWs etc. stattfinden wird, sondern in der Frage 'mit dem Staat gegen die Ausländer' oder 'mit den Ausländern gegen den Staat'.

POLITISCHE PARTEIEN UND AUSLÄNDERFEINDLICHKEIT

Die moralische Korrumpierung der Bevölkerung ist das Gerüst, auf dem die politischen Parteien ihre ausländerfeindliche Politik aufbauen. Nachdem wir bisher das Gerüst betrachtet haben, wollen wir nun die verschiedenen Ausprägungen und Spielarten der Ausländerfeindlichkeit im Parteinispektrum beleuchten. Dabei geht es nicht darum, alle Spielarten und Nuancen der ausländerfeindlichen Politik aufzulisten, sondern wir wollen das jeweilige Grundmuster der Argumentation der Faschisten, der CDU/CSU und der Sozialdemokratie darstellen und beurteilen.

Die Faschisten

Über Jahre hinweg war die Massenwirksamkeit der Neonazis vergleichsweise gering. Die zunehmende Ausländerfeindlichkeit hat hier zu einer veränderten Situation geführt. Über mehr oder weniger getarnte Organisationen mit Namen wie 'Initiative Ausländerstopp' gehen die NPD und andere faschistische Organisationen auf Stimmenfang und verbuchen dabei Erfolge. Dabei ist zu beobachten, daß die faschistische Argumentation gegen die Ausländer raffiniert geworden ist. Die Faschisten verkaufen ihre Ausländerfeindlichkeit oft unter dem Deckmantel eines angeblichen Humanismus und sichern sich gerade dadurch eine gewisse Massenbasis in der Bevölkerung. Zu derartigen Darstellungen mit Humanismus-Deckmantel gehört unter anderem das sogenannte 'Heidelberger Manifest', in dem Sorge um die ausländischen Kinder in der BRD geheuchelt wird:

"Welche Zukunftshoffnung verbleibt den Hunderttausenden von Kindern, die heute sowohl in ihrer Muttersprache als auch in der deutschen Sprache Analphabeten sind?" Wir zitieren im folgenden aus einem Machwerk mit dem Titel "Ausländerintegration ist Völkermord" von Wolfgang Seeger (Stuttgart), um diese Argumentationsweise genauer zu untersuchen: "Kurz gesagt, eine Integration (Eingliederung, Einschmelzung) der Ausländer in den deutschen Volkskörper ist auf Grund der Naturgesetze nicht

möglich. Alle Versuche einer Integration sind also von vornherein zum Scheitern verurteilt, und dementsprechend ist auch das Ergebnis einer solchen naturwidrigen Politik, wie wir gleich sehen werden: Eine äußerliche Eingliederung in den deutschen Volkskörper bedeutet für die Ausländer bereits Aufgabe ihrer eigenen Lebensweise, Gebrauch der ihnen fremden deutschen Sprache als Umgangssprache und Erziehung ihrer Kinder in der deutschen Sprache.

Mit diesen Maßnahmen werden die Ausländer jedoch in ihrem Gemüt, in ihrer ganzen seelischen Verfassung geschädigt, es wird ihnen eine fremde Lebensart und Lebensweise aufgedrängt, die Verbindung zu ihrem Volk und ihrer Heimat wird aufgelöst; kuez: sie werden entwurzelt und damit heimatlos, den das Gastland kann nie ihre Heimat in des Wortes tiefster Bedeutung werden, sie können nie deutsch fühlen und denken, also Deutsche werden, weil die Naturgesetze es nicht zulassen. Nicht umsonst werden daher viel Gastarbeiter gemütskrank!"

"Die Vertreter der Integrationspolitik wissen anscheinend nicht, daß in dem § 220 a - Völkermord - des Strafgesetzbuches die schwere seelische Schädigung der Angehörigen fremder Volksgruppen unter Strafe gestellt ist, daß sie sich also mit ihrer Integrationspolitik strafbar machen."

Hier findet sich einerseits altvertrautes rassistisches Gedankengut von den naturgesetzlichen Rasseunterschieden; in weiteren Textstellen wird von der genetischen Verankerung der Kultur gesprochen. Aber andererseits taucht daneben die raffinierte Verpackung des Rassismus auf: Die Ausländer sollen gehen, weil die Ausländer Schaden nehmen (gemütskrank werden), wenn sie in der BRD bleiben, aber auch weil das deutsche Volk dadurch Schaden nehmen würde. Selbst der § 220 a, der Völkermord unter Strafe stellt, muß herhalten für diese sich humanistisch gebende Argumentation.

Die Massenwirksamkeit einer solchen Argumentation ergibt sich einerseits aus dem vorgeblichen Humanismus, andererseits jedoch auch daraus, daß diese Argumentation keineswegs von frei erfundenen Problemen ausgeht, sondern von Problemen, die die deutsche und ausländische Bevölkerung tatsächlich täglich erlebt: unterschiedliche Kulturen treffen aufeinander, ohne daß die staatliche Politik die Voraussetzung für gegenseitige Achtung und Toleranz geschaffen hätte.

Im Gegenteil: Die rein ökonomischen Gründe für Anwerbung und Ausländerbeschäftigung versperren den Weg für eine Verständigung. In diesem Sinne sagt Max Frisch: "Wir haben Arbeitskräfte gerufen und es kamen Menschen." Die faschistische Argu-

mentation geht also durchaus von realen Problemen aus, aber die Lösung der Probleme, die die deutsche Seite sich selbst geschaffen hat, weil sie von der Ausländerbeschäftigung profitierte, soll nun in einer Weise erfolgen, daß davon wieder die Deutschen den Vorteil haben. Die knappen Arbeitsplätze sollen den Deutschen vorbehalten sein, genauso wie der tatsächlich vorhandene Lehrermangel dadurch 'behoben' werden soll, daß nur noch deutsche Kinder unterrichtet werden.

Die eigenen Probleme sollen andere ausbaden! Das ist der unmenschliche Kern dieser Ideologie.

Wir werden im folgenden darstellen, daß diese Ideologie keineswegs auf die Faschisten beschränkt. Was die faschistische Ausländerpolitik von den 'bürgerlich-demokratischen' Varianten dieser Ideologie unterscheidet, sind die Vorstellungen, mit welchen Mitteln die Lösung des 'Ausländerproblems' erfolgen soll. Den Faschisten ist jedes Mittel recht, um die Ausländer abzuschrecken und zu vertreiben: Bomben auf Ausländer- und Asylantenwohnheime, der Überfall auf die 1.Mai-Kundgebung 1982 in Frankfurt, das ist die faschistische Vorstellung zur Lösung von Problemen.

Die CDU/CSU

Natürlich wendet sich die CDU/CSU gegen Anschläge auf Ausländer, natürlich distanziert sie sich entschieden von faschistischer Ausländerhetze. Vielmehr will sie mit rechtsstaatlichen Mitteln dem 'Ausländerproblem' zu Leibe rücken. Auch unterscheiden sich die Stellungnahmen von Unionspolitikern von faschistischen Traktaten im Vokabular: Die Faschisten reden in alter Nazi-Tradition von 'Volkskörper' und 'rassistischen Merkmalen', die bürgerlich konservativen lehnen solche vergangenheitsbelasteten Begriffe weitgehend ab, doch haben sie sich die äquivalenten Begriffe geschaffen, und so können sie sich eine halbe Ewigkeit lang über die 'Mentalitätsunterschiede' zwischen Türken und Deutschen ereifern, um letztlich herauszufinden, daß solch unterschiedliche Völker unmöglich zusammenleben können. In Übereinstimmung mit der Sozialdemokratie haben sie hierfür den Begriff 'Belastungsgrenze' geschaffen. Dahinter steckt, daß unterschiedliche Völker und Menschen in einem Land grundsätzlich nicht zusammenleben können, daß ein solches Zusammenleben grundsätzlich eine Belastung darstellt, und letztlich, daß Problem, die sich aus dem Zusammenleben von Ausländern und Deutschen ergeben, zu lösen sind, indem die 'Belastung' reduziert wird. Im Klartext: Die Ausländer - sofern sie nicht nach wie vor ökonomisch nützlich sind - müssen gehen. Die eigenen Probleme sollen andere ausbaden! Der ideologische Kern ist der gleiche, wie bei den Faschisten.

der Unterschied besteht in den Vorstellungen, wie und mit welchen Mitteln die 'Belastung' verringert werden soll.

Die Sozialdemokratie

Wer meint, bei der Sozialdemokratie würden solche Gemeinsamkeiten aufhören, der irrt. Wir haben schon darauf hingewiesen, daß der Begriff der 'Belastungsgrenze' den Unionsparteien und der Sozialdemokratie gemeinsam ist. Dennoch unterscheidet sich die sozialdemokratische Argumentation in einer Hinsicht von der konservativen wie auch der faschistischen: Während die Faschisten allein bei den Ausländern die Schuld sehen, daß ein Zusammenleben von Deutschen und Ausländern unmöglich ist, tritt bei den Unionsparteien neben die Integrationsunwilligkeit und -unfähigkeit der Ausländer als Begründung auch die mangelnde Toleranz von deutscher Seite aus. Die gängige sozialdemokratische Argumentation führt zwar auch die Integrationsfähigkeit an und beklagt, daß die Türken mehrheitlich nicht integrationswillig seien, doch das zentrale Argument ist die Feststellung, daß die deutsche Bevölkerung auf die Anwesenheit von Ausländern leider mit Ausländerfeindlichkeit reagiere. Daraus wird gefolgert, zur Vermeidung einer neuen Reichskristallnacht sei es notwendig (leider und anders wäre es ihnen viel lieber...), die Zahl der Ausländer zu begrenzen und zu reduzieren. Dieser Unterschied ist festzuhalten, doch er betrifft die Verpackung der Ausländerpolitik. In der mitleiderregenden Verpackung steckt jedoch folgender Inhalt:
Die eigenen Probleme sollen andere ausbaden!

Allen genannten Parteien ist, trotz Unterschieden in der Verpackung der Inhalte und der Mittel zur Durchführung, gemeinsam, daß sie nicht bereit sind, die Verantwortung auch zu tragen, die sie übernommen haben, als sie die Ausländer riefen. Deshalb ist ihre Politik im Wesen ausländerfeindlich. Sie schleichen sich aus der Verantwortung, in dem sie sogenannte Sachzwänge vorschrieben. Immer wieder kehrt dabei der Sachzwang der sogenannten Integrationswilligkeit bzw. -fähigkeit. Darauf wollen wir im folgenden eingehen.

Integrationsfähigkeit und Assimilationspolitik

Es ist eines der gängigsten Argumente, um ausländerfeindliche Politik zu verkaufen, die Geschichte lehre, daß das Zusammenleben von unterschiedlichen Völkern und Nationalitäten auf die Dauer nicht gut gehen kann. Verwiesen wird dabei auf die Situation der Schwarzen in den USA und, wenn es sein muß, auch auf die Völkerwan-

derung. In dieser Form ist dieses Argument jedoch schlichtweg falsch. Es verweist aber auf eine tatsächliche historische Entwicklung: Insbesondere mit dem Aufkommen des Kapitalismus wurde es eine gängige Praxis in den kapitalistischen Ländern, den schwankenden Arbeitskräftebedarf durch die An- und Umsiedlung von Menschen zu lösen. Dabei hat sich der Kapitalismus als unfähig erwiesen, die nationale und kulturelle Identität der dadurch entstandenen Minderheiten zu erhalten. Vielmehr war der gängige Mechanismus der der Assimilation der Minderheiten. Das heißt, die Minderheiten wurden mehr oder weniger zwangsweise zur Annahme der herrschenden Kultur bewegt. Ein Beispiel hierfür sind die polnischen Arbeiter, die zu Beginn unseres Jahrhunderts im Ruhrgebiet angesiedelt wurden, und deren Nachkommen heute bestenfalls noch an ihren polnischen klingenden Nachnamen erkennbar sind. Wo diese Politik der Assimilation (oft auch Integration genannt) nicht erfolgreich war, kennt das kapitalistische System keine Toleranz. Minderheiten, die sich der Assimilation widersetzen, werden diskriminiert, verfolgt und im schlimmsten Fall ausgerottet. Das heißt, der gesellschaftliche Charakter des kapitalistischen Systems läßt für die Bahndlung von Minderheiten nur zwei Wege offen: Die Verfolgung oder die Assimilation. Gehen wir realistischerweise davon aus, daß der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit in den nächsten Jahren nach wie vor in einer kapitalistischen BRD geführt werden muß, so muß auch die Feststellung getroffen werden, daß objektiv die in der BRD lebenden Ausländer nur die Möglichkeit haben werden, zurückzukehren oder assimiliert zu werden. Da die Mehrzahl der Ausländer sich entschieden hat, zumindest auf absehbare Zeit hierzubleiben, muß die Grundlinie des Kampfes gegen Ausländerfeindlichkeit die sein, daß Ausländer und Deutsche gemeinsam dafür eintreten, daß jeder Ausländer, der in der BRD bleiben will, auch bleiben darf. Auf die Dauer bedeutet dies in diesem System, daß eine Assimilation unvermeidlich ist. Diese objektive Feststellung berechtigt jedoch nicht im geringsten zur Unterstützung staatlicher Assimilationspolitik. Im Gegenteil: Der Prozeß der Assimilierung, den dieses System zwangsweise durchführt, ist für die Betroffenen sehr schmerzhaft und schrecklich. Dem eigenen Heimatland durch die Assimilation immer mehr entfremdet zu werden und gleichzeitig von deutscher Seite als Ausländer behandelt zu werden, erzeugt eine Situation der Unsicherheit und Ratlosigkeit und ist eine schlimme Belastung für die Betroffenen. Das heißt, zu wissen, daß das kapitalistische System sich notwendig die kapitalistischen Problemlösungen schafft, kann nicht heißen, sich in dieses Schicksal zu ergeben. Daraus ergibt sich auch der Leitfaden

jeder Politik gegen die Ausländerfeindlichkeit: Gegen die Assimilierung, für das Recht auf Selbstbestimmung von Minderheiten. Selbstbestimmung heißt, daß es die eigene Entscheidung der Ausländer ist, ob sie in der BRD bleiben wollen, wie sie ihr kulturelles Leben gestalten, in welchen Organisationsformen sie sich politisch betätigen. Dazu gehört unbedingt und als Voraussetzung, daß die Ausländer das Recht erhalten, am politischen Prozeß in der BRD als gleichberechtigt teilzunehmen.

Gegen die Losung der Selbstbestimmung werden gerade auch von Linken zwei Argumente angeführt:

1. Gerade bei Türken würde die Gewährung von Rechten, die zur Selbstbestimmung führen, als Ergebnis ein Überhandnehmen von Koranschulen und dergleichen mit sich bringen.

2. Die Losung der Selbstbestimmung sei solange Unsinn, wie die Ausländer (auch hier vor allem die Türken) nicht bereit seien, für ihre Rechte selbst einzutreten; die aufgeschlossenen Deutschen würden hier etwas fordern, was die Ausländer selbst gar nicht wollen.

Zum ersten Argument: Wir haben weiter oben schon ausgeführt, daß als Reaktion auf die Ausländerfeindlichkeit und den herrschenden Nationalismus in der BRD sich unter den Ausländern nationalistische und zum Teil faschistische Gedanken ausbreiten. Die Koranschulen sind ein Ausdruck dieser Entwicklung. Doch ist dieser unterdrückte Nationalismus eben Reaktion auf den herrschenden Nationalismus, und eben deshalb führt die Gewährung von Rechten in Richtung Selbstbestimmung für die Ausländer zu einer Situation, in der der herrschende Nationalismus gemindert wird, also die Voraussetzung für den unterdrückten Nationalismus zurückgeht. Nur wer meint, die Koranschulen seien nicht Ergebnis der deutschen Politik, wer vielmehr die Existenz von Koranschulen mit der 'türkischen Mentalität' oder dem 'orientalischen Despotismus' erklärt, muß Furcht haben, vor der Selbstbestimmung der Ausländer.

Zum zweiten Argument: Wir haben weiter oben die Frage der relativen Passivität der Ausländer behandelt und kamen zu dem Schluß, daß die herrschende Politik und Ausländerfeindlichkeit den Hintergrund bilden, der es den Ausländern unsinnig erscheinen lassen muß, in diesem Staat für ihre Rechte aktiv einzutreten. Gerade deshalb ist es die Aufgabe der aktiven Deutschen, auf die Ausländer zuzugehen, und dies ist in solidarischer Weise nur möglich, wenn die Ausländer dabei nicht die Angst haben müssen, daß da schon wieder ein Ausländerexperte kommt, der alles besser weiß und nur ja nicht die Ausländer

selbst zu Wort kommen lassen will. Gerade deshalb muß die Losung der Selbstbestimmung zum Leitfadener werden.

Die Losung der Selbstbestimmung steht offenkundig im Widerspruch zur staatlichen Politik der Assimilation. Über die Assimilation stellten wir jedoch fest, daß sie in diesem System auf Dauer unvermeidlich ist, daß dies aber nicht zum Akzeptieren von Assimilationspolitik führen darf. Für die Losung der Selbstbestimmung ist umgekehrt realistischerweise festzustellen, daß ihre Erfüllung innerhalb dieses Systems nicht möglich ist. Der Kapitalismus ist unfähig, Minderheiten eine wirkliche Selbstbestimmung zu gewähren. Aber es ist dennoch wichtig, an dieser Losung festzuhalten, weil nur dadurch eine solidarische und nicht unterdrückende Leitlinie im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit gewährleistet ist. Nur unter dem Gesichtspunkt der Selbstbestimmung ist es möglich, die aktuellen Tagesforderungen (Wahlrecht, verschiedene Schulmodelle etc.) richtig zu beurteilen, ob es sich um eine geschickt verpackte Assimilationspolitik handelt oder wirklich einen Beitrag gegen die Ausländerfeindlichkeit darstellt.

Die deutsche und die ausländische Linke

Haben wir bislang die Politik der Parteien und die Stellung der Bevölkerungsmehrheit dargestellt, so soll es nun um linke Positionen zur Ausländerfeindlichkeit gehen. Auch hier haben wir nicht nur, alle Gruppen und Organisationen aufzulisten, sondern typische Probleme darzustellen.

Das Spektrum der westdeutschen Linken ist breit, ähnlich breit war und ist seit Jahren die Unfähigkeit der westdeutschen Linken, zu den Problemen der Ausländer grundsätzlich und gründlich Stellung zu nehmen. Zwar findet sich in jedem linken Liederbuch 'avanti popolo' und 'bella ciao', zwar gilt der Grundsatz der internationalen Solidarität, aber die Ausländer im eigenen Land fanden nur wenig Beachtung. Doch es gab auch eine Ausnahme: Die Ausländer waren hochwillkommen, wenn sie die linken Reihen verstärkten, an der Politik der deutschen Gruppen so teilnahmen, als wären sie selbst Deutsche. Um es deutlich zu sagen: Nicht wenige linke Gruppen haben gegenüber der ausländischen Linke eine Assimilationspolitik betrieben (inwiefern dies subjektiv ihre Absicht war, steht auf einem anderen Blatt).

Die Mehrzahl der Ausländer, die nicht aktive Linke sind, fanden jedoch kaum Beachtung. Dies geht einher mit der weitverbreiteten Unfähigkeit, die moralische Korruption der deutschen Bevölkerung zu erkennen und vor allem beim Namen zu nennen. Gerade dies ist aber notwendig, wenn der Kampf gegen die Ausländerfeind-

lichkeit ernsthaft geführt werden soll. Falsche Rücksichtnahmen, daß 'den Massen' die bittere Wahrheit der moralischen Korruption nicht schmeckt, sind fehl am Platz.

Der Versuch der deutschen Linken, die ausländische Linke für ihre Ziele zu instrumentalisieren, letztlich eine Assimilationspolitik zu betreiben, stieß bei der ausländischen Linke auf wenig Gegenliebe. Zum einen, weil große Teile der ausländischen Linken im Gegensatz zur deutschen sehr wohl spürten, daß dies keine gleichberechtigte Zusammenarbeit sein würde. Zum anderen aber auch, weil bis vor kurzem die ausländische (und hier vor allem die türkische) Linke ihr Selbstverständnis fast ausschließlich aus der politischen Situation des jeweiligen Heimatlandes bezog. Dabei unterscheidet sich die politische Situation insbesondere der Türkei von der BRD erheblich. Die wachsende Verelendung in der Türkei, die Entwicklung einer starken Streikbewegung Ende der 70er Jahre, eine fortgeschrittene Klassenkampfsituation sind mit der BRD nicht zu vergleichen. Dies begünstigte daß die türkische Linke in der BRD ähnlich wie die ausländische Bevölkerung insgesamt mit den Füßen in der BRD, aber mit dem Kopf im Heimatland war. Und wie die ausländische Bevölkerung insgesamt die Erfahrung machen mußte, daß ihr die deutsche Bevölkerung als feindseliger monolithischer Block gegenübertritt und sich deshalb kaum für politische Veränderungen in der BRD interessieren konnte, so mußte die türkische Linke die Erfahrung machen, daß sie von der deutschen Linken nur als nützliche Hilfstruppe für die eigene Politik angesehen wurde. So ist es nicht verwunderlich, daß vor allem die türkischen linken Organisationen in der BRD lange Jahre hindurch ihre Arbeit darin sahen, unter den Türken in der BRD ausschließlich politische Arbeit bezüglich der Türkei zu machen. Umso erfreulicher ist es, daß in letzter Zeit türkische Organisationen in der BRD begonnen haben, vor allem anhand des Kampfes gegen die Ausländerfeindlichkeit sich aktiv ins politische Leben der BRD einzuschalten. Diese positive Entwicklung steht noch am Anfang. Genauer gesagt existiert das Bewußtsein von der Notwendigkeit auch dieser Arbeit und es gibt erste Ansätze in der Praxis. Zur Fortführung dieser Ansätze erscheint es sehr wichtig, daß dies keine isolierten Bemühungen vor türkischer Seite aus bleiben, sondern daß von deutscher Seite aus auf der Grundlage der Selbstbestimmung die gemeinsame Arbeit gesucht wird.

Wichtigster Punkt dieser Zusammenarbeit muß der gemeinsame Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit sein. Dabei ist die erste Voraussetzung, um gemeinsam diesen Kampf führen zu können, daß die ausländischen Mitbürger überhaupt in der BRD bleiben dürfen. Abschiebungen

und Ausweisungen von Ausländern, zum Beispiel weil sie arbeitslos geworden sind und von Sozialhilfe leben müssen, sind tagtäglich. Deshalb verzichten zahlreiche Ausländer auch auf die ihnen zustehende Sozialhilfe, weil sie fürchten, dann abgeschoben zu werden. Zahlreiche andere Paragraphen des Ausländergesetzes stempeln Ausländer in gleicher Weise zu Menschen zweiter Klasse. Hier gilt es konkret den Widerstand zu organisieren, Fälle der Öffentlichkeit bekannt zu machen und damit eine Voraussetzung zu schaffen, daß Ausländer, ohne in ständiger Angst vor Abschiebung leben zu müssen, für ihre Rechte eintreten können.

Für die zahlreichen Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit bedeutet dies, daß unbedingt neben die Aufklärungsarbeit gegenüber der deutschen Bevölkerung die konkrete Arbeit gemeinsam mit Ausländern treten muß, jedoch nicht als ein weiteres Sozialprogramm für Ausländer, sondern gemeinsam mit Ausländern auf der Grundlage der Selbstbestimmung. Wenn es auf diese Weise gelingt, das Bild vom feindseligen monolithischen Block der Deutschen zu durchbrechen, wenn auf dieser Grundlage die ausländischen Mitbürger aktiver für ihre Rechte eintreten, dann wird dadurch auch in der deutschen Bevölkerung das Bild vom passiven, mißhandelbaren Ausländer zerstört und den geschworenen Ausländerfeinden wird es schwerer gemacht, die Ausländer zum mißhandelbaren Sündenbock zu erklären. In diesem Zusammenhang ist es auch wichtig, gegen die zunehmenden Überfälle von Neonazis auf Ausländer Abwehrmaßnahmen zu organisieren.

Dabei spielt auch die Hierarchisierung unter den ausländischen Mitbürgern eine Rolle. Ausländer aus EG-Ländern haben aufgrund der vertraglichen Freizügigkeit innerhalb der EG einen anderen Rechtsstatus als Ausländer aus Nicht-EG-Ländern. Derartige Unterschiede erschweren den gemeinsamen Kampf, und es kommt darauf an, über diese Unterschiede hinweg die gemeinsamen Interessen deutlich zu machen.

Diese gemeinsame Arbeit ist keineswegs ein selbstauflösendes Geschenk der deutschen Linken an die Ausländer. Vielmehr geht es um die Erkenntnis, daß die Politik des kapitalistischen Staates heute an den Ausländern das vorzuerzieren trachtet, was morgen auch den deutschen Kollegen blüht. Wenn diese heute schweigen, wenn die Linke nicht alles unternimmt, das Schweigen zu durchbrechen, dann ist morgen keiner mehr da, der seine Stimme erheben könnte.

Schlußfolgerungen und Perspektiven

Welche Schlüsse sind aus dem bisher Gesagten für den Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit zu ziehen? Zunächst ist folgende Frage zu klären: Die zunehmende Ausländerfeindlich-

keit hängt eng zusammen mit der ökonomischen und politischen Krise dieses Staates. Die weitere wirtschaftliche, politische und soziale Entwicklung richtig einzuschätzen, ist deshalb von großer Bedeutung dafür, wie sich die Voraussetzungen der Ausländerfeindlichkeit entwickeln. Wer der Ansicht ist, in wenigen Jahren oder Monaten fände die Talfahrt der westdeutschen Konjunktur ein Ende und es gehe wieder bergauf, der wird auch geneigt sein, das Problem der Ausländerfeindlichkeit für vorübergehend zu halten. Die Konsequenz aus dieser Einschätzung wären Überlegungen zu einer Art 'Überwinterungsstrategie'. Wir teilen diese Ansicht nicht, sondern gehen davon aus, daß die krisenhafte Entwicklung erst an ihrem Anfang steht, daß auf jeden Fall in den kommenden Jahren mit noch mehr Arbeitslosigkeit gerechnet werden muß. Eine genaue Begründung für diese Ansicht müssen wir im Rahmen dieses Thesepapiers schuldig bleiben. Das heißt, wir gehen davon aus, daß gegen die Ausländerfeindlichkeit kein Abwarten hilft, sondern Handeln.

Vorschläge zum Handeln gibt es verschiedene. Auf zwei wichtige Vorschläge wollen wir im Folgenden eingehen.

In Gewerkschaftskreisen und bei verschiedenen deutschen linken Gruppen ist es weitverbreitet, oberflächliche Widerlegungen ausländerfeindlicher Argumente zu produzieren (wir haben dies für die Behauptung 'Ausländer nehmen Deutschen die Arbeitsplätze weg' schon genauer dargestellt). Dabei wird die Argumentationsebene der Ausländerfeinde, die in ihren Argumenten stillschweigend die moralische Korruption eingebaut haben, nicht verlassen. Was hindert zahlreiche Organisationen, diese Argumentationsebene zu verlassen und grundsätzlich gegen ausländerfeindliche Argumente aufzutreten? Der Hauptgrund scheint uns darin zu liegen, daß diese Organisationen ihre Politik nur an den nächstliegenden Interessen ausrichten, während längerfristige Interessen, die oft unpopulär sind, unter den Tisch fallen.

Kurzfristig profitieren die deutschen Arbeiter zweifelsohne davon, wenn die Ausländer weg sind, längerfristig schneiden sie sich damit ins eigene Fleisch. Und ähnlich ist die Organisation: Kurzfristig profitieren sie sicherlich davon, daß sie um den heißen Brei der moralischen Korruption drumrum reden, denn würden sie das Problem offen beim Namen nennen, können sie kaum erwarten, damit kurzfristig Mitglieder zu gewinnen. Längerfristig aber schneiden sie sich damit ins eigene Fleisch, denn sie pöppeln in ihren eigenen Reihen damit jene Opportunisten hoch, die es noch immer im entscheidenden Moment mit dem Kapital gehalten haben.

Eine weitverbreitete Argumentationsweise ist das Appellieren an gemein-

same humanistische oder christliche Werte, insbesondere ausgehend von der Überlegung, daß es vor Gott oder für einen humanistisch denkenden Menschen nicht Deutsche und Ausländer gibt, sondern alle Menschen gleich sind. Diese Art von moralischen Argumenten ist oft getragen von grossem Engagement und gutem Willen, aber auch oft behaftet mit einem Gefühl von Ohnmacht angesichts der sich ausweitenden Ausländerfeindlichkeit und der vergleichsweise bescheidenen Erfolge derartiger Appelle. Für den gemeinsamen Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit ist es notwendig, mit allen zusammenzuarbeiten, die ehrlich etwas dagegen tun wollen. Dies gilt insbesondere für Menschen, die aus christlichem oder humanistischem Denken heraus gegen die Ausländerfeindlichkeit arbeiten. Wir sind jedoch der Ansicht, daß das Gefühl der Ohnmacht, das sich bei solcher Arbeit oft einstellt, ein Hinweis darauf ist, daß mit einer solchen Argumentationsweise allein der Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit keine entscheidenden Fortschritte erzielen kann. Der Grund hierfür liegt in der moralischen Korruption breiter Teile der deutschen Bevölkerung, das heißt eben in der weitverbreiteten Denkweise, aufgrund deren das eigene Profitieren von der Unterdrückung von Minderheiten gerade zur Abstumpfung gegenüber Appellen an die Menschlichkeit führt. Die kurzfristigen Interessen des Profitierens von der Ausländerfeindlichkeit sind im Normalfall nicht durch den Hinweis auf Unrecht in Frage zu stellen, sondern durch die Erkenntnis, sich damit auf Dauer ins eigene Fleisch zu schneiden.

Wir sehen deshalb folgende Punkte für den Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit als wesentlich an:

1.) In täglichen Gesprächen, wie auch in Flugblättern etc. muß das Problem der kurz- und langfristigen Interessen besonders betont werden. Das heißt, es ist notwendig, offen das Profitieren von der Ausländerfeindlichkeit zu benennen und dagegen zu setzen, daß damit langfristig sich die Menschen ins eigene Fleisch schneiden. Im Fall der Arbeitslosigkeit zum Beispiel geht es darum, daß die Zustimmung zur Entlassung von Ausländern, weil der Betrieb in der Krise oder wegen Rationalisierung weniger Arbeiter braucht, gleichbedeutend ist mit der grundsätzlichen Zustimmung zu Entlassungen aus Profitgründen.

2.) Gemeinsame Streikaktionen von Ausländern und Deutschen wie bei Videocolor in Ulm zeigen, daß dort, wo Ausländer und Deutsche gemeinsam von Auswirkungen dieses Systems betroffen sind, es möglich ist, in gemeinsamen Aktionen Vorurteile abzubauen, das Prinzip der moralischen Korruption aufzuweichen. Deshalb ist es sinnvoll, nicht nur im betrieblichen Bereich nach gemeinsamen

Aktionsmöglichkeiten zu suchen.

3.) Nach wie vor leben die allermeisten ausländischen Menschen in der BRD außerhalb des gesellschaftlichen Lebens der Deutschen und ihnen muß die deutsche Bevölkerung als feindseliger monolithischer Block erscheinen. Für die Initiativen gegen Ausländerfeindlichkeit und ähnliche Zusammenschlüsse besteht hier die wichtige Aufgabe, den Beweis zu erbringen, daß es nicht 'die Deutschen' gibt, daß es vielmehr mit Deutschen gemeinsam möglich ist, in diesem Land für die eigenen Interessen einzutreten. Leitlinie im Kampf gegen die Ausländerfeindlichkeit muß die Losung der Selbstbestimmung sein. Nur davon ausgehend ist es möglich, sinnvolle und weiterführende Forderungen aufzustellen. Dabei kommt der konkreten Arbeit gegen Abschiebung und Ausweisung eine besondere Bedeutung zu. Wo dieser Prozeß in Gang kommt, wird auch das Bild vom passiven, mißhandelbaren Ausländer zerstört und den geschworenen Ausländerfeinden, die immer am Schwächsten sich ihren Mut kühlen, wird es schwerer gemacht, die Ausländer zum mißhandelbaren Sündenbock zu erklären.

4.) Das letztgenannte hat auch für die Auseinandersetzung mit der tagtäglichen Ausländerfeindlichkeit Bedeutung: Wenn zum Beispiel am Stammtisch, unter Kollegen etc. ausländerfeindliche Witze erzählt werden, dann sind es oft nur einige, die das sooo furchtbar witzig finden, während andere eben mitlachen und ansonsten sicher nicht das Rückgrat besitzen, etwas dagegen zu sagen. Ein einziger, der deutlich sagt, daß er Witze, in denen Türken ermordet werden, nicht witzig findet, erntet auch Zustimmung und erreicht, daß über das Thema Ausländer nicht nur in Witzen gesprochen wird. Das heißt, wir meinen, daß das offensive Auftreten gegen Ausländerfeindlichkeit nicht nur großen Aktionen, Demonstrationen etc. vorbehalten sein darf, sondern eine tägliche Aufgabe ist. Mangel an Beispielen von Ausländerfeindlichkeit auch im nächsten Bekanntenkreis gibt es ganz sicher nicht.

5.) Da alle im Bundestag vertretenen Parteien eine Politik durchführen und propagieren, die die Ausländer zu Sündenböcken stempelt, gibt es kein kleineres Übel. Nein zur Ausländerfeindlichkeit heißt auch Nein zur Ausländerpolitik dieser Parteien. Neue Parteien und Organisationen (Grüne etc.) müssen wir zur Stellungnahme zur Ausländerfeindlichkeit auffordern, denn die Erfahrung zeigt, daß die Ausländerfeindlichkeit keineswegs vor den Toren dieser Organisationen Halt macht. Die Ausländerfeindlichkeit wird in den nächsten Jahren immer stärker zum Prüfstein für alternative Bewegungen werden. Dies gilt auch für die organisierte westdeutsche Linke.



Weitere Thesen zum Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit

In diesem Thesenpapier wird nicht bezweckt, solche Lösungen zu liefern, die den bestehenden Strukturen und subjektiven Vorstellungen entsprechen. Wir wollen vielmehr die von uns unabhängig ablaufenden Entwicklungen und die dazugehörigen Organisationsformen bestimmen.

Welche objektive Entwicklung wir hierbei meinen, haben wir in unseren Thesen in "Türkei Information" ausführlich dargelegt. Hier soll nur, ohne auf Einzelheiten einzugehen, nochmals von der Richtung dieser Entwicklung die Rede sein.

Der Kapitalismus unserer Tage ist in eine ökonomische, politische und soziale Krise eingetreten. Nach optimistischen Schätzungen wird diese Krise bis in die 90er Jahre dauern. Wie sich der Kapitalismus danach entwickeln wird, darüber gibt es keine einheitliche Meinung. Neben unbefriedigenden optimistischen Prognosen existieren auch solche Thesen, die davon ausgehen, daß die gegenwärtige Krise die Zusammenbruchskrise des Kapitalismus ist. Bei aller Unterschiedlichkeit ist aber allen diesen Thesen und Prognosen gemeinsam, daß wir uns in einer lang andauernden (und sich zunehmend verschärfenden) Krise befinden.

Der Krisenverlauf wird es notwendig machen, die wahren Ursachen der Krise zu verbergen und in metropolitanen Ländern Sündenböcke zu suchen. Zu diesem Zweck wird man die Ausländerfeindlichkeit schüren und die Ausländer für alle Mißstände verantwortlich machen. Die vorbeugenden Maßnahmen der Regierung werden sich binnen kurzem als unzureichend erweisen, und Zwangsmaßnahmen zwecks Ausweisung der Arbeitslosen werden auf die Tagesordnung kommen. Sollte sich auch dies als unzureichend herausstellen, so wird der faschistische Terror von offizieller Seite grünes Licht bekommen. Die westdeutsche Regierung wird bei jeder Maßnahme, bei jeder Aggression die Unterstützung der eigenen Bevölkerung suchen und sie zum Komplizen ihrer Politik machen. Auf diese Weise werden alle fortschrittlichen Bewegungen in die Falle gelockt

werden, und man wird durch die Kräfte, die in Angriffen gegen Ausländer, Fortschrittliche, und Dritte-Welt-Länder organisiert wurden, den Faschismus anstreben. In den nachfolgenden Thesen wollen wir diese historische Perspektive in keinem Punkt aus den Augen verlieren.

I. Die Situation der Arbeitsemigranten und ihre Entwicklung

Die in diesem Abschnitt formulierten Thesen sind eine Weiterentwicklung des Artikels in "Türkei Information" im Hinblick auf die Türken.

1. Die gegenwärtige Krise hat die Arbeitsemigranten in einer Übergangsphase erfaßt. Geschichtlich gesehen fand der Kapitalismus immer genügend Zeit, um die Minderheiten zu assimilieren, zu unterdrücken oder zu vernichten. Da aber die Arbeitsemigranten heute mitten im Assimilierungsprozeß stecken, haben sie einen zweifachen Charakter, und diese ihre Doppelnatur wird von der Regierung geschickt ausgenutzt. Sie werden dazu gedrängt, sich für die Rückkehr in ihre Heimat oder für den Verbleib in Deutschland zu entscheiden. Und die Ausländer sehen sich ihrer Doppelnatur entsprechend nicht in der Lage, sich für eines der beiden Länder zu entscheiden.

In so einer Zwangslage muß der Hauptprogrammpunkt der sein, daß die Arbeitsemigranten über ihre Zukunft selbst bestimmen. Das Selbstbestimmungsrecht berücksichtigt die Doppelnatur der Arbeitsemigranten und macht bewußt keine Vorschriften darüber, wie von diesem Recht heute oder in Zukunft Gebrauch zu machen ist. Wie die Arbeitsemigranten von diesem Recht auch Gebrauch machen mögen, ob sie in Deutschland bleiben oder in die Türkei zurückkehren, das kann nur ihre eigene Entscheidung sein. Die Forderung nach Minderheitenrechten für Ausländer ist dabei nur die extremste Form, vom Selbstbestimmungsrecht im Hinblick auf den Verbleib in Deutschland Gebrauch zu machen.

2. Sollte es eines Tages möglich sein, daß die ausländischen Arbeiter das Selbstbestimmungsrecht erlangen, so wäre dies nur dann der Fall, wenn ein fundamentaler Glaube an den Kampf entsteht. Es kann aber nicht übersehen werden, daß die Ausländer im Moment für die eigenen Rechte nicht kämpfen wollen. Wenn wir daher die Strategie des kommenden Kampfes bestimmen wollen, müssen wir die objektiven Bedingungen für das Entstehen dieses Glaubens bestimmen. Um dies zu tun, wollen wir nun die Bewußtseinsstadien, die die Ausländer seit ihrer Ankunft in Deutschland durchlaufen haben, kurz resümieren:

Als die ausländischen Arbeiter zum ersten Mal nach Deutschland kamen, beabsichtigten sie, genug Geld zu sparen und recht bald wieder in ihre Heimat zurückzukehren. Ihr Ziel war es, mit dem gesparten Geld eine kleinbürgerliche Existenz aufzubauen und damit einen Aufstieg zu erreichen. Aus diesem Grund wideretzten sie sich der Diskriminierung in Deutschland nicht. Die Diskriminierung in Deutschland machten sie durch Angeberei im Heimatland wett.

Gegen Ende der 70er Jahre verschlechterte sich aber die ökonomische und politische Lage in den Heimatländern zusehends, sodaß immer mehr hervortrat, daß die Hoffnung auf einen Aufstieg eine Illusion war. Waren die Ausländer bis dahin nur mit ihren Füßen in Deutschland, so mußten sie von da an auch ihren Kopf nach Deutschland bringen und die Illusion vom Klassenaufstieg aufgeben. Man muß allerdings hier beachten, daß zwar die Füße und der Kopf in Deutschland waren, aber das Herz immer noch in der Türkei blieb. Die Entscheidung darüber, in Deutschland zu bleiben, zwang sie zwar mit den Füßen und mit dem Kopf auf deutschem Boden zu bleiben, aber mit dem Herzen, d.h. gefühlsmäßig blieben sie immer noch dem Heimatland verhaftet. Außerdem wurden sie durch die Entfremdung der Kinder und den kulturellen Zerfall reaktionärer, nationalistischer und religiöser. Immer mehr breitete sich der Deutschenhaß aus, und immer weni-

ger wollten sie den Kampf für die eigenen Rechte aufnehmen.

Die zunehmende Verschärfung der Ausländerfeindlichkeit zu Beginn der 80er Jahre trieb die emotionale Entwicklung der Ausländer in ein neues Stadium. Entscheidend war nicht mehr der Aufstieg oder die Verteidigung der erreichten sozialen Positionen, sondern die Politik des kleineren Übels bzw. des geringsten Widerstandes. Die immer wiederkehrende Überlegung bei den Ausländern war nun die, daß sie zu sich selbst sagten: "Wenn sie mich zu sehr drängen, dann hebe ich mein Geld von der Bank ab und fahre in meine Heimat zurück." Diese Einstellung hatte schlimmere Folgen als die Entscheidung, in Deutschland zu bleiben. Der Widerstandswille erlahmte. Eirne paralysierende Angst, Deutschenhaß und kultureller Zerfall aus Gründen der unsicheren Lebensgrundlage griffen um sich.

3. Solange die Arbeitsemigranten in diesem zuletzt genannten Stadium verharren, kann von ihnen absolut kein Widerstandswille erwartet werden. Deshalb ist es notwendig, zukünftige Entwicklungsstadien vor Augen zu führen: Wie wir gesehen haben, wählten die ausländischen Arbeiter bisher immer das kleinere Übel. Deshalb kann man in Zukunft von den Ausländern nur dann Widerstandswillen erwarten, wenn Widerstand leisten im geschichtlichen Prozeß zum kleineren Übel wird. Wann aber wird dieses Stadium erreicht sein?

Über das 'Wann' darf man sich keine Illusionen machen. Solange die Arbeitsemigranten die Möglichkeit haben, notfalls in die Türkei zurückzukehren, werden sie nicht bereit sein, für ihre Rechte zu kämpfen. Man kann daher sagen, daß sie sich erst dann vollständig in die Enge getrieben fühlen werden, wenn in der Türkei der ökonomische, politische und soziale Zusammenbruch eingeleitet ist, und sie nicht mehr zurückgehen können. Das heißt, nur die Revolution oder ein Kriegszustand in der Türkei kann hier bei den Arbeitsemigranten den Widerstandswillen erzeugen. Der Widerstand in der Türkei wird also nicht nur die Solidaritätsbewegung in Deutschland beleben, sondern er wird zugleich die Grundlage für den Kampf hier schaffen. Die sich verschärfenden

Maßnahmen der Bundesregierung und der Terror der deutschen Faschisten wird dann diesen Kampf nur auf eine höhere Ebene heben.

II. Die Situation der Linken aus der Türkei in der BRD

Die Thesen in diesem Abschnitt wurden auf der Grundlage des Leserbriefes vom Türkei-Komitee Frankfurt und des Antwortschreibens von Kürsat-Hamburg verfaßt. (beide Beiträge sind in "Türkei Information" erschienen).

1. Da die türkische Linke Teil der in der BRD lebenden Arbeitsemigranten ist, hat sie ihre Doppelnatur, sie weiß nicht, wohin sie gehört. Darüber hinaus ist sie revolutuionär eingestellt und damit stets für den Kampf. Deshalb verwechselt sie den Charakter des Kampfes bezüglich der Türkei und der BRD. Den Kampf in der Türkei betrachtet sie als den eigenen Widerstandskampf. Sie tut so, als ob sie in den türkischen Städten Ankara oder Kayseri wäre. Aus diesem Grund fehlt ihr der Glaube an den Kampf in der BRD. Kurz: die türkische Linke begreift es nicht, daß der Widerstand von den Menschen in dem betreffenden Land, in diesem Fall von den in der Türkei lebenden Menschen, geleistet werden muß und von hier aus nur eine Solidaritätsbewegung gestartet werden kann. Wegen der oben genannten emotionalen Einstellung betrügt sich die türkische Linke selbst und schiebt ihren eigenen Widerstandskampf (gegen die Ausländerfeindlichkeit) beiseite.

Wir haben gesehen, daß diese Haltung in der Übergangsphase allen Emigranten eigen ist. Aus diesem Grunde darf der türkischen Linke in Anbetracht ihrer zukünftigen Entwicklung nicht vorgeworfen werden, (wie das Frankfurter Komitee dies tut) daß die Füße bald in der Türkei landen werden, wenn der Kopf dort bleibt. Es ist richtig, daß die Türkei Gegenstand der Solidaritätsbewegung und die BRD Gegenstand des Widerstandskampfes sein muß. Dies ist jedoch nicht ein Problem, das die türkische Linke von heute auf morgen lösen könnte. In dieser Übergangsphase darf die deutsche Linke die türkische Linke nicht belehren. Sie muß der türkischen Linken das Recht auf Selbstbestimmung einräumen, so wie die deutsche Bevölkerung insgesamt den Arbeitsemigranten gegenüber dieses

Recht einräumen muß. Sollte es eines Tages möglich sein, die türkische Linke auf den rechten Weg zu bringen, so kann dies nur ihre freie Entscheidung sein.

2. Allerdings bedeutet das Recht der türkischen Linken, sich nach freiem Willen und für selbstgesteckte Ziele zu organisieren nicht, daß sie das eigene Verständnis der Sache auf die deutsche Linke verallgemeinern dürfte. Die türkische Linke organisiert sich im Rahmen leninistischer Prinzipien. Sie baut zentralistische-autoritäre Strukturen auf und geht von strengster Disziplin aus. Die türkische Linke hat nicht das Recht, dieses Verständnis auf die Deutschen zu übertragen. Darüber hinaus ist es fraglich, ob damit das Problem überhaupt zu lösen ist.

An dieser Stelle ist es sehr wichtig, daß man dieses Problem nicht vom nationalen Standpunkt aus betrachtet, sondern von der historischen Entwicklung der Produktionsverhältnisse her. Die Menschen aus der Türkei kommen aus einem Kulturkreis, der sich nicht durch die selbständige Entwicklung des Kapitalismus herausgebildet hat, sondern, wo feudale Verhältnisse überlebt und bürgerliche Werte ihre historische Mission nicht erfüllt haben. Die deutsche Linke dagegen entstammt einer Gesellschaftsstruktur, die keine feudalen Überreste kennt, vom Individualismus der Konsumideologie beherrscht ist und darüber hinausweisende Probleme hat. In so einer Gesellschaftsstruktur werden leninistische Ziele und Organisationsprinzipien angezweifelt. Vielleicht sind diese Prinzipien sogar überholt. Aus all diesen Gründen hat die türkische Linke nicht das Recht, die Deutschen nach eigenem Verständnis der Sache zu beurteilen (vgl. den Leserbrief von Kürsat-Hamburg). So wie man von der deutschen Linken erwartet, daß sie die türkische Linke nicht nach eigenem Verständnis beurteilt, muß man mit gleichem Recht auch der deutschen Linken einräumen, daß sie sich nach eigenem Verständnis und nach eigener historischer Dynamik entwickeln will.

3. Die Warnung der deutschen Linken, daß die Füße in der Türkei landen werden, wenn der Kopf dort bleibt, sollte nicht als eine Einmischung in die inneren Angelegenheiten der türkischen Linken ver-

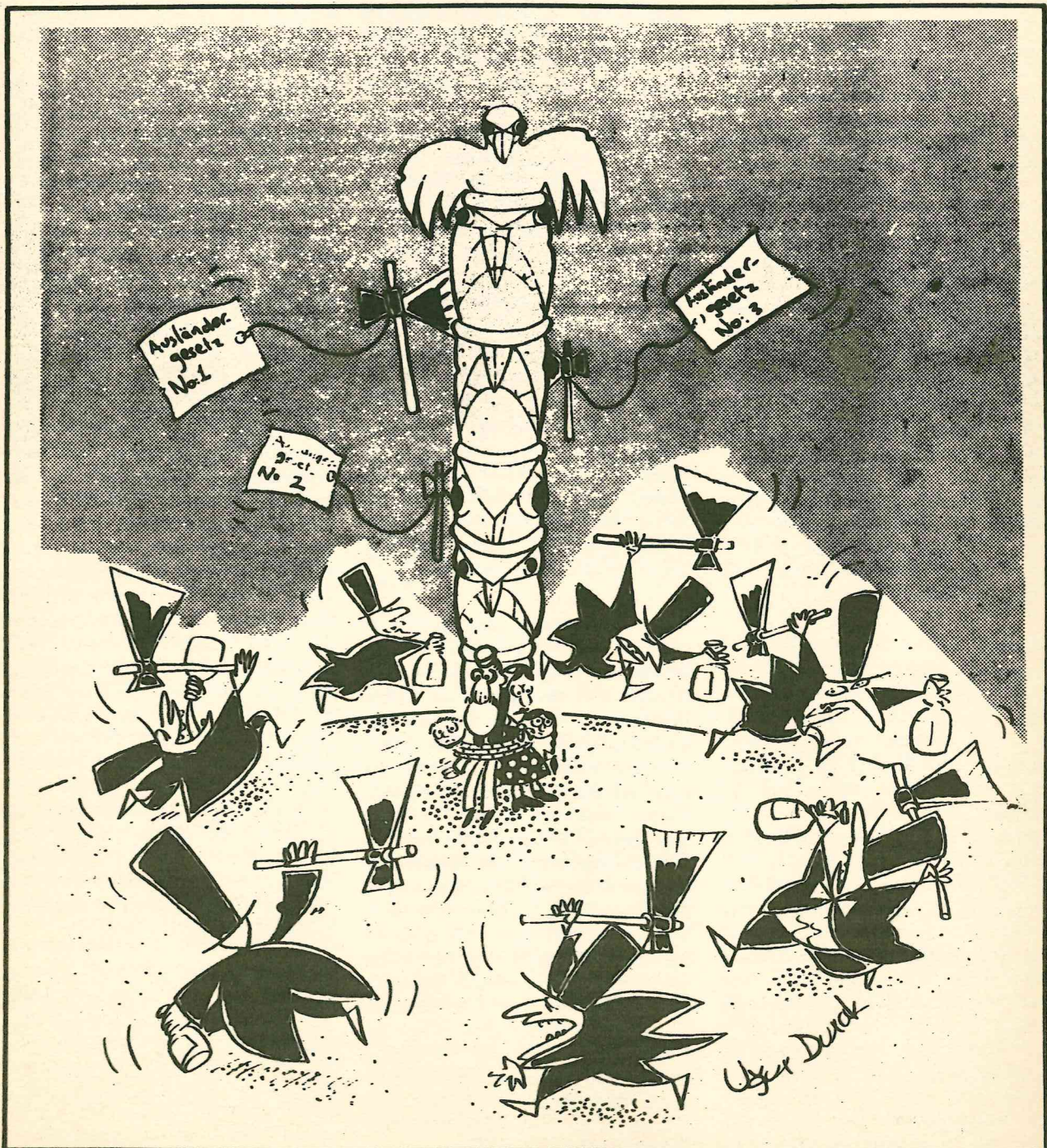
standen werden, sondern als eine Charakterisierung der objektiven Entwicklung. Das heißt: Der beginnende Widerstand in der Türkei wird nicht nur die Solidaritätsbewegung in der BRD beleben, sondern darüber hinaus eine gefährliche Situation heraufbeschwören. So wie die deutsche Regierung heute die Unentschlossenheit der Arbeitsemigranten gegen sie ausnutzt, so wird sie in Zukunft bei Aktionen, die die Türkei betreffen, mit dem Argument zuschlagen, daß "türkische Extremisten auf deutschem Boden die Probleme der Türkei austragen". In so einer Situation wird es nicht zu vermeiden sein, daß einige türkische Gruppen in die Falle gehen.

Da auf die Solidaritätsarbeit nicht verzichtet werden kann, muß diese historische Sackgasse durch neuartige Strukturen überwunden werden. Die einzige Alternative in diesem Punkt ist, die Türkei als Gegenstand der Solidaritätsbewegung und die BRD als Gegenstand des Widerstandskampfes zu sehen. Organisatorisch gesehen könnte an die Zusammenfassung der türkischen Linken und der interessierten Deutschen in demokratischen Vereinen gedacht werden. Das größte Hindernis auf diesem Wege besteht aber darin, daß die Menschen aus der Türkei einem solchen Kampf gefühlsmäßig und vom Verständnis her noch nicht gewachsen sind. Dieses Problem

kann ganz sicher nicht von heute auf morgen gelöst werden. Nur im geschichtlichen Prozeß wird es sich lösen lassen.

4. Sowohl "Devrimci Isci" als auch "Türkei Information" sind Teil der türkischen bzw. der deutschen Linken und können deshalb ihre oben erwähnten Eigenschaften von Rahmenbedingungen her nicht sprengen.

Nur in dem Maße, wie sich diese zwei Bevölkerungsgruppen einander nähern, können sie neuartige Organisationsformen schaffen.



Was kommt da alles auf uns zu?

Nach den Bundestagswahlen Eine Mehrheit gegen die Ausländer!

Die Bundestagswahlen am 6. März 1983 haben nach 13 Jahren SPD/FDP-Koalition deutlich gemacht, daß die Mehrheit der wählenden Bevölkerung bis hin in beträchtliche Kreise der Arbeiterschaft im gegenwärtigen Augenblick auf den Bürgerblock CSU/CDU/FDP setzt und von ihm eine wenigstens tendenziell bessere Zukunft erwartet.

Das wird nicht auf Dauer so bleiben. Die weitere Krisenentwicklung und zu erwartende Abwehrkämpfe werden dieses Potential genauso differenzieren, wie dies bei der vorangegangenen Schmidt-Regierung der Fall war. Aber das ist Spekulation.

Fest steht jedenfalls, daß das Ergebnis der Wahlen *kein* Votum gegen die Angriffe auf demokratische Rechte und besonders kein Votum gegen die Verschärfung der Ausländergesetzgebung ist – eher im Gegenteil.

Rechtzeitig zu den Wahlen wurde am 2. März der Abschlußbericht der Bund/Länder-Kommission zur "Nivellierung der Ausländergesetzgebung" vorgelegt, der – vorausgesetzt, die darin enthaltenen "Empfehlungen" würden in die Tat umgesetzt – *den bisher schärfsten Angriff auf die Rechte der hier lebenden und arbeitenden ausländischen Bevölkerung bedeuten würde.* Die Ausländerpolitik soll wohl der erste Punkt sein, an dem die Kohl und Strauß'sche "Wende" in die Tat umgesetzt werden soll. Und das offensichtlich auch noch schnell: Bereits bis zur Parlamentssummerpause soll das neue Bundesparlament die "Empfehlungen" der Kommission diskutiert und beschlossen haben.

Man hat es offensichtlich eilig und will der gesellschaftlichen Opposition in der BRD recht wenig Zeit lassen, um gegen diesen massiven Angriff vorgehen zu können.

Der Bericht der Bund-Länder-Kommission zur Ausländergesetzgebung selbst ist in 4 Unterabschnitte eingeteilt, die jeweils zu einem speziellen Bereich in der Ausländerpolitik Positionen entwickeln.

Der Abschnitt "Einreise und Aufenthalt" beschäftigt sich hauptsächlich mit der Einführung verschiedener Methoden, um den weiteren Zuzug von Ausländern in die BRD zu verhindern, denn er geht davon aus, daß es mit weniger Schwierigkeiten verbunden ist, wenn man die Einreise eines Ausländers verhindert, anstatt ihn später hinauszuerwerfen. Im

einzelnen sollen den Ausländerbehörden künftig mehr Möglichkeiten gegeben werden, um "offensichtlich unbegründete Anträge auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis" gleich ohne Revisionsmöglichkeiten abzulehnen. Eine "Verordnungsermächtigung" wird zudem vorgeschlagen, die es der Bundesregierung per Beschluß ermöglichen soll, die Einreise von bestimmten Gruppen pauschal und von vornherein zu untersagen!

Eine lückenlose (100 % ige) Grenzkontrolle soll angestrebt werden. Alle einreisenden Ausländer sollen in ihren Paß dann einen Einreisestempel bekommen.

Gegen "illegalen Aufenthalt" schlägt man stärkere Polizeikontrollen und eine "Paßauflage" vor. Letztere besagt, daß Ausländer verpflichtet sein sollen, ihren Paß ständig mitzuführen, andernfalls würde das als Ordnungswidrigkeit angesehen. So etwas ist bis jetzt eigentlich nur aus Südafrika bekannt!

Im Abschnitt "Familienzusammenführung" ist im wesentlichen die weitere Verschärfung der Einreisebestimmungen für nachziehende Kinder von Bedeutung. Innenminister Zimmermann fordert hier die Herabsetzung des Nachzugsalters auf 6 Jahre. Ihm haben sich noch der Finanzminister und die Länder Baden-Württemberg und Berlin angeschlossen. Der Familienminister Heiner Geißler wollte da allerdings auf 8 Jahre heruntergehen, und die Länder Hessen und Bremen und das Auswärtige Amt (man befürchtet da wohl außenpolitische Schwierigkeiten) plädierten für eine Beibehaltung der bisherigen Regelung (bis 16 Jahre).

Im Abschnitt "Integration" wird empfohlen, den Ausländern der 1. Generation eine Verfestigung des Aufenthaltsstatus zu erleichtern, wenn bestimmte "Integrationsleistungen" (Arbeit, Wohnung keine Sozialhilfe usw. usf.) gegeben sind. D.h. Ausländer dürfen vor allen Dingen keine Kosten verursachen und müssen für die bundesdeutsche Wirtschaft notwendig sein, wenn sie hier bleiben wollen. Ausländern, die hier geboren wurden, soll nahegelegt werden, sich einbürgern zu lassen. Sollten sie das nicht wollen, soll eine Nicht-Einbürgerung mit Nachteilen verbunden sein.

Zudem wird hier angeregt, eine Quotenregelung einzuführen, die den Zuzug von Ausländern in bestimmte Gebiete untersagen kann.

Der Abschnitt "Aufenthaltsbeendigung und sonstige Maßnahmen" beschäftigt sich mit den verschiedenen Methoden um unliebsame und/oder nutzlose Ausländer wieder rauszuwerfen. Politische Betätigung von Ausländern soll im Einzelfall leichter verboten werden können. Sofortige Vollziehbarkeit einer Ausweisung in einem solchen Falle soll möglich sein, wenn u.a. die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" usw. bedroht ist. Zudem

soll eine automatische Ausweisung für eine ganze Reihe von Straftatbeständen (bisher nur Drogen) eingeführt werden.

Ausländer, die Sozialhilfe oder Arbeitslosenhilfe (!) empfangen, werden künftig von Ausweisung bedroht sein. Sozialämter sollen verpflichtet werden, Anträge auf Sozialhilfe und ähnliches sofort an die Ausländerbehörde weiterzumelden!

Beim Verlassen der BRD soll automatisch eine eventuell existierende Aufenthaltsberechtigung erlöschen.

Keine Lobby für die Rechte der Ausländer?

Die geplanten Maßnahmen werden zweifellos die schärfste Angriffswelle auf die Rechte der hier lebenden und arbeitenden Ausländer darstellen. Haben wir dabei unmittelbar Hilfe in der Abwehr dieser Maßnahmen von der Opposition - der SPD - zu erwarten?

Mit den Ländervertretungen aus Bremen, Nordrhein-Westfalen und Hessen waren aber auch sozialdemokratische Vertreter an der Kommissionsarbeit beteiligt. Die Vertreter dieser Länder stimmten oft den CDU-Vorschlägen zu oder aber enthielten sich der Stimme. Eine Enthaltung bei Empfehlungen, die das Ausländerrecht ganz wesentlich verschärfen, kommt aber eher einer Zustimmung gleich!

Herta Däubler-Gmelin, die eigentlich als Justizministerin in einem Kabinett unter Vogel vorgesehen war, kritisierte im wesentlichen an dem Kommissionspapier, daß die Beteiligten sich nicht auf "einheitliche Lösungen" haben einigen können. Besser wäre gewesen, die SPD hätte sich darauf beschränkt, die "uneinheitlichen Lösungen" wenigstens einheitlich abzulehnen.

Und auch der DGB kommt über einige kritische Anmerkungen nicht hinaus. Für ihn war es bisher immer ein Hauptanliegen gewesen, zwischen den "legalen" auf der einen und den "illegalen" Ausländern und Asylbewerbern auf der anderen Seite zu unterscheiden. Gegen die letzteren fordert er eine Verschärfung der Repression, damit die ersteren nicht zum Opfer von Repression und Ausländerfeindlichkeit werden.

Die einzige Hoffnung liegt also (wieder einmal) bei uns selbst.

Dabei muß besonders beachtet werden, daß in der BRD unabhängig von den "etablierten" Parteien gesellschaftliche Massenbewegungen entstanden sind - etwa die Friedensbewegung, die Ökologiebewegung usw., aber auch elementare Regungen in der Arbeiterbewegung - die ein objektives Gewicht in der BRD haben.

Der Angriff auf die Rechte der Ausländer ist auch ein Angriff auf den Spielraum und die Möglichkeiten dieser Bewegungen, die mit solchen Methoden des "Spalte und Herrsche" geschwächt werden sollen. Es sollte daher eine besondere Aufgabe sein, die Verteidigung der Rechte der Ausländer auch als 1. Selbstverteidigungsaufgabe in diese Bewegungen hineinzutragen.

Wenn ausländische Arbeiter/innen bei Streiks oder Betriebsbesetzungen sogar mit Ausweisung bedroht werden können, ist die gesamte Gewerkschaftsbewegung gefordert. Wenn die politische Betätigung für Ausländer noch leichter reglementiert werden kann, so wird dies künftig auch allen anderen Bewegungen drohen.

Das Wahlergebnis stellt eine Herausforderung an alle demokratischen und sozialistischen Kräfte in der BRD dar. Ihr sollte mit machtvollen Ostermärschen und 1. Mai-Demonstrationen, einem "heißen Herbst" gegen die Raketenstationierung usw. begegnet werden. Die Verteidigung der Rechte der ausländischen Arbeiter/innen sollte bei all diesen Auseinandersetzungen eine zentrale Rolle spielen.

IMPRESSUM

V.i.s.d.P.:
S. Akhan
Schildergasse 101a
5 Köln 1
Tel: 0221/240 18 20

Zahlung an:
Stadtsparkasse Köln
L. Ulusal
Konto Nr. 144 913 217
BLZ.: 370 501 98

TÜRKEI INFODIENST
der alternativen türkeihilfe
V.i.S.d.P. u. Verleger:
Michael Helweg,
Postf. 180 180,
4800 BIELEFELD 18
Einzelpreis: 1,50 DM
Abonnement: 6/Monate/
20,-DM, 1Jahr /40,-DM
Konten: Michael Helweg
Postscheckamt Hannover,
3981 01-304
BLZ: 250 100 30
M. Helweg, Kreisspar-
kasse Herford - Bünde,
1 000 008 613
BLZ: 494 501 20
Der 'türkei infodienst'
erscheint 14 - tällig.



.....FUAT SAKA.....

Musikkassette DM 10,-
zu bestellen bei:
Postfach 25 04 63, 5000 Köln 1



Initiativen und Bündnisse gegen Ausländerfeindlichkeit

Informationsstelle Türkei e.V., Schildergasse 101 a, 5000 Köln 1

Deutsch-Ausländisches Aktionsbündnis (DAAB), c/o Arbeiterverein Türkei, Rostocker Str. 4, 2000 Hamburg 1

Arbeitskreis zur Lösung der Integrationsprobleme und gegen den Mißbrauch der Wissenschaft für rassistische Zwecke, c/o Prof. Dr. J. Link, Germanistisches Institut, Ruhr Universität Bochum, Postfach 102 148, 4630 Bochum

Verband der Initiativgruppen in der Ausländerarbeit e.V. (VIA), Theaterstr. 10, 5300 Bonn 1

Internationales Forum ausländischer Arbeitnehmervereinigungen (IFA), c/o Kirchliches Außenamt der EKD, Friedrichstr. 2-6, 6000 Frankfurt/M

Interessengemeinschaft der mit Ausländern verheirateten deutschen Frauen e.V. (IAF), Mainzer Landstr. 239-241, 6000 Frankfurt/M

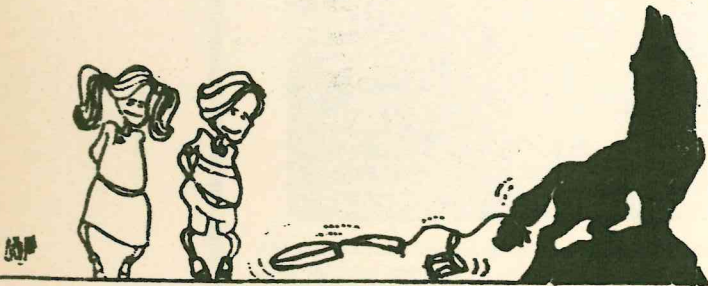
Initiativausschuß "Ausländische Mitbürger in Hessen", Lindenstr. 12, 6238 Hofheim/Taunus

Terre des Hommes, Postfach 4126, 4500 Osnabrück

ERCAR BRD (European Research Comitee Against Racism), c/o Winfried Bettner, Lasbeck 46, 4401 Havixbeck

MHP Türk - Föderation

Wir suchen alles über die
Türk - Föderation
und ihre Tätigkeit in der BRD
(Flugblätter, Zeitungsartikel,
Fotos, etc.)



Musa Kart

BURSA

Das offizielle
Darmstadt feiert
im Juni / Juli die
15-jährige
Städtepartnerschaft
mit Bursa.

Wir suchen alles
über die wirkliche
Situation in Bursa
(Zeitungsartikel,
Fotos, Augenzeugen-
berichte, etc.)

Antifaschistische Arbeitsgruppe

c/o Evangelische Studentengemeinde (ESG)
Roquetteweg 15 in 6100 Darmstadt

TÜRKEI INFORMATION

türkei information berichtet aus der Türkei und von türkischen und kurdischen Arbeitern in der Bundesrepublik.
türkei information erscheint 2-monatlich.

Ich möchte Abonnent der türkei information werden

Preis für 1 Jahr: DM 15,-

Anschrift: _____

Stadtsparkasse Köln
Konto: L.Ulusal 144 9132 17
BLZ: 370 501 98

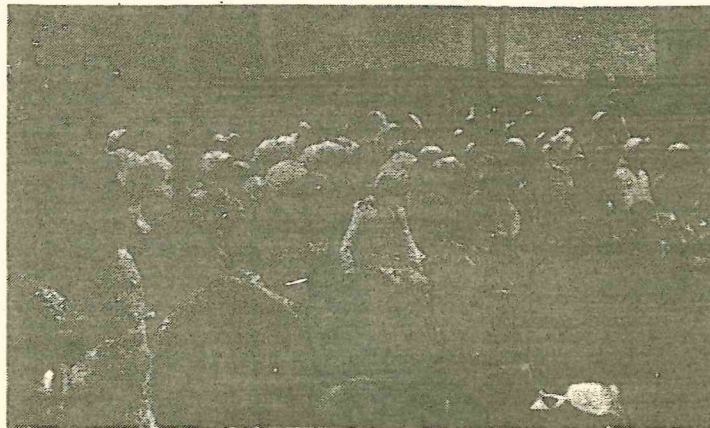
türkei information
Schildergasse 101 a
5 Köln 1

Postscheckamt Köln
Konto:Türkei Information
L.Ulusal 322 919-509

Selbstverwaltung
in einem Schwellenland

FATSA

Ein Modell wird angeklagt



Diese Broschüre wurde unter Zuhilfenahme zweier Serien aus der nach dem Putsch vom 12. September 1980 verbotenen Tageszeitung Demokrat vom Mai und Juli 1980 und einer Serie aus der liberalen Tageszeitung Cumhuriyet vom August 1980, sowie verschiedener Artikel in der unregelmäßig erscheinenden Zeitschrift türkei-information zusammengestellt.

V.i.S.d.P.: M.Helweg, Postfach 180 180, 4800 Bielefeld 18

Bestellung: 3,-DM Schildergasse 101 a 5 Köln 1

Die Diskussionen um das Anwachsen von Ausländerfeindlichkeit und Neonazismus zeigen, daß die in- und ausländische Linke sich bisher nur wenig mit dem Phänomen der Arbeitsemigration beschäftigt haben. Karitatives Denken auf der einen Seite und Beschränkung auf die Situation im Heimatland haben eine gemeinsame Perspektive bislang nicht entstehen lassen.

Die "Gastarbeiter" sind aber ein Teil der bundesdeutschen Gesellschaft und von ihrem Schicksal hängt auch die Zukunft der deutschen Arbeiterschaft ab. Die Ausländerorganisationen haben dabei eine Schlüsselrolle. Mit dem direkten Bezug zu ihren Landsleuten sind sie an diesem Punkt die Gesprächspartner der westdeutschen Linken.

